

OK

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S-E-C-R-E-T/NOFORN

50X1-HUM COPY
PROCESSING

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Regimented Economy in East Germany
(Der Wirtschaftsdirigismus) *(from 1948 to summer of 1957, and its integration into Soviet Bloc economy)*

DATE DISTR.

17 JAN 1958

50X1-HUM

NO. PAGES

1

50X1-HUM

REQUIREMENT NO.

RD

DATE OF INFO.

PLACE & DATE ACQ.

REFERENCES

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

the history
and functioning of the East German economy from 1948 to the 50X1-HUM
of 1957 and its integration in the soviet bloc economy.
(126 pages in german)

50X1-HUM

S-E-C-R-E-T/NOFORN

STATE	<input checked="" type="checkbox"/>	ARMY	<input checked="" type="checkbox"/>	NAVY	<input checked="" type="checkbox"/>	AIR	<input checked="" type="checkbox"/>	FBI	<input checked="" type="checkbox"/>	AEC				
-------	-------------------------------------	------	-------------------------------------	------	-------------------------------------	-----	-------------------------------------	-----	-------------------------------------	-----	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

50X1-HUM

ORIGINAL

50X1-HUM

Der Wirtschaftsdirigismus und die wirtschafts-
politische Situation der DDR

50X1-HUM

BOOR ORIGINAL

I N H A L T

Seite

Einleitung I - V

T E I L A

Die Sowjetisierung der Wirtschaft in der sowjetischen
Besatzungszone Deutschlands

- I. Die Entwicklung des Planungssystems in Ostdeutsch-
land von 1948 bis 1952 1 - 11
Die Periode der Wiederingangssetzung der Wirtschaft
- Der Beginn der Zentralisierung - Die Planungs-
praxis -
- II. Der Beginn des 1. Fünfjahresplanes von 1951 bis 1955 12 - 18
Erste strukturelle Änderungen im Regierungsapparat
der DDR - Reorganisation der Staatlichen Plan-
kommission - Gründung der Koordinierungs- und
Kontrollstellen - Die neue Struktur der Staat-
lichen Plankommission -
- III. Die forcierte Stalinisierung nach der II. Partei-
konferenz der SED 1952 18 - 25
Die Planänderungen nach der II. Parteikonferenz
der SED - Gründung des Präsidiums des Minister-
rates - Einführung sowjetischer Methoden im
Staatsapparat - Der 17. Juni reift heran -
- IV. Der 17. Juni und der Neue Kurs der SED 25 - 31
Die erste Umstellung des Volkswirtschaftsplanes 1953
- Die zweite Umstellung des Volkswirtschafts-
planes 1953 - Das Fiasco des "Neuen Kurses" -
Strukturelle Erweiterung der Staatlichen Plan-
kommission Ende 1954 -
- V. Die Befehlsgewalt der Russen, der Einsatz sowjetischer
Berater im Regierungs- und Wirtschaftsapparat, die
sowjetische Botschaft 31 - 36
Die sowjetische Botschaft - Die sowjetischen Berater
- Die Zusammenarbeit LEUSCHNER-MIROŠNITSCHENKO -
Technik der sowjetischen Administration -

- 2 -

Seite

T E I L BDie restlose Einbeziehung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in den kommunistischen Machtbereich. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

<u>I. Das Ende des 1. Fünfjahresplanes der DDR und der Beginn des 2. Planjahres</u>	37 - 39
<u>II. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RgW)</u> Struktur und Organisation - Rechtsnatur der Beschlüsse der Vollversammlung - Arbeit und Funktionen des Sekretariats des RgW, Einzelheiten - Die ständigen Sesssionen für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerländern des RgW (WTZ) -	39 - 44
<u>III. Die beginnende Plankoordinierung im Ostblock - Anwachsende Bedeutung des RgW</u>	44 - 46
<u>IV. Die 7. Tagung (Vollsetzung) des RgW in Berlin Mai/Juni 1956</u>	46 - 54
Beschlüsse der 7. Ratstagung in Berlin	
<u>V. Die 8. Tagung (Vollsetzung) des RgW in Warschau Juni 1957</u>	54 - 57
Der Stand der Dinge nach der 8. Tagung des RgW - Der gegenwärtige Stand der Plankoordinierung im Ostblock -	
<u>VI. Die politische Sonderstellung der DDR im RgW - Das Problem der Teilung Deutschlands bleibt unberücksichtigt</u>	57 - 61
Die DDR als Satellit Moskaus - Die Verschuldung der DDR - Das Problem der Teilung Deutschlands bleibt unberücksichtigt -	
<u>VII. Die politische Problematik im RgW</u>	61 - 72
Die Sicherung der beherrschenden Rolle der Sowjetunion - Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Ostblockstaaten von Moskau - Die ideologisch-dogmatische Position der Sowjetunion - China - Ständige Delegation von DDR-Beratern in China - Polen - Jugoslawien - SU - GDR - DDR - Finanzierung des RgW -	

- 3 -

- 3 -

Seite

<u>VIII. Die Hilfe für die sogenannten unterentwickelten Länder als politisches und wirtschaftliches Problem der Ost-Staaten</u>	72 - 76
Die Hilfe als politisch-ideologisches Problem - Initiative und Führung der Sowjetunion - Organisatorische Fragen - Hilfe der DDR für Ägypten -	

T E I L C

Die gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme und die jüngsten strukturellen Veränderungen als Folge der ökonomischen Schwierigkeiten des gesamten Ostblocks

<u>I. Die gegenwärtigen politischen Probleme der SED bei der Fertigstellung des 2. Fünfjahrplanes der DDR</u>	77 - 87
Die politische Richtschnur des 2. Fünfjahrplanes - Ratstagung von Budapest wirft erste Schatten voraus - ULBRICHT negiert die Tatsachen - Der 2. Fünfjahrplan beginnt ohne Plan - Der Einfluß des XX. Parteitages der KPdSU - Die "illegale Ratstagung" - Polen und Ungarn retten die politische Argumentation -	
<u>II. Die tatsächlichen wirtschaftspolitischen Probleme der DDR in der gegenwärtigen Situation</u>	87 - 100
Die Organisation und Struktur der Wirtschaft völlig verfehlt - Wesen und Begriff der Planung in der DDR verflücht - Die "Planungsarbeit" des ZK - Der Wirtschaftsdirigismus des Ostblocks hat mit Demokratie und Sozialismus nichts gemein -	
<u>III. Die strukturellen Veränderungen im Wirtschaftsapparat der Sowjetunion und der DDR</u>	100 - 115
Die verschiedenen Umgruppierungen in Moskau - Der Wirtschaftsrat der DDR -	
<u>IV. Die Aspekte der zukünftigen wirtschaftspolitischen Entwicklung der DDR</u>	116 - 126
Der wirtschaftspolitische Status der DDR in der Auffassung der leitenden Wirtschaftsfunktionäre - Das 32. Plenum des ZK der SED und die Fragen der Dezentralisierung - Die Perspektiven für die kommende wirtschaftliche Entwicklung der DDR in der Sicht der leitenden Wirtschaftsfunktionäre	

E i n l e i t u n g

In der augenblicklichen Situation, in der die Sowjetunion durch ihre interkontinentalen Raketen und Erdsatelliten die Welt aufhorchen läßt und damit nicht wenige Menschen in Angst und Schrecken versetzt, ist die Frage nach der wirtschaftlichen Kraft der Sowjetunion und damit des gesamten Ostblocks erneut stark in den Vordergrund getreten.

Aus den rückständigen Russen, die gestern noch niemand ernst nahm und die man keiner wirklichen wissenschaftlichen Leistungen fähig hielt ist heute die führende Nation auf dem Gebiet der Wissenschaft geworden, das in aller Welt den Vorrang vor den übrigen Forschungsgebieten hat. Das ist eine Leistung, die nicht verleugnet werden und darf. Das ist eine Leistung, die den Westen zu ernsthaften Schlussfolgerungen und Maßnahmen veranlassen muß.

Aber ist dieser sowjetische Erfolg allein ein Ausdruck von wirtschaftlicher Kraft? Ist dieser künstliche Mond allein entscheidend für den Beweis der wirtschaftlichen Überlegenheit der Sowjetunion gegenüber den Industriestaaten des Westens, vor allem der USA? Keineswegs. Hierzu gehören eine Menge anderer Faktoren wie z.B. die industrielle pro-Kopf-Produktion, die pro-Kopf-Produktion der Landwirtschaft, die pro-Kopf-Produktion vor allem der Konsumgüterindustrie und überhaupt die Höhe des Lebensstandards der Bevölkerung. Diesen Vergleich versucht sich die Sowjetunion ständig mit Erfolg zu entscheiden und sie hat triftige Gründe dafür.

Doch die Russen wollen den künstlichen Erdtrabant so auslegen, als wäre die Überlegenheit gegenüber den USA schlechthin schon damit bewiesen und verbuchen es als Gewinn, wenn dies in der westlichen Welt so verstanden wird. Auch hierfür liegt ein Grund vor und zwar in gleicher Weise, wie für die Verschleierung ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen Situation.

Für den Kenner der sowjetischen Praktiken ist dieser Grund auch leicht ersichtlich: Es gibt im leninistisch-stalinistischen System keine ausschließlich wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen oder kulturellen Belange. Das gesamte Leben ist dort der politischen Doktrin und den politischen Zielen unterworfen. In diesem Lichte gesehen - und man sollte es so sehen um keine falschen Schlüsse zu ziehen - sind die Raketen weniger wirtschaftliche, als vielmehr politische Erfolge und der politische Charakter dieses Schauspiels ist in folgenden zu suchen:

1. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hat auf ihrem XI. Parteitag 1956 das Ziel gestellt, die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder in kürzester Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet einzuholen und zu überholen.

50X1-HUM

- II -

Die Moskauer Machthaber wissen nur zu gut, daß sie dieses Ziel auf den wichtigsten ökonomischen Gebieten in absehbarer Zeit nicht erreichen können. Unter Einholung und Überholung des Westens versteht nämlich die Bevölkerung des Ostblocks mit Recht auch eine Überbietung des Lebensstandards in diesen Ländern.

Wenn also der Beweis der Überlegenheit wenigstens annähernd erbracht werden soll muß es auf einem solchen Gebiet sein, dem nicht nur die eigene Bevölkerung sondern auch die übrige Welt Beachtung und Anerkennung sollte. Das ist in diesem Fall durchaus gelungen - im Moment jedenfalls.

2. Die eigenen inneren Schwierigkeiten der Sowjetunion verlangen dringend einen politischen Auftrieb, besonders für die Parteimitglieder und zwar durch solche Argumente, die diese wieder in die politische Offensive bringen.

Die Parteikader der mittleren und unteren Ebene sind aufgrund der inneren Machtkämpfe in der Parteispitze und durch die Nichterfüllung verschiedener Versprechen der Regierungsführung stark durcheinander geraten. Sie brauchen zunächst selbst eine starke Zuversichtsspritze und zum anderen ein so starkes Überzeugungsmittel, welches ihnen das Argument: "Den wichtigsten Schritt zu Überholung des Westens haben wir geschafft, jetzt sind die anderen Fragen leichter zu lösen", bei den Massen glaubhaft macht.

3. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Satellitenstaaten haben den Glauben an die Stärke der Sowjetunion bei diesen Völkern stark erschüttert. Seit Jahren hat es dort keinen wesentlichen Aufschwung in der Verbesserung der Lebenslage der Menschen gegeben. Sie fragen ständig "Warum hilft nicht die Sowjetunion".

Die Parteien in diesen Ländern mußten also ebenfalls einen sukkräftigen Auftrieb erhalten, um dabei gleichzeitig über die unsichere Lage in ihren Ländern hinwegtäuschen zu können.

4. Der XX. Partei der KPdSU und die Geheimrede CHRUSTSCHOW's über STALIN's Verbrechen hat die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern in große Bedrängnis und viele an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Besonders die KP der USA.

Diese Parteien müssen unbedingt wieder an die politische Bildfläche und wenn möglich gleichzeitig in die Offensive gebracht werden. Sie brauchen dazu Argumente, die den Bürger dieser Länder aufhorchen und Erstaunen lassen.

Da die Verkündung etwa der 40-Stunden-Woche oder einer 10%igen oder auch noch höheren Lohnerhöhung, Preissenkung und dergleichen im Augenblick nicht durchzuführen ist und wenig Überzeugen würde und in den Staaten des Westens keinerlei Aufsehen erregen würde, ist der künstliche Mond richtig gewählt - den kann niemand leugnen, den sieht jeder, darüber berichtet auch die Kleingärtnerzeitung in Hintertupfingen.

- III -

- III -

5. Die Russen wissen ganz genau, daß ihnen von westlicher Seite kein Angriff droht. Alles Gerede gegenüber ihren Völkern von der sogenannten amerikanisch-imperialistischen Gefahr ist nur eine Ausrede um die Aufrüstung, die sie ja vielmehr zur Niederhaltung der eigenen Völker, als zur Verteidigung brauchen, begründen zu können.

Andererseits kennen sie aber genau die Angst, die in den westlichen Ländern vor einem kommunistischen Überfall herrscht.

Wenn sie also die westlichen Staaten zu überhöhten Rüstungsausgaben veranlassen wollen, wodurch diese zwangsläufig die Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage ihrer Bevölkerung vernachlässigen müssen, so kann das nur durch den Beweis der Überlegenheit auf dem wichtigsten strategischen Gebiet geschehen, wofür wiederum der Sputnik die beste Voraussetzung bietet.

Die Kommunisten fürchten gerade jetzt nichts so sehr, wie etwa einen neuen Marshall-Plan, der ihnen schon 1948 ihren bisher schwersten Schlag versetzte und die Periode der Stagnation - und man kann sogar sagen des allmählichen Rückganges - des Weltkommunismus einleitete.

Ein ähnlicher Schritt des Westens in der jetzigen kommunistischen Wirtschaftslage würde den Ostblock vor unlösbare Probleme stellen.

6. Es wäre für die Sowjetpolitik ein großer Gewinn, wenn die Raketen sowohl innerhalb als auch zwischen den westlichen Ländern Unruhe, Unsicherheit und Spannungen hervorrufen würden, deren Folge Regierungs- und Wirtschaftskrisen wären.

Auch dazu gibt der Satellit eher Anlaß, als beispielsweise die Erweiterung des syrisch-türkischen Konfliktes oder andere militärische oder außenpolitische Manöver, welche die antikommunistischen Kräfte eher vereinigen als in Streitigkeiten verwickeln.

7. Die durch dieses Ereignis in verschiedenen westlichen Ländern hervorgerufenen Spannungen und parteipolitischen Konflikte lenken zumindest für eine gewisse Zeit von den inneren Machtkämpfen in der Sowjetunion ab, stärken die kommunistische Krisentheorie und erlauben CHRUSTSCHOW seine eigene Position forciert auszubauen.

Es paßt dem neuen Moskauer Diktator nicht, daß die Welt die Ereignisse in Rußland und dem gesamten Ostblock seit STALINS' Tod so genau verfolgt und ihn durch Alarmierung der öffentlichen Meinung in seinen Handlungen behindert.

STALIN hatte es insofern leichter als CHRUSTSCHOW, als die Wirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre und die anschließende Kriegspolitik Hitlers die Außenwelt von den inneren Machtkämpfen in der Sowjetunion ablenkten.

- IV -

- IV -

8. Und schließlich ist die Tatsache, daß die Sowjetunion in diesem Jahr den 40 Jahrestag der kommunistischen Oktoberrevolution feiert Anlaß genug, um eben eine Rakete - und zwar eine außergewöhnliche Rakete - in die Luft zu schießen. Schon diese Ereignis genügt, daß es sich die Sowjetführung etwas kosten läßt, um die Welt zum Aufhorchen zu bringen und dem eigenen Volk Feiertagsstimmung zu schaffen.

Diese Anforderung haben die Raketen bestimmt erfüllt.

Das sind einige politische Gesichtspunkte für den Abschluß der künstlichen Erdsatelliten. Wie sieht es nun aber mit den wirtschaftlichen Aspekten aus?

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Sowjetunion und der gesamte Ostblock einen beachtlichen wirtschaftlichen Faktor in der Welt darstellen. Alles Geschreibsel vom sogenannten wirtschaftlichen Zusammenbruch des sowjetischen Machtbereiches ist gegenstandslos.

Ein Industriestaat wie die Sowjetunion bricht im Frieden nicht ohne weiteres über Nacht zusammen. Selbst wenn die ökonomischen Probleme noch so katastrophal erscheinen mögen, gibt es in einem solchen Riesenteritorium mit seinen Reichtümern an Rohstoffen aller Art immer wieder Ausweichmöglichkeiten. Das ist in diesem Falle um so leichter, da es sich bei der Sowjetunion um ein totalitäres Machtssystem und zwar um das größte, das die Weltgeschichte bisher kannte, handelt.

Und hier liegt auch der Schlüssel für die wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Lösung des Raketenproblems. In diesem Lichte gesehen hat nämlich die Sowjetunion ihr politisches Ziel bezüglich der Überholung des Westens - so paradox das klingen mag - gerade auf dem Gebiet errungen, auf dem es einer Diktatur am leichtesten fällt. Das heißt nicht, daß dieser Sieg mühelos errungen wurde. Im Gegenteil, er kostete sogar sehr große Opfer.

Aber nur ein absolutistischer Staat, bei dem Menschen, Material, jegliche finanzielle und sonstige Unterstützung überhaupt keine Rolle spielen und rücksichtslos und mit allen nur erdenklichen drakonischen Maßnahmen auf einen Punkt konzentriert werden können, ohne daß auch nur die leiseste Kritik geäußert werden darf, kann auf solchen Gebieten überraschende und unerwartete Leistungen hervorbringen. Das soll und darf die Anerkennung gegenüber den sowjetischen Wissenschaftlern nicht im geringsten schmälern oder herabsetzen.

Aber es darf auch dies nicht vergessen werden: Der Kommunismus hat seine Hauptaufgabe noch vor sich. Und diese lautet:

Die Überlegenheit auf allen Gebieten des täglichen Lebens, nicht nur in den Zeitungen, sondern für jedermann sichtbar und spürbar zu erreichen.

Daß diese Aufgabe viel schwieriger ist als die so eben gelöste, da-rüber ist sich wahrscheinlich im Moment nur der Krenl im klaren.

- V -

- V -

Wer das sowjetische Planungs- und Wirtschaftssystem eingehend studiert und sich mit den Methoden und Praktiken des Wirtschaftsdirigismus ernsthaft auseinandersetzt, wird die Schwierigkeit dieses Problems erkennen und starke Zweifel an der Realisierbarkeit der wirtschaftspolitischen Hauptaufgabe des Kommunismus hegen. 40 Jahre Sowjetmacht haben zwar den Sputnik und seinen großen Bruder hervorgebracht, konnten es aber noch nicht ermöglichen, auch nur annähernd eine normale und menschenwürdige Versorgung der Bevölkerung, so wie das die westliche Welt kennt, zu ermöglichen.

Der Vorsprung auf dem speziellen wissenschaftlichen Gebiet geht einwandfrei auf Kosten der gesamten Wirtschaften des Ostblocks. Und wenn die Sowjetunion diesen Vorsprung halten will - woran kein Zweifel besteht - muß sie die übrige Volkswirtschaft weiterhin vernachlässigen. Wie lange der politische Gewinn des Sputnik diesen wirtschaftlichen Fakt aufwiegen kann, bleibt eine Frage der Zukunft.

Der Verfasser hielt es für angebracht, diese Gedanken vorwegzuschicken. Wenn sich die vorliegende Arbeit auch in der Hauptsache mit dem Wirtschaftsdirigismus der Sowjetzone Deutschlands beschäftigt, so sei versichert, daß die Praxis der Planungs- und Wirtschaftsführung sich in nichts von der der Sowjetunion unterscheidet. Die in der sogenannten DDR angewandten und praktizierten Methoden sind in Bausch und Bogen von der Sowjetunion übernommen. Ja, sie sind in einigen Punkten sogar noch gemildert, weil das aus politischen Gründen und aufgrund der privatwirtschaftlichen Vergangenheit der Zone bisher noch nicht anders möglich war. Es erscheint aber mehr als zweifelhaft, ob der Ostblock auf diese Art und Weise den Westen jemals tatsächlich überrunden wird.

Die freie Welt sollte sich gerade jetzt nicht beirren und beunruhigen lassen. So wenig wie die entstandene Lage zur Selbstzufriedenheit Anlaß geben darf, so wenig sollte sie doch dazu beitragen, etwa eine Panik auszulösen.

Die freie Welt muß im Augenblick wachsam bleiben und mehr denn je zusammenhalten. Sie sollte ihre wirtschaftlichen Kräfte vereinen, um sowohl den Rückstand auf wissenschaftlichem Gebiet aufzuholen, aber auch gleichzeitig die Konjunktur hochzuhalten und neu zu beleben.

Wir können versichert sein, daß die sowjetischen Erdsatelliten unter den Menschen im sowjetischen Machtbereich den wenigsten Eindruck hinterlassen. Sie werden das so lange nicht, wie der einfache Arbeiter in diesen Ländern den Parteiagitatoren immer wieder die Frage stellt, nach dem Anschluß der wievielten Rakete es einmal Nägel, Holzschrauben, eine Ersatzkette für sein Fahrrad, Besugscheinfreien Zement, Tapete oder gar einfaches Toilettenpapier, eine Badewanne, einen Wasserhahn, die Badehose im Sommer und den Wollschal im Winter (und nicht umgekehrt), Zwiebeln, eine saure Gurke oder gar einen lumpigen Salzhering gibt.

Die weitere Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung in der Freien Welt wird auch den unterdrückten Völkern - so wenig sie im Moment auch selbst davon profitieren mögen - neuen Auftrieb geben.

32 E - 9 - 28

T E I L A

Die Sowjetisierung der Wirtschaft in der sowjetischen
 Besatzungszone Deutschlands

Verbemerkung:

Die wirtschaftspolitische Entwicklung der DDR vollzog sich in drei großen Etappen.

Die erste Etappe umfaßt den Zeitraum der sogenannten Wiederingangsetzung der Wirtschaft von 1945 bis 1948/49, also bis zum Beginn der Einführung zentraler Wirtschaftspläne für die sowjetische Besatzungszone (Halbjahrplan 1948 und Zweijahrplan 49/50).

Die zweite Etappe umfaßt die Periode der Sowjetisierung der Ostzone, die mit dem Ende des 1. Fünfjahrplanes (1951 bis 1955) abgeschlossen ist.

Die dritte Etappe eröffnet den Prozeß der völligen Einbeziehung der ostdeutschen Wirtschaft in den Machtbereich des kommunistischen Lagers.

Wenngleich sich diese Arbeit hauptsächlich mit der zweiten und besonders der dritten Etappe befaßt, seien des besseren Verständnisses wegen, die wichtigsten Merkmale der ersten Etappe mit angeführt.

I. Die Entwicklung des Planungssystems in Ostdeutschland
 von 1945 bis 1952

Die Periode der Wiederingangsetzung der Wirtschaft

Mit dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes und der Übernahme aller Macht- und Staatsfunktionen durch die Russen, begann in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Wiederaufbau nach sowjetischem Vorbild und Befehl. Vom ersten Tage an mußte sich die Wirtschaft der Zone - getreu der These vom Primat der Politik über die Ökonomie - der politischen Zielsetzung der Kommunisten beugen, wurde die Wirtschaftspolitik der politischen Doktrin untergeordnet.

Die politische Zielsetzung für die erste Zeit des Wiederaufbaus wurde am Gründungsauftrag der KPD vom 11. Juni 1945 gegeben. Wenn es darin auch heißt: "...Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjet-System aufzuswingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland..." und statt dessen vorgeschlagen wird "...den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik..." zu gehen, so weisen einige Punkte, die unter den dringendsten Aufgaben, die in der nächsten Zeit zu lösen sind genannt werden, doch schon auf den beginnenden Sowjetisierungsprozeß hin. Es heißt dort: "...6. Enteignung des gesamten Ver-

- 2 -

mögens der Nazis und Kriegsverbrecher. Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen und provincialen Selbstverwaltungsorgane.

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provincial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.

10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden...

Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden...

Das Zentralkomitee der KPD ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blockes der antifaschistischen, demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrums Partei und anderer) dienen kann...".

Diese politische Zielsetzung fand in der Folgezeit ihren Niederschlag in den Befehlen der SMAD, durch welche die Politik der KPD verwirklicht wurde.

So entstanden unmittelbar nach dem Zusammenbruch neben den privaten- und Handwerksbetrieben sogenannte volkseigene Betriebe (VEB), die den demokratischen Selbstverwaltungsorganen unterstellt wurden.

Während dieser Zeit war der Eingriff übergeordneter Stellen in das Wirtschaftsgeschehen relativ gering. Die Russen bestimmten anfangs durch sogenannte Produktionsbefehle ob überhaupt produziert werden durfte und wenn eine solche Produktionsgenehmigung vorlag, entschied der Betrieb selbst über Art, Höhe, Umfang und Absatz seiner Produkte. Durch Beibehaltung der sogenannten Stopppreise von 1944 war auch der Rahmen für die Preiskalkulation festgelegt. Später übertrugen die Russen diese Aufgaben mehr und mehr den Selbstverwaltungsorganen.

In dieser Periode ließ man die Volkswirtschaft in ihren traditionellen Bahnen laufen, soweit in dieser Zeit ein "Laufen" der Wirtschaft überhaupt möglich war. Die Betriebe hatten nur geringe Abführungen an übergeordnete Stellen zu tätigen. Die aufgrund des allgemeinen Wirtschaftschos nur unbedeutenden Gewinne, wurden dafür aber fast ausnahmslos für die Wiederingangsetzung bzw. Rekonstruktion der Werke eingesetzt.

Die Volkswirtschaft der SBZ nahm einen relativ raschen Aufschwung. Unter den Arbeitern und Angestellten der neuen VEB

- 3 -

- 3 -

herrschte in dieser Zeit eine ehrliche Begeisterung. Aus Trümmerhaufen und ausgebrannten Werkhallen entstanden unter Aufbietung aller physischen und geistigen Kräfte neue leistungsfähige Betriebe, die bald wieder deutsche Qualitätszeugnisse herstellten. Auch der Privatindustrie ließ man großen Spielraum, wenngleich Materialzuteilungen meist von der Übernahme von Reparationsaufträgen abhängig gemacht wurden.

Wenn dies nicht offenkundig wurde, so hat das seine Ursache einzig und allein in den unsinnigen sowjetischen Demontagen und den ständigen Zwangsexporten, die samt und sonders auf das Konto "Reparationen" geschrieben wurden. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß sich die wirtschaftlichen Leistungen der SBZ aus dieser Zeit durchaus mit denen der Westzonen messen konnten.

Die Verwaltung der neugeschaffenen VEB lag zur damaligen Zeit, wie schon gesagt, in den Händen der Selbstverwaltungsorgane der Städte und Gemeinden oder sogenannter Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB), die in überwiegendem Maße den Ländern unterstanden. Ein weiterer großer Teil der VEB war in sogenannten kommunalwirtschaftlichen Unternehmen (KWU) zusammengefaßt und wurde von den Städten bzw. Kreisen verwaltet. Die Zusammenfassung dieser Betriebe in den genannten Vereinigungen geschah nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten und hatte eine möglichst umfassende Kooperation und gemeinschaftliche Ausnutzung vorhandener Anlagen und Materialreserven zum Ziele.

In diesen VVB war jedoch die Selbständigkeit der einzelnen Unternehmen weitestgehend gewahrt, so daß sie ihre traditionellen Produktions- und Handelsbeziehungen fortsetzen konnten. Es gibt aus dieser Zeit viele Beispiele echter Zusammenarbeit und Hilfe der Belegschaften untereinander.

Die größten und wirtschaftlich entscheidendsten Betriebe verfielen jedoch in sowjetisches Eigentum und wurden demontiert oder sogenannte SAG-Betriebe, die von Anfang an zentralistisch verwaltet und geleitet wurden. Während die VEB hauptsächlich mit eigenen Mitteln arbeiten mußten, erhielten in der damaligen Zeit fast nur die SAG-Betriebe staatliche Finanz- und Materialzuschüsse. Sie wurden so zur neuen schwerindustriellen Basis der künftigen DDR ausgebaut.

Der Beginn der Zentralisierung

Der Übergang zur zentralistischen Planungs- und Wirtschafts-führung im gesamten Gebiet der SBZ begann mit dem Auf- und Ausbau der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) und wurde beschleunigt mit der Gründung der DDR und der Schaffung zentraler Ministerien. Auch hierfür lag die politische Anweisung vor. Sie wurde am 29. Juni 1948 vom Vorstand der SED gegeben, indem Grotewohls Forderung "...sich eindeutig und ohne Rückhalt nach dem Osten zu orientieren..." gebilligt wurde.

In den Jahren 1949/50 wurden die VEB schrittweise aufgelöst, die technischen und wirtschaftlichen Kader in die Hauptver-

- 4 -

- 4 -

waltungen der Ministerien versetzt, die meisten, größten und wichtigsten Betriebe entweder direkt den Ministerien unterstellt oder verschiedene Betriebe in Kombinate zusammengefaßt und die Kombinate den Ministerien untergeordnet. Sie hatten von Stund an ihre Betriebsgewinne an die Ministerien abzuführen und mußten die ersten VEB-Pläne ausarbeiten.

Gleichzeitig entband man die Betriebe vom Absatz und Einkauf ihrer Produkte, welchen Fortan die deutschen Handelszentralen (DEZ) zu tätigen hatten. Nur Betriebe mit vorwiegend örtlichen Aufgaben blieben den Ländern bzw. Kreisen überlassen. Aber auch diese mußten ihre Abführungen über die Länder an den Staatshaushalt erhöhen.

Die Planungspraxis

Der Planungsmechanismus lief während dieser Zeit folgendermaßen ab: Das Ministerium für Planung (seit 1950 die Staatliche Plan-Kommission) gab im laufenden Jahr für das kommende Jahr sogenannte **K o n t r o l l s i f f e r n** an die Ministerien heraus. Diese Kontrollziffern bestimmten nach einer sogenannten **S c h l ü s s e l l i s t e**, welche die wichtigsten **W a r e n** oder **W a r e n g r u p p e n** enthielten, die **H ö h e** und den **U m f a n g** der zu erreichenden **P r o d u k t i o n e n**.

Um einen Überblick über diese Direktive und damit letztlich auch einen Überblick über den Sinn der sowjetzonalen Planung zu erhalten, seien nachfolgend die wichtigsten Beispiele der Positionen der Kontrollziffern angeführt:

Energie	in Kw
Kohle	insgesamt und aufgeschlüsselt in: Rohbraunkohle Brikett Siebkohle und Steinkohle
Koks	insgesamt aufgeschlüsselt in: metallurgischen Koks und sonstigen Koks
Stahl	aufgeschlüsselt in die etwa 10 wichtigsten Sorten
Grundchemie	ca. 25 - 30 der wichtigsten chemischen Grundprodukte, wie vor allem: Schwefelsäure Soda Carbid Lebensmittel usw.
Baustoffe	Zement Ziegel Baustahl (auch bei Stahl erfaßt) Holz (auch bei Holz erfaßt)
Holz	diverse Sorten

- 5 -

50X1-HUM

- 5 -

Maschinenbau	hier sind ca. 100 Positionen der wichtigsten Maschinenbauerzeugnisse genannt
Leichtindustrie	Papier, sogar Toilettenpapier Zellulose Garne Stoffe Schuhe Lederwaren
Druckereierzeugnisse	Bücher Broschüren Zeitungen und Zeitschriften Geschäftsdrucksachen
Lebensmittel	Fleisch tierische Fette pflanzliche Fette Butter Eier Getreide Zucker
Transportwesen	nach Leistung und Umlaufzeit des Laderaumes
Warenumsatz	Aufteilung in: Industriewaren und Lebensmittel
Außenhandel	Export) nach wichtigsten Produkten Import) und Wirtschaftszweigen jeweils aufgeschlüsselt in: kapitalistisches Ausland einschl. Interzonenhandel SU und sozialistische Länder
Staatshaushaltsbilanzen	(Volkseinkommensbilanz)
Bilanz der Geldeinnahmen, Geldausgaben und Bevölkerung	(Kaufkraftbilanz)
Arbeitskräfte	Aufteilung auf Wirtschaftszweige und Bevölkerungsbilanz
Selbstkostensenkung	Angabe als Summe in Prozenten, die den Betrag ausdrückt, um welchen die Selbstkosten insgesamt gesenkt werden sollen.
Steigerung der Arbeitsproduktivität und Entwicklung der Löhne nach Gruppen	in Prozent

- 6 -

- 6 -

Investitionen und General-
reparaturen sowie Lizenzen
(privater und genossen-
schaftlicher Verbrauch),
Kultur, Gesundheits- und
Sozialwesen

in Millionen DM und Stei-
gerung in Prozent

Das Dokument der Kontrollziffern enthielt insgesamt 900 Einzelpositionen. Bis 1956/57 wurden diese Positionen auf 400 - 500 reduziert, was jedoch seitens der Ministerien gegenüber den Betrieben nicht geschah.

Die Mengenangaben hinter den einzelnen Planpositionen erfolgen in Tennen oder Stück und bei Energie in Kw, gleichzeitig in Messwerten (Geld), außerdem wird der Steigerungssatz in Prozent angegeben.

In der Planposition **A r b e i t s k r ä f t e** (B e v ö l k e r u n g s b i l a n z) ist gleichzeitig eine Planung der Republikflucht enthalten. Die jährliche Plansiffer beläuft sich hier auf einen Gesamtabgang von 250.000 Personen durch Westflucht und sonstige Abwanderung. Im Übrigen wird zu diesen Fragen auf das Statistische Jahrbuch 1955 Seite 8 verwiesen. Der Gesamtverlust an Bevölkerung beläuft sich seit 1948 auf 2 Millionen Menschen.

Der Direktive wird als Anlage ein **D o k u m e n t M a t e r i a l b i l a n z e n** beigelegt. Dieses Dokument stellt den Vorschlag für die Verteilung der Produktion auf die einzelnen Bedarfsträger dar und enthält den Materialbedarf der einzelnen Bedarfsträger für die von ihnen zu erbringenden Produktion.

Aufgrund dieser Kontrollziffern arbeitete dann die SPK den **V o l k s w i r t s c h a f t s p l a n** aus, während gleichzeitig ihrerseits die Ministerien und Länder die Kontrollziffern noch weiter aufschlüsselten und den Betrieben mit detaillierten Anweisungen über die Aufstellung der Pläne übergaben. Somit erfolgte die Planausarbeitung einmal in der SPK zum anderen in den Betrieben und Ministerien.

Der Zeitpunkt der Planausarbeitung lag immer in den Monaten Mai bis August. Anfang September erfolgten dann die sogenannten Planrückläufe, d.h. die Betriebe übergaben ihre aufgrund der erteilten Kontrollziffern ausgearbeiteten VEB-Pläne dem jeweils übergeordneten Organ, welche die Ministerien bzw. Länder dann koordinierten und als ihren sogenannten **S t a a t s p l a n** der Staatlichen Plankommission und dem Ministerrat einreichten.

Jetzt zeigte sich alljährlich das gleiche Bild:

Die Staatspläne der Ministerien wiesen gegenüber dem Plan der Staatlichen Plankommission grundsätzliche Abweichungen aus. Die vorgeschriebene Produktionshöhe wurde meist unterschritten. Die Materialanforderungen waren stets höher als die herausgegebenen Kontrollziffern. Die Höhe der Arbeitsproduktivität lag wesentlich unter der Zahl der Plankommission, außerdem war immer die Selbstkostensenkung geringer. Dafür wurden höhere Umlaufmittel und Löhne, mehr Investitionen, Ausrüstungen und Arbeitskräfte angefordert.

- 7 -

- 7 -

Danach vollzog sich alljährlich der gleiche Kampf:

Die Staatliche Plankommission ging mit ihrem Plan und einem Dokument, welches die Abweichungen der Pläne der Ministerien bzw. Länder enthielt in das Politbüro des ZK der SED und begründete dort die Konsequenzen, welche die Bestätigung der Pläne der Ministerien und Länder nach sich ziehen würde.

Es mag hier die Frage auftauchen, was hat die Führung der SED mit den staatlichen Plänen zu tun? Im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird die Herrschaft und Allmacht der Partei noch genügend herausgestellt. Das Politbüro des ZK der SED, dessen 1. Sekretär Ulbricht ist und das 12-14 Mitglieder und Kandidaten umfaßt, ist das höchste Organ des jeweiligen kommunistischen Staates. Hier werden alle wirklichen Entscheidungen getroffen, hier finden die Auseinandersetzungen (wenn überhaupt Auseinandersetzungen) statt und es gibt keinen Beschluß, keine sonstige Maßnahme, die nicht vorher dort bestätigt worden wäre. Alle anderen Instanzen wie Regierung, Volks- und Länderkammer, Landes- bzw. Bezirksregierungen usw. sind nur ausführende Organe der Partei.

Das Politbüro zitierte also aufgrund der Vorlagen der Plankommission die Minister und Staatssekretäre vor den Parteiapparat, welche dann zwar ohne Material und Investitionsmittel, so doch mit einer Menge politischer Lösungen nach Hause geschickt wurden. In geringen Fällen mußte die Staatliche Plankommission von ihren hohen Zielen herunter, im wesentlichen blieb jedoch ihr Plan bestehen, da er ja auf entscheidenden politischen Lösungen der SED basierte.

Das Ergebnis war alljährlich dasselbe, nämlich die Ministerien wurden einfach gezwungen sich an die hohen Planziele zu halten, da ein Verharren auf ihrem Standpunkt die Verneinung der Politik der SED bedeuten würde und so etwas wagt kein Minister. Das sog in der Regel vollständige Planänderungen in den Betrieben nach sich, welche die sogenannte "Planrunde" von vorn beginnen mußten und wider besseres Wissen unrealer Pläne aufstellten. In den Ministerien, Ländern und Bezirken war meist von vornherein klar, daß die erhöhten Pläne unmöglich zu erfüllen sind.

Bei dieser "Schildbürgerarbeit" war den Betrieben die volle Unterstützung der Parteisekretäre und des Parteiapparates sicher. Durch Sonderschichten, Aktivistenpläne, Selbstverpflichtungen, erpresste Normerhöhungen und ähnliche Zwangsmaßnahmen wurde ein Maximum aus den Arbeitskräften herausgeholt. Was jedoch selbst durch diese Gewaltmethoden nicht herbeigeschafft wurde, waren die fehlenden finanziellen und materiellen Mittel - und gerade sie hätten den Ausschlag gegeben.

Da jedoch die Betriebsleiter und die sonstigen leitenden Wirtschaftskader wußten was ihnen blüht wenn der VEB-Plan nicht erfüllt wird, entwickelten sie im Laufe der Jahre ganz bestimmte Methoden zur Manipulierung der Planerfüllung. Die nach sowjetischem Muster herausgegebene Planmethode öffnet ihnen dabei Tür und Tor.

- 8 -

Ohne die Einschaltung der zentralen Planungsinstanzen und ohne die Knebelung der Initiative der Betriebe durch die Industrie-verwaltungen (Ministerien und Hauptverwaltungen) würde sich die Produktion in quantitativer und qualitativer Hinsicht völlig anders gestalten, würde der Absatz der Produktion anders ver-sich gehen, würde die Beschaffung des Materials ihren eigenen Gesetzen folgen und würde die Forschung und Entwicklung und die Personalpolitik nach ökonomischen und betriebsadäquaten Prinzipien verlaufen. In dem Moment, wo man den Betrieben diese Eigeninitiative lassen würde, bekäme die gesamte Wirtschaft der DDR einen anderen Trend. Die Betriebe würden z.B. sofort ihr Gesicht nach Westen wenden und man würde einen süßigen Ausbau des Ost-West-Handels erleben. Nicht zuletzt ist es die Aufgabe der Plankommission einen derartigen Trend mit allen Mitteln zu verhindern und dafür zu sorgen, daß die Wirtschaft der Sowjetzonenrepublik mehr und mehr an die Sowjetunion ge-kettet wird.

Um zu zeigen, zu welchen wirtschaftlichen Vernunftwidrigkeiten die sogenannte "Planung" in der DDR führt, sei hier auf einige konkrete Beispiele zurückgegriffen, die als besonders typische Vorkommnisse die Plankommission beschäftigt haben, ohne daß dieser Unsinn aus der Welt geschafft wurde.

Die Planerfüllung oder besser die P l a n a b f e c h - n u n g i m M a s c h i n e n b a u geschieht hinsichtlich der Produktionsmenge nach Gewicht. Um einen möglichst guten Stand der Planerfüllung herauszuwirt-schaften, gehen die Betriebe in nicht seltenen Fällen dazu über, das Gewicht ihrer Maschinen einfach zu erhöhen. Ein besonders krasses Beispiel wurde von einer Werkzeug-maschinenfirma gemeldet, die die Bodenplatte einer Ma-schine um 20 Ztr. schwerer machte, als es die konstruk-tion an sich erfordert hätte. Es kümmert die Firma gar nicht, daß damit Stahl sinnlos vergeudet wurde, daß die Nettoleistungen der Maschine im Verhältnis zu ihrem Ge-wicht sich verschlechterte und daß ein solches Vergehen die Verkaufsmöglichkeiten verringert. Der Betrieb er-füllte auf diese Weise seinen Plan, die Prämie wurde erreicht und das andere geht den Betrieb nichts an. Die ökonomische Lage der DDR und die Armut an metallurgischen Erzeugnissen erfordert aber gerade die gegenteilige Me-thode.

Die Investpolitik ist in ihrer Grundkonzeption bereits verfehlt. Anstelle sich auf einige Industriezweige zu konzentrieren und in diesen die Betriebe von Grund auf zu modernisieren und zu rekonstruieren, verstreut man sich, so daß in vielen Fällen die den Betrieben zuge-teilten Investitionen sinnlos verfallen werden. Um ein Beispiel aus der Kraftfahrzeugindustrie zu wählen:

Hier wurde in einem Werk eine neuartige Anlage für die Blechverformung geschaffen. Dies hätte jedoch bei der Leistungsfähigkeit der neuen Strecke nur Sinn gehabt, wenn auch die anderen Fertigungsabteilungen des Werkes

- 9 -

- 9 -

entsprechend ausgestattet worden wären und somit ein zügiger Arbeitsprozeß im Fluß hätte entstehen können. So ist indes die Folge, daß die Maschine jetzt nur einen Bruchteil der Zeit ausgelastet ist und in diesem besonderen Falle steht einige Meter weiter ein Mann, der mit primitivsten Methoden die Kotflügel an der Karosserie verschmiedet. Indessen sind sich die Fachleute darüber im klaren, daß die automatische Anlage bis zur Verbesserung oder Automatisierung der übrigen Fertigungsgänge trotz oder gerade wegen der geringen und ungleichmäßigen Belastung wieder unbrauchbar bzw. überholt ist und in dem Betrieb neue "Engpässe" geschaffen werden.

Die Erklärung für diesen Widersinn liegt ebenfalls in der politischen Doktrin. Bis zum heutigen Tage werden die Investmittel nicht nach ökonomischen Gesichtspunkten verteilt. Kein Ministerium oder Betrieb muß gegenüber der Staatlichen Plankommission den Nachweis des beabsichtigten Nutzeffektes erbringen. Die Verteilung wird vielmehr so gehandhabt, daß das Ministerium ausführt "...aufgrund des Beschlusses der SED vom..., wonach das und das politische Ziel erreicht werden soll ist es notwendig, das und das zu investieren...". Nur oder in der Hauptsache dieser Faktor ist bestimmend für die Gewährung staatlicher Mittel. Und noch ein Beispiel:

Die Tendenz der Betriebe, ihren Plan unter allen Umständen zu erfüllen, führt zu völlig grotesken Maßnahmen. Oftmals kommt es vor, daß die zugewiesenen Investmittel nicht verbraucht werden können oder diejenigen Dinge, die man eigentlich beschaffen sollte, nicht greifbar sind. Um nun die Mittel nicht verfallen zu lassen, wird jetzt ihre Verwendung in anderweitiger Form versucht. So ließ z.B. ein Großbetrieb in MAGDEBURG das an sich noch gute Dach eines Werkgebäudes abreißen und neu eindecken, nur um auf diese Weise die Investmittel für Generalreparaturen zu binden und so den Plan zu erfüllen. Dabei kümmert es nicht, daß in derselben Stadt zahllose Häuser stehen, deren Dächer dringend reparaturbedürftig sind und für die schon seit Jahren weder Material noch Geldmittel vorhanden sind. Der Betrieb wird sogar gezwungen so zu handeln, weil er sonst durch die Nichterfüllung eines Plananteils, selbst bei guter Erfüllung des Produktionszolls, die Erfüllungsprämie einbüßt und Differenzen innerhalb der Belegschaft entstehen würden.

Ähnlich verhält es sich mit dem Arbeitskräfteplan, wobei sich hier die eingebürgerten Methoden immer direkt gegen die Arbeiter und Angestellten auswirken. Wenn nämlich die Höhe der Arbeitsproduktivität nicht erreicht wird geht man zu massenweisen Entlassungen über, die unter dem Vorwand "struktureller Veränderungen" jederzeit vorgenommen werden können.

Auch die Arbeiterschaft hat sich diesen Methoden angepaßt und ihre eigenen Gegenmaßnahmen entwickelt. Die hohen Ausfälle durch Krankheit, welche an jedem Jahresbeginn zu verzeichnen sind, haben ihre Ursache darin, daß die

- 10 -

50X1-HUM

- 10 -

Arbeiter sich einfach krank schreiben lassen, wenn durch fehlende Materialien oder noch nicht bestätigte Pläne Produktionsstillstand eintritt, um wenigstens für 6 Wochen 90% ihres Durchschnittslohnes herauszuholen und vor allem nicht entlassen zu werden.

Die Gesamtheit dieser Praktiken stellt die SED-Führung alljährlich vor dieselben Probleme: Wenn durch Druck und jegliches Aufgebot der Partei-Agitatoren der Plan in der diktierten Höhe bestätigt ist und die Arbeit in den Betrieben anlaufen soll, beginnen die ökonomischen Gesetze zu wirken und setzen sich gewaltsam über alle politischen Lösungen hinweg. Die fehlenden Materialien und meist verspäteten Importeinträge führen zu hohen Stillstandszeiten in den Betrieben. Das bringt diese sofort in sogenannten Planrückstand und löst eine Kettenreaktion aus, die letztlich die gesamte Wirtschaft ergreift. Die Leistungstafeln der Betriebe und Hauptverwaltungen gleichen den Fieberkurven von Schwerkranken. Betriebsdelegationen belagern förmlich die Dienststellen der Regierung und fordern die Lieferung der im Plan zugesicherten Materialien und Ausrüstungen, ohne Erfolg zu haben.

Dabei beschäftigt die Parteiführung zu dieser Zeit jedoch immer ein viel schwierigeres Problem:

Das nämlich die finanzielle Seite der Pläne, besonders in bezug auf die Löhne und Bewilligung der Geldmittel leichter zu erfüllen ist als die Produktionsziele, vergrößert sich alljährlich der ohnehin bestehende Kaufkraftüberhang. Und da die Produktionsziele nicht erreicht werden, tritt besonderer Mangel an Industriewaren ein. Die überschüssige Kaufkraft fließt nun in den Lebensmittelsektor und ruft auch hier Versorgungsstörungen hervor. Diese werden oft so groß, daß nicht einmal die Versorgung auf die immer noch bestehenden Lebensmittelkarten gesichert ist. Der HO-Verkauf von Butter, Zucker und Eiern muß fast in jedem Frühjahr eingestellt werden.

Nun ließe sich diesen Ereignissen vorgreifen, indem von vornherein staatliche Reserven angelegt würden. Die Staatliche Plankommission ist auf deren Einbehaltung auch stets bedacht. Es ist jedoch noch in keinem Jahre gelungen, die vorgesehenen Reserven tatsächlich anzulegen, da die Minister in den Beratungen im Politbüro einen solchen Druck auf dasselbe ausüben, daß letztlich alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Wenn nun am Jahresbeginn die unliebsamen Produktionsausfälle den gesamten Plan und das gesamte Wirtschaftsgeschehen durcheinander bringen, steht die SED-Führung diesen Erscheinungen nahezu machtlos gegenüber. Sie sucht deshalb alljährlich ihr Heil in Bittbriefen an den "großen Bruder" und ULBRICHT tritt seine "strenggeheime" Moskareise an.

Hierbei verfährt die SED-Führung mit Moskau genauso wie es die Minister gegenüber der Parteiführung tun. In der Gewissheit, ohnehin nur die Hälfte von dem zu bekommen was man benötigt, werden riesige Wunschzettel ausgefüllt. Es ist jedoch noch nie vorgekommen, daß diese sofort erfüllt wurden. Es ist vielmehr so, daß dem Ulbrichtbesuch eine sowjetische Expertendelegation in die DDR folgt und nun an Ort und Stelle die Notwendigkeit

- 11 -

325-9-28

- 11 -

der sowjetischen Lieferungen überprüft. Diese Überprüfungen ziehen sich meist über Wochen hin. Dabei verfahren die sowjetischen Planungsspezialisten mit ihren DDR-Kollegen genauso, wie diese mit den Ministerien. Sie geben gute Ratschläge, wie durch Erhöhung von Arbeits- und Materialverbrauchsnormen "unausgeschöpfte Reserven" ausfindig gemacht werden können, sie führen die Mißstände in der Planmethodik an, die zu unnötigen Verlusten führen (dabei wissen sie genau, daß es bei ihnen nicht anders zugeht) und sagen schließlich einen geringen Teil der gewünschten Hilfe zu.

Inzwischen haben die Ministerien aufgrund des Druckes der Betriebe durchgesetzt, daß verschiedene Planreduzierungen vorgenommen werden. Das geschieht deshalb, weil sonst die Prämien, die ja vorenthaltene Löhne sind, nicht ausbezahlt werden können. Diese Reduzierungen läßt man jedoch nicht durch die Volkskammer beschließen, sondern legt fest, daß sie am Jahresende sozusagen "unter dem Strich" abgerechnet werden sollen. Das geschieht aus dem Grunde, damit nicht mit der Planreduzierung auch die politischen Lösungen umgestoßen werden müssen. Was jedoch hierbei nicht ausbleibt ist, daß ein erneutes Planwettstreifen durcheinander in den Betrieben entsteht. Sie müssen ihren VEB-Plan wieder umarbeiten und können dabei sumeist auf ihren ursprünglichen Planvorschlag zurückgreifen.

Wenn diese Runde vorüber ist, sind dann meistens die russischen Hilfslieferungen eingetroffen. Außerdem ist in der Regel der Außenhandelsplan teilweise realisiert worden, so daß eine gewisse Belebung der Wirtschaft zu verzeichnen ist. In den Betrieben wird nun mit Hochdruck und Überstunden gearbeitet. Dadurch steigen die Löhne noch mehr in die Höhe und die Kaufkraft wächst weiter an. Das läßt die Staatliche Plankommission wieder in die Offensive gehen, welche mit geschwelliger Brust "wir hatten doch Recht" einen Zusatzplan fordert. Den Zusatzplan will man deshalb den Betrieben erteilen, weil sonst aufgrund der günstigen Materiallage die Produktion und mit ihr auch die Löhne in die Höhe getrieben werden. Mit dieser Begründung erhält die Plankommission in Politbüro recht und es entsteht nun die dritte Planrunde des Jahres. Das Ergebnis liegt dann meist bei dem von der Plankommission ursprünglich ausgearbeiteten Plandokument.

Eine wichtige Abweichung ist aber darin enthalten und das ist auch die wirtschaftlich entscheidende:

Durch das Wirtschaftsdilemma zu Anfang der Jahre ist ein nicht wieder aufzuholender Rückstand in der Investitionsgüterindustrie und in den Investitionen überhaupt entstanden. Dieser ist letztlich auch dafür entscheidend, daß der vorgesehene Produktionszuwachs nicht erreicht wird - und er ist in keinem Jahre erreicht worden.

Der Halbjahresplan von 1948 und der Zweijahrplan von 1949/50 stellten die Aufgabe, den wirtschaftlichen Stand von 1936 zu erreichen und zu überflügeln. Die SED-Führung meldete eine vorfristige Erfüllung des Zweijahrplanes, die noch einen "Zusatzplan" notwendig machte. Die Bevölkerung Mitteldeutschlands bekam nur die Arbeit, nicht aber die "Erfüllung" zu spüren und die Lebensmittelrationierung konnte bis heute nicht abgeschafft werden.

- 12 -

- 12 -

II. Der Beginn des ersten Fünfjahresplanes 1951 bis 1955

Die politische Zielsetzung für den 1. Fünfjahrplan der DDR wurde vom III. Parteitag der SED (20.-24. Juli 1950) gegeben. Sie besagt, daß bis zum Ende des Jahrzehnts die friedliche Industrieproduktion im Verhältnis zum Stand des Jahres 1950 ein Ausmaß von 190% erreichen sollte, was eine Verdoppelung der Produktion im Vergleich zum Jahre 1936 bedeutet. Durch dieses Wachstum der Produktion und durch Beseitigung der schweren Kriegsfolgen sollte der Verkriegs-Lebensstandard der Bevölkerung erreicht und zum Ende des Fünfjahrplanes bedeutend überschritten werden. Der Bevölkerung wurde versprochen, daß am Laufe des Planjahrhunderts die Rationierung für Lebensmittel abgeschafft werden sollte, wobei in den Referaten (nicht im Beschluß) das Jahr 1953 hierfür genannt wurde. Angesichts der geschilderten Wirtschaftspraxis lief der 1. Fünfjahrplan nicht in der von der SED gewünschten Weise an. Die guten Leistungen der ersten Nachkriegsjahre hatten die SED-Führung die Wirtschaftsmöglichkeiten der sowjetischen Besatzungszone überschätzen lassen. Wie kam es dazu:

Erstens waren bis dahin überhaupt noch Reserven vorhanden und diese ließen sich für Wiederaufbauzwecke und die damals noch geringen Belange der Bedarfsgüterproduktion verhältnismäßig gut einsetzen. Es zeigte sich aber nun, daß diese Reserven nahezu ausgeschöpft waren und die noch vorhandenen wenigen Bestände sich wohl für einfache Massenbedarfsgüter, aber nicht für den Aufbau einer modernen Schwerindustrie einsetzen ließen. Die Folge war denn auch, daß bereits im Jahre 1951 die großen Investitionen und die vorgesehene Produktion der Schwerindustrie stark ins Hintertreffen gerieten.

Zweitens kam die Zone in Arbeitskräfteschwierigkeiten. Die SED hatte angenommen, daß die Menschen ohne weiteres in die neuen Industrie-Schwerpunkte übersiedeln würden, weil dort für günstigere materielle Lebensbedingungen gesorgt wurde. Diese Rechnung erwies sich als Trugschluß, denn die besten Arbeitskräfte, vorallem Techniker, wanderten nach Westdeutschland ab.

Erste strukturelle Änderungen im Regierungsapparat der DDR

Wie stets in solchen Fällen so sah die SED-Führung auch hier die Lösung des Übels in verschiedensten politischen Maßnahmen, vor allem in Strukturveränderungen und personellen Umgruppierungen.

Schon Ende 1950, als sich ein Zurückbleiben der Schwerindustrie abzeichnete, wurde bei der Neubildung des Zonen-Ministerrats das Ministerium für Industrie, welches SELBMANN unterstand, aufgeteilt. Es entstanden

das Ministerium für Schwerindustrie,	Leitung SELBMANN (SED)
das Ministerium für Leichtindustrie,	Leitung FELDMANN (LFD)
und das Ministerium für Maschinenbau,	Leitung SILLER (SED)

- 13 -

- 13 -

Außerdem wurde nach sowjetischem Vorbild das Ministerium für Planung abgeschafft und daraus die Staatliche Plankommission gebildet, welche nunmehr über den Ministerien stand. Sowohl die 4. Tagung des ZK der SED (17.-19.1.1951), aber ganz besonders die 6. Tagung (13.-15.6.1951), befaßten sich nur mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten beim Anlauf des Fünfjahresplanes. Die 4. Tagung forderte die Reorganisation der volkseigenen Wirtschaft, womit die endgültige Auflösung noch bestehender VVB und die restlose Unterstellung der VEB unter die Ministerien gemeint war. Seit dieser Zeit tragen alle volkseigenen Betriebe die Bezeichnungen

VEB (Z) = zentralgeleitete Betriebe
VEB (K) = örtliche Betriebe.

Die 6. ZK-Tagung befaßte sich mehr mit dem finanziellen Dilemma. Sie forderte die "Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung" nach sowjetischem Vorbild und beklagte sich darüber, daß die erdrückende Mehrzahl der VEB unrentabel sei. Der Staatlichen Plankommission wurde folgendes vorgeworfen:

"...Bei der Festlegung und Durchführung der Produktionspläne des Volkswirtschaftsplans 1951 wurde in ungenügender Maße beachtet, daß unter Führung des amerikanischen Imperialismus in wachsendem Maße der Bezug von Waren aus den kapitalistischen Ländern erschwert und teilweise unterbunden wird.

Trotz dieser bekannten Umstände wurde der Erschließung der eigenen Bodenschätze, der Entwicklung der Grundstoffindustrien und des Schwermaschinenbaus, sowie der Umstellung der Produktion auf eigene Erzeugung der für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft entscheidenden und bisher aus den westlichen Ländern importierten Waren nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt ... Die Sorglosigkeit und Passivität bei der Lösung dieser wichtigen Aufgaben sind zu liquidieren...".

SELBMANN mußte noch mehr von seinem Bereich abgeben. Sein Ministerium wurde erneut aufgegliedert und zwar

in ein Ministerium für Hüttenwesen und Erzbau	Leitung SELBMANN
in ein Staatssekretariat für Kohle und Energie	Leitung PRITZSCH
in ein Staatssekretariat für Chemie, Steine, Erden	Leitung van RICHELEN

Reorganisation der Staatlichen Plankommission

Die im Jahre 1952 sich verschärfenden Schwierigkeiten ließ die Kritikwelle und die Reorganisation weiter gehen. Nachdem Anfang Februar wieder SELBMANN kritisiert wurde und vom Politbüro eine Rüge erhielt, weil der Aufbau des Eisenhüttenkombinates Ost (jetzt Stalinstadt) stark zurückgeblieben war, kam im März und April RAU und mit ihm die Staatliche Plankommission an die Reihe. Diese Kritik drang jedoch nicht an die Öffentlichkeit.

- 14 -

- 14 -

Das geschah weniger aus Rücksichtnahme für RAU, sondern vielmehr deshalb, weil das Ansehen der Staatlichen Plankommission äußerst gering ist und man bei der Kritik der stalinistischen Planung immer an die Wurzeln des Regimes dringt. Und das darf nur das Politbüro!

LEUSCHNER, der schon damals aus Plankommisionsschef ausserkoren war, verfertigte eine Selbstkritik der Staatlichen Plankommission für das Politbüro. Der Kern dieser Selbstkritik war ungefähr folgender:

LEUSCHNER führte die wirtschaftlichen Mißstände in der DDR auf das zu starke Eingreifen staatlicher Stellen in das Wirtschaftsgeschehen zurück. Damit hatte er an sich den Daumen auf der richtigen Stelle. Er führte an, daß es die Plankommission unter RAU seit Gründung der DDR nicht verstanden habe sich von dem operativen Arbeitsstil der DWK-Zeit zu lösen. Die Plankommission müsse das objektive Organ der Partei und Regierung für die Planausarbeitung und Kontrolle der Durchführung der Pläne sein. Jegliche operative Maßnahmen müßten den Ministerien vorbehalten sein, wobei man auch deren Eingriffe durch genauformulierte Statuten auf ein Minimum begrenzen solle. Außerdem kritisierte er, daß es durch die ständige sporadische Arbeit, sowohl von RAU, als auch von der Partei- und Regierungsführung nicht möglich sei, Ruhe und Systematik in den Wirtschaftsablauf zu bringen.

Für die Staatliche Plankommission empfahl er eine neue Struktur einzuführen, durch welche die einzelnen Abteilungen gezwungen werden nicht nur die Produktion, sondern alle wirtschaftlichen Fragen ihres Bereiches komplex zu planen, d.h. sie sollten auch (im Gegensatz zu der bis dahin geübten Praxis) die Investitionen, Arbeitskräfte, Finanzen und sonstige ökonomische Fragen mit bearbeiten.

Des weiteren verlangte er, daß die Plankommission als Gremium, die bis dahin nur aus 5 bis 6 Mitgliedern bestand, durch neue Stellvertreter erweitert werden müsse. Dieses Kollektiv sollte dann regelmäßige Sitzungen abhalten. Auch das war unter RAU nicht üblich. Durch die Mitgliedschaft RAU's im Politbüro, sowie seine vielen Verpflichtungen im Ministerrat und sonstigen Massenorganisationen war nach Ansicht LEUSCHNER's die Mitgliedschaft der damaligen Staatlichen Plankommission nie auf dem laufenden, weil es RAU nicht möglich war, regelmäßig ordentliche Sitzungen der Staatlichen Plankommission abzuhalten. Dadurch arbeiteten die einzelnen Mitglieder mehr oder weniger losgelöst von einander und trafen Entscheidungen, die nicht kollektiv beraten waren. Außerdem kritisierte er RAU dahingehend, daß er Kraft seiner hohen Funktionen dazu neige, selbstherrlich eigene Entscheidungen zu treffen.

Schließlich schlägt er noch vor, der Materialversorgung einen anderen Status zu geben und das bis dato bestehende Staatssekretariat, welches von KERBER geleitet wurde, in eine Staatliche Verwaltung umzuwandeln, sie dem Ministerrat direkt zu unterstellen und nur noch den Leiter dieser Verwaltung als Mitglied der Staatlichen Plankommission fungieren zu lassen, damit lediglich eine Koordinierung der Planungsaufgaben mit der Staatlichen Plankommission bestehen bleibt.

- 15 -

50X1-HUM

- 15 -

Gründung der Koordinierungs- und Kontrollstellen

Da diese Vorschläge LEUSCHNER's mit den Russen bis ins Kleinste beraten und vereinbart waren, wurden sie in ihren wesentlichsten Punkten angenommen. Das Politbüro traf noch eine weitere Entscheidung grundsätzlicher Art, die die Vorschläge LEUSCHNER's in bezug auf die gesamte Regierung zu erweitern und die Bildung sogenannter Koordinierungs- und Kontrollstellen für

Industrie und Verkehr,
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft,
Handel und Versorgung

und später, nach Auflösung der Länder, für die örtlichen Organe zur Folge hatten.

RAU wurde daraufhin von seiner Funktion als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission entbunden und Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Industrie und Verkehr.

SCHOLZ gab das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft an REICHELT ab und wurde Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Land- und Forstwirtschaft. Außerdem kam hier das neugeschaffene Amt für Wasserwirtschaft hinzu unter Leitung von Prof. MÖLLER, welches bis dahin mit rein operativer Aufgabenstellung Teil der Staatlichen Plankommission war.

Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Handel und Versorgung wurde STRAMPFER, später Elly SCHMIDT.

Für die Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Bezirke und örtliche Wirtschaft setzte die Parteiführung nach der II. Parteikonferenz EGGERATH ein.

Die neue Struktur der Staatlichen Plankommission

Zum Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission wurde LEUSCHNER berufen, welcher sofort eine neue Struktur in der Staatlichen Plankommission einführte. Bis zum Mai 1952 war die Staatliche Plankommission folgendermaßen gegliedert:

Vorsitzender:

RAU, Heinrich

diesem unterstanden:

eine große Inspektionsabteilung
für Kontrollen in Betrieben und
Verwaltungen,

das Verbindungsbüro zum Rat für
gegenseitige Wirtschaftshilfe (RgW),
das Staatssekretariat für Material-
versorgung,

das Deutsche Wirtschaftsinstitut
die Hochschule für Ökonomie
und die Inter für:

- 16 -

- 16 -

Forschung und Technik
 Material- und Warenprüfung
 Maß und Gewicht
 Patentamt.

1. Stellvertreter:

LEUSCHNER, Bruno
 diesem unterstanden die Gebiete:
 Investitionen
 Finanzen, Staatshaushalt und Preise
 Arbeitskräfte, Kultur, Volksbildung
 und Gesundheit
 Warenumsatz, Handel und Außenhandel.

2. Stellvertreter:

STRASSENBERGER, Paul
 diesem unterstanden:
 Produktionsplanung der gesamten
 Industrie
 Land- und Forstwirtschaft
 Wasserwirtschaft

Die neue Struktur der Staatlichen Plankommission war bedeutend weiter aufgegliedert, enthielt mehr Stellvertreterbereiche und wurde der Regierungsstruktur angepaßt. Sie sah folgendermaßen aus:

LEUSCHNER, Bruno

Vorsitzender
 diesem unterstanden:
 das Verbindungsbüro zum RgW
 eine kleine Kontrollabteilung nur
 für Kontrolle der Beschlüsse der
 Staatlichen Plankommission und
 die Hauptabteilung: Preise

SAEGEBRECHT, Willi

1. Stellvertreter mit folgenden
 Hauptabteilungen:
 Koordinierung
 Investitionen
 Arbeitskräfte
 Finanzen

(Diese Gebiete hatten nach der neuen
 Struktur im Gegensatz zu früher nur
 noch koordinierende Aufgaben und sollten
 nicht direkt mit den Ministerien ver-
 kehren).

- 17 -

- 16 -

- Forschung und Technik**
Material- und Warenprüfung
Maß und Gewicht
Patentamt.
- 1. Stellvertreter:** LEUSCHNER, Bruno
diesem unterstanden die Gebiete:
Investitionen
Finanzen, Staatshaushalt und Preise
Arbeitskräfte, Kultur, Volksbildung
und Gesundheit
Warenumsatz, Handel und Außenhandel.
- 2. Stellvertreter:** STRASSENBERGER, Paul
diesem unterstanden:
Produktionsplanung der gesamten
Industrie
Land-, und Forstwirtschaft
Wasserwirtschaft

Die neue Struktur der Staatlichen Plankommission war bedeutend weiter aufgegliedert, enthielt mehr Stellvertreterbereiche und wurde der Regierungsstruktur angepaßt. Sie sah folgendermaßen aus:

- LEUSCHNER, Bruno Vorsitzender
diesem unterstanden:
das Verbindungsbüro zum RGW
eine kleine Kontrollabteilung zur
für Kontrolle der Beschlüsse der
Staatlichen Plankommission und
die Hauptabteilung: Preise
- SAEGEBRECHT, Willi 1. Stellvertreter mit folgenden
Hauptabteilungen:
Koordinierung
Investitionen
Arbeitskräfte
Finanzen
- (Diese Gebiete hatten nach der neuen Struktur im Gegensatz zu früher nur noch koordinierende Aufgaben und sollten nicht direkt mit den Ministerien verkehren).

- 17 -

- 17 -

STRASSENBERGER, Paul Stellvertreter für Industrie und Verkehr mit den Hauptabteilungen:
 Kohle und Energie
 Metallurgie
 Chemie, Steine, Erden
 Maschinenbau
 Verkehr, Post- und Fernmeldewesen.

Unbesetzt: Stellvertreter für Land- und Forstwirtschaft mit den Hauptabteilungen:
 Landwirtschaft
 Forstwirtschaft
 Erfassung und Einkauf
 Wasserwirtschaft.

Unbesetzt: Stellvertreter für Leichtindustrie und Handel mit den Hauptabteilungen:
 Leichtindustrie
 Lebensmittelindustrie
 Warenumsatz, Handel und Versorgung
 Lebensmittelbilanzen.

OPITZ, Kurt Stellvertreter für örtliche Wirtschaft mit den Hauptabteilungen:
 Örtliche Wirtschaft
 Anleitung der Länder, später Bezirke
 Kultur
 Volksbildung
 Hochschulwesen
 Gesundheit,
 außerdem die Haushalt- und Verwaltungsabteilung der Staatlichen Plankommission.

KERBER, Erwin Stellvertreter für Außenhandel und internationale Zusammenarbeit (WTZ) mit den Gebieten:
 Außenhandel
 wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den befreundeten Ländern (WTZ).
 Außerdem wurden ihm die Ämter insofern unterstellt, als er sie in der Staatlichen Plankommission zu vertreten hatte, ansonsten erhielten diese einen selbständigen Status.

Die Gesamtzahl der Staatlichen Plankommission wurde von damals 400 bis 600 auf über 700 erhöht, die Staatliche Plankommission erhielt einen Sekretär (bis 1954 war das Horst GUMPRECHT, jetzt Georg REIFF) und wurde beauftragt ein Statut auszuarbeiten und dem Politbüro vorzulegen. (Dieses Statut ist jedoch erst 1955/56 beschlossen worden, weil so lange der Kampf LEUSCHNER's darum ging, statutenmäßig die Vorrangstellung der Staatlichen Plankommission gegenüber den Ministerien zu sichern, was lange Zeit auf entschiedenem Widerstand sowohl im Politbüro als auch im Ministerrat stieß).

- 18 -

- 18 -

Der Arbeitsstil innerhalb der Staatlichen Plankommission sollte sofort geändert werden. LEUSCHNER's Bestreben ging dahin, die Mitarbeiter zu zwingen "Planer" zu werden, indem sie sich nach Beschluß des jeweiligen Planes durch die Volkskammer nur noch in soweit mit diesem zu beschäftigen hatten, als die Kontrolle und Überwachung der Erfüllung ihnen ökonomische Erkenntnisse für die Ausarbeitung des nächsten Planes vermitteln sollte. Er verbot allen Angestellten der Staatlichen Plankommission bei Betriebsbesuchen (die ehnehin bedeutend eingeschränkt wurden) irgendwelche Maßnahmen selbst zu treffen. Das sollte ausschließlich Angelegenheit der Ministerien sein. Zu den Aufgaben der Planer gehörte es nach LEUSCHNER's Ansicht, das Typische einer jeden Sache zu erforschen, es zu verallgemeinern und durch neue ökonomische Beschlußvorlagen generell in der ganzen Wirtschaft und nicht nur in einem Betrieb oder Kreis zu ändern oder einzuführen.

Dieser "Idealfall" ist bis heute nicht erreicht. Er kann im stalinistischen Apparat auch nicht erreicht werden. Es müßte nämlich den Mitarbeitern und Funktionären gestattet werden, den Ursachen aller Mängel bis zur Wurzel zu folgen und das hieße an die Grundfesten des Systems rütteln. Eine solche ökonomische Arbeitsweise würde die Angestellten des Partei- und Wirtschaftsapparates aus der Lage der Befehlsempfänger und disziplinierten "Direktivendurchführer" befreien, was das Ende der Allmacht des Politbüros bedeuten würde. Das kommunistische Dilemma hat seinen Ursprung einzig und allein in der Tatsache, daß stets und ständig um die wirklichen Probleme und deren Ursachen bewußt herumgeredet wird und gerade diejenigen bestraft werden, die die Dinge beim Namen nennen, während die Schwätzer und Schönfärber, die die Schwierigkeiten immer wieder durch phrasenhafte Lösungen verkleistern, oben schwimmen.

Es herrscht daher auch heute noch das gleiche Durcheinander wie es eingangs ausführlich beschrieben wurde. Dies kann auch alles Geschrei von der sogenannten "Dezentralisierung" und "Vereinfachung" der Planung nicht verdecken.

III. Die forcierte Stalinisierung nach der II. Parteikonferenz 1952

Der Anlauf des 1. Fünfjahresplanes hat die entscheidenden Mängel und Schwächen des stalinistischen Wirtschafts- und Planungssystems in der Zone aufgedeckt. Dabei zeigte sich, daß die noch verbliebenen Landesbetriebe (VEB-K) und besonders die Privatindustrie eine schnellere Entwicklung nahmen als der zentralgeleitete volkseigene Sektor (VEB-Z), welcher durch die Belastung mit zahlreichen politischen Hypotheken unrentabel geworden war.

Hier sind eine Reihe von Faktoren zu nennen, die die zentralgeleiteten Betriebe der DDR unmittelbar oder über den Staatshaushalt mittelbar in einer Weise belasten, die weit über das tragbare Maß hinausführt und die verhindern, daß eine gesunde

- 19 -

- 18 -

Der Arbeitsstil innerhalb der Staatlichen Plankommission sollte sofort geändert werden. LEUSCHNER's Bestreben ging dahin, die Mitarbeiter zu zwingen "Planer" zu werden, indem sie sich nach Beschluß des jeweiligen Planes durch die Volkskammer nur noch in soweit mit diesem zu beschäftigen hatten, als die Kontrolle und Überwachung der Erfüllung ihnen ökonomische Erkenntnisse für die Ausarbeitung des nächsten Planes vermitteln sollte. Er verbietet allen Angestellten der Staatlichen Plankommission bei Betriebsbesuchen (die ohnehin bedeutend eingeschränkt wurden) irgendwelche Maßnahmen selbst zu treffen. Das sollte ausschließlich Angelegenheit der Ministerien sein. Zu den Aufgaben der Planer gehörte es nach LEUSCHNER's Ansicht, das Typische einer jeden Sache zu erforschen, es zu verallgemeinern und durch neue ökonomische Beschlußvorlagen generell in der ganzen Wirtschaft und nicht nur in einem Betrieb oder Kreis zu ändern oder einzuführen.

Dieser "Idealfall" ist bis heute nicht erreicht. Er kann im stalinistischen Apparat auch nicht erreicht werden. Es müßte nämlich den Mitarbeitern und Funktionären gestattet werden, den Ursachen aller Mängel bis zur Wurzel zu folgen und das hieße an die Grundfesten des Systems rütteln. Eine solche ökonomische Arbeitsweise würde die Angestellten des Partei- und Wirtschaftsapparates aus der Lage der Befehlsempfänger und disziplinierten "Direktivendurchführer" befreien, was das Ende der Allmacht des Politbüros bedeuten würde. Das kommunistische Dilemma hat seinen Ursprung einzig und allein in der Tatsache, daß stets und ständig um die wirklichen Probleme und deren Ursachen bewußt herumgeredet wird und gerade diejenigen bestraft werden, die die Dinge beim Namen nennen, während die Schwätzer und Schönfärber, die die Schwierigkeiten immer wieder durch phrasenhafte Lösungen verkleistern, oben schwimmen.

Es herrscht daher auch heute noch das gleiche Durcheinander wie es eingangs ausführlich beschrieben wurde. Dies kann auch alles Geschrei von der sogenannten "Dezentralisierung" und "Vereinfachung" der Planung nicht verdecken.

III. Die forcierte Stalinisierung nach der II. Parteikonferenz 1952

Der Anlauf des 1. Fünfjahrplanes hatte die entscheidenden Mängel und Schwächen des stalinistischen Wirtschafts- und Planungssystems in der Zone aufgedeckt. Dabei zeigte sich, daß die noch verbliebenen Landesbetriebe (VEB-K) und besonders die Privatindustrie eine schnellere Entwicklung nahmen als der zentralgeleitete volkseigene Sektor (VEB-Z), welcher durch die Belastung mit zahlreichen politischen Hypotheken unrentabel geworden war.

Hier sind eine Reihe von Faktoren zu nennen, die die zentralgeleiteten Betriebe der DDR unmittelbar oder über den Staatshaushalt mittelbar in einer Weise belasten, die weit über das tragbare Maß hinausführt und die verhindern, daß eine gesunde

- 19 -

- 19 -

Entwicklung des Einzelbetriebes und der Wirtschaft der DDR überhaupt möglich sind. An erster Stelle ist hier die Belastung der Betriebe mit einer großen Zahl unproduktiver Kräfte zu nennen, wie z.B.

Parteisekretäre,
 Gewerkschaftssekretäre,
 Jugendsekretäre,
 Betriebsschutzfunktionäre,
 Sicherheitsbeauftragte,
 Kulturdirektoren,
 Kampfgruppenfunktionäre,
 Büros der GST (Gesellschaft für Sport und Technik -
 dient der vorpolitischen Ausbildung
 der Jugendlichen und Frauen, soweit
 nicht in Kampfgruppen erfasst),
 Schulungsfunktionäre für betriebseigene Partei-,
 Gewerkschafts- und sonstiger Schulen

und ähnlichen Funktionären, die letztlich nur die Aufgabe haben, die Richtung der SED-Politik bis zum letzten Betrieb durchzusetzen, die Arbeiterschaft und die kaufmännischen und technischen Angestellten niedersuhalten.

Des weiteren ist hier das System der Arbeitsnormung, Wettbewerbe, Selbstverpflichtungen, Prämien, Aktivistenauszeichnungen usw. nach sowjetrussischem Vorbild zu nennen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß hier der politische Gedanke zugrunde liegt, vor allem durch das System der Wettbewerbe und Prämierungen die Arbeiterschaft aufzuspalten, gegeneinander aufzubringen und so der SED die Möglichkeit der Beherrschung der Arbeiterschaft zu sichern.

Als weitere Belastung der Wirtschaft durch politische Hypothesen ist hier an den aufgeblähten Apparat der Wirtschafts- und Verwaltungsbürokratie und an die wirtschaftsstörenden Eingriffe der unzähligen politischen Instanzen in das betriebliche Leben und darüber hinaus in allen Ebenen der Wirtschaft zu denken. Die örtlichen Betriebe konnten sich diesen Einrichtungen etwas länger verschließen, weil sie meist für all diese Funktionen keine Menschen hatten (es sollte ja auch noch jemand arbeiten!).

Auch hieran zeigt sich wieder das Prinzip der Unterordnung der Wirtschaft unter die politische Doktrin. Der logisch Denkende wird immer wieder die Frage stellen ob die verantwortlichen Funktionäre denn nicht selbst den Unsinn sehen - und wenn ja, warum sie dann diese Hemmschuhe nicht abwerfen? - Die stalinistischen Machthaber wissen zu genau, daß die Beseitigung all dieser "Stützpunkte des Systems" das Ende des Systems selbst einleitet. Man kann Diktaturen, die immer nach dem Prinzip der Macht (und nicht der Logik) aufgebaut sind, eben nicht logisch beurteilen - hier setzt der gesunde Menschenverstand aus.

- 20 -

50X1-HUM

- 20 -

Die begannen "Großbauten des Sozialismus", als das sind Eisenhüttenkombinat Ost (heute Stalinstadt), die Eisenhüttenwerke in Calbe und Thale, das großangelegte Energieprogramm mit riesigen Talsperrenbauten, die am 1. Mai 1952 verkündete Schaffung Nationaler Streitkräfte (KVP), die Großkokerei Lauchhammer, das Werftprogramm, der Aufbau einiger Schwermaschinenbau-betriebe, (die damals noch vorwiegend zu den SAZ gehörten), sowie der großzügig versprochene Wohnungsbau forderten ungeheure staatliche Mittel. Da dieselben zu dieser Zeit nicht aufgebracht werden konnten, proklamierte die SED wieder eine neue politische Lösung: den "Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" (II. Parteikonferenz der SED vom 9.-12.7.1952). Unter dieser Lösung wurden die Länder zerschlagen, um auch die letzten Reste der Wirtschaft zu zentralisieren und die notwendigen Mittel für die Durchführung des 1. Fünfjahresplanes zu erhalten.

Die Planänderungen nach der II. Parteikonferenz der SED

Noch für das Jahr 1952 legte die SED-Führung ein schnelleres Wachstum des volkseigenen Sektors der Wirtschaft fest, was durch verstärkte finanzpolitische Maßnahmen zum Massenruin der Privatindustrie führte. Um die Lücke in der Lebensmittelversorgung zu schließen und auch aus der Landwirtschaft größere finanzielle Mittel herauszuholen, begann die SED-Führung mit der Zwangskollektivierung.

In der Plankommission und bei den Ministerien ging es in dieser Zeit im wahrsten Sinne des Wortes "drunter und drüber". Erstens mußten die neuen Aufgaben, die durch die II. Parteikonferenz gestellt waren in den Volkswirtschaftsplan 1952 eingearbeitet werden.

Zweitens war der Volkswirtschaftsplan 1953 fertigzustellen.

Drittens hatten die Koordinierungs- und Kontrollstellen ihre Tätigkeit aufgenommen und bestürzten die Staatliche Plankommission mit dem Nachweis zahlreicher Planungsfehler. Besonders RAU richtete seine Tätigkeit mehr gegen die Plankommission als gegen die mangelhafte Arbeit der Ministerien, was an sich seine Hauptaufgabe gewesen wäre.

Viertens stimmten die Ministerien in diese Kritik ein und überhäufte die Plankommission mit Briefen und Anforderungen aller möglichen Materialien.

Fünftens mußten die Länderpläne auf Bezirke umgestellt werden und

sechstens galt es alle Pläne zu überarbeiten, weil durch die verstärkte Zentralisierung die sozialökonomische Struktur der Wirtschaft völlig verändert worden war.

Hinsu kam, daß die neue Struktur der Plankommission inkraft gesetzt wurde, ohne daß die wichtigsten Stellvertreter bestätigt waren. Soweit diese dann nach und nach ihre Tätigkeit in der Staatlichen Plankommission aufnahmen, wie SARGEBRECHT und

- 21 -

- 21 -

OPITZ, waren sie in wirtschaftlichen Dingen wenig bewandert und erlagen förmlich dem Durcheinander. Somit kam zu dem Druck von außen eine innere Unruhe in der Staatlichen Plankommission auf, die dazu führte, daß wichtige Fragen überhaupt nicht behandelt wurden.

Gründung des Präsidiums des Ministerrates

Das wirkte sich wiederum auf die Arbeit des Ministerrates aus, weil die Minister sich dorthin wandten und ihr Recht forderten. Während dieser Zeit "saß" die Regierung der DDR in Permanenz. Mehrere Sitzungen in jeder Woche mit Tagesordnungen von über 60 Punkten waren keine Seltenheit. Wer sich einen Überblick über die rege Beschlußfähigkeit des ostzonalen Ministerrates aus dieser Zeit verschaffen will, werfe nur einen Blick in die Gesetz-Bände (Gesetzblätter der Regierung der DDR). Dabei enthalten sie nur einen Bruchteil der gefaßten Beschlüsse, weil die wichtigsten nicht veröffentlicht, sondern als "geheime Verschlusssache" über die Ministerien direkt an die Betriebe und Kreise gegeben werden.

Der Ministerrat suchte diesem Übelstand dadurch abzuwehren, indem er sein Präsidium bildete, welches nur aus den

stellvertretendem Ministerpräsidenten,
dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission,
dem Finanzminister,
dem Innenminister und
dem Vorsitzenden der zentralen Kommission für
staatliche Kontrolle (ZKSK)

bestand.

Die Schaffung Nationaler Streitkräfte brachte auch den Aufbau der Rüstungsindustrie mit sich. Deshalb wurde das Ministerium für Maschinenbau aufgeteilt in

das Ministerium für Schwermaschinenbau (Ltg. Gerhard ZILLER)

das Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau (Ltg. Helmut WUNDERLICH)

das Ministerium für Transportmittel und Landmaschinenbau (Ltg. Bernd WEINBERGER).

Dem letztgenannten unterstanden alle Rüstungsbetriebe, welche bislang vom Büro für Erfindungswesen (BEW) beim Ministerpräsidenten (Leitung ebenfalls WEINBERGER) angeleitet wurden.

Aufgrund solcher Strukturveränderungen müssen natürlich auch stets die Volkswirtschaftspläne geändert und auf die neuen Organe aufgeschlüsselt werden, was in der Plankommission, im Finanzministerium und in der Statistik riesige Arbeiten erfordert. Das führt zu solchen Fehlerquellen, daß selbst die Leiter des Statistischen Zentralamtes (früher Max SCHOLZ, jetzt Prof. BEHRENS) die Vergleichbarkeit ostzonaler Statistiken anzweifeln.

- 22 -

322-9-28

- 22 -

was noch dadurch unterstrichen wird, daß solche Anlässe stets zur Manipulierung der Erfüllungsberichte benutzt werden. Alle neu geschaffenen Instanzen runden die Erfüllungszahlen stark nach oben auf um einen möglichst guten Start zu bekommen.

In dieser Zeit war es dem Apparat der Staatlichen Plankommission unmöglich zu allen Ministerrats-Vorlagen Stellung zu nehmen, so daß die Überwiegende Anzahl der Beschlüsse praktisch ohne Kenntnis der Staatlichen Plankommission gefaßt wurde. Es gibt keine Worte um das Durcheinander zu beschreiben, welches damals im gesamten Regierungsapparat der Zone herrschte. Alle möglichen Stellen holten sich nur "Rückendeckung" beim obersten Staatsorgan der DDR und die Hauptabteilung Koordinierung der Plankommission verlor völlig den Überblick, weil es ihr selbst in Tag- und Nachtsarbeit nicht gelang die Vielzahl der Planänderungen zu berücksichtigen. LEUSCHNER konnte sich nur dadurch retten, daß er die strenge Anweisung gab, nur der von der Volkskammer beschlossene Plan gelte als Grundlage, sowohl für die Abrechnung des laufenden, als auch für die Ausarbeitung des kommenden Planes. Diese Anweisung ließ sich jedoch nicht einhalten und erhöhte nur den Wirrwarr, weil nun die einen sich auf die Anweisung LEUSCHNER's und die anderen sich auf Beschlüsse des Ministerrates beriefen.

Einführung sowjetischer Methoden im Staatsapparat

Die II. Parteikonferenz und die danach einsetzende Stalinisierung brachte noch etwas anderes mit sich: Die Arbeit des Staatsapparates wurde nun restlos nach sowjetischen Methoden organisiert. Die Verschlussachenabteilungen wurden verdreifacht. Auch das kleinste Zettelchen mußte zur Verschlussache gemacht werden.

Außerdem wurden gewaltsam alle Pannerschränke ausgeräumt und das darin vorhandene Material in den Archiven verstaubt. Jeder Mitarbeiter erhielt eine Aktentasche, die nur ein begrenztes Aufnahmevermögen hatte und in der jeder, bis hinauf zum Minister, seine Arbeitsunterlagen zu versiegeln hatte. Diese Aktentasche war abends in der Verschlussachenabteilung abzuliefern und wurde am nächsten Morgen wieder ausgehändigt. In ihr hatte ein Inhaltsverzeichnis mit allen Materialien zu liegen und derjenige Mitarbeiter wurde strengstens bestraft, der noch irgendwelche Verschlussachen oder sonstige Arbeitsunterlagen im Pannerschrank aufbewahrte. (Die Schreibtische und Holschränke durften von jeher keine Arbeitsunterlagen enthalten, mußten jedoch trotzdem stets versiegelt werden).

Auch Aktenvermerke und sonstige schriftliche Hinweise durften nicht mehr angefertigt werden. Dafür erhielt jeder Mitarbeiter ein sogenanntes Arbeitsbuch, welches ebenfalls Verschlussache war und welches nicht ausgehändigt werden durfte. Darin hatte er alle Aufzeichnungen und sonstigen Vermerke niedersulegen.

- 23 -

- 23 -

Diese Anweisung ist heute etwas gelockert und wird nicht mehr so streng gehandhabt, aufgehoben ist sie aber noch nicht.

Dieser neue Arbeitsstil erhöhte das Chaos in den Verwaltungen. Wenn der betreffende Mitarbeiter, welcher ein bestimmtes Gebiet bearbeitete auf Dienstreise oder erkrankt war, konnte selbst der Ministerpräsident keinen Vertreter oder anderen Funktionär über dessen Probleme befragen. Auch wenn die Arbeitstasche geöffnet wurde (was unter Aufsicht des Verschlusssachenleiters in Ausnahmefällen geschehen durfte) ließ sich aus den Tagebuch-Aufzeichnungen selten etwas brauchbares entnehmen. Außerdem führte die Ablieferung aller alten Unterlagen dazu, daß niemand mehr irgendwelche Nachforschungen anstellen konnte. Was das für das höchste "Planungsorgan" eines Landes bedeutet, braucht wohl nicht gesagt werden.

Dieser Arbeitsmethode pasten sich vor allem die unqualifizierten Funktionäre gern an, indem sie für alle Fehler und Differenzen den neuen Arbeitsstil verantwortlich machten.

Der 17. Juni reift heran

Es ist daher nicht verwunderlich, daß der Volkswirtschaftsplan für 1953 von vornherein große Lücken und Differenzen enthielt. Die Parteiführung hatte aufgrund der Zwangemaßnahmen, welche nach der II. Parteikonferenz angewandt wurden, mit einem Anstieg der Abwanderung nach Westdeutschland gerechnet. Diese war jedoch nur für die Privatunternehmer, Geschäftsleute und Großbauern einkalkuliert. Dagegen nahm man an, daß der größte Teil der Arbeiterschaft aus den Privatbetrieben entweder in diesen verbleibt oder (falls deren Schließung beabsichtigt war) in die neuen Aufbauzentren abwandert. Diese Berechnungen erwiesen sich, wie schon erwähnt, als Trugschluß. Die Westflucht der Privatunternehmer und Bauern setzte "wie geplant" ein, aber mit ihr auch die nicht beabsichtigte Abwanderung der besten Arbeitskräfte. Die amtliche Ostzonenstatistik wies in den Wintermonaten 1952/53 eine monatliche Flucht von 60 bis 80.000 Personen aus und errechnete einen monatlichen Arbeitskräfteverlust von 30 bis 40.000. Das brachte den Arbeitskräfteplan völlig durcheinander und wirkte sich besonders negativ auf den Großbauplätzen aus.

Einen Ausweg suchte die SED-Führung in der Schaffung des neuen Arbeitsdienstes "Dienst für Deutschland", mit welchem sie vor allem Jugendliche für billige Arbeitseinsätze mobilisieren wollte. Diese Jugendlichen sollten für ein Jahr verpflichtet werden und unter billigsten Bedingungen in Massenquartieren auf den Großbaustellen untergebracht werden. Nach Absolvierung dieses Arbeitsjahres versprach ihnen die SED- und PDJ-Führung den "Himmel auf Erden". Auch diese Maßnahme fiel ins Wasser und die Meldungen waren gleich Null.

- 24 -

- 24 -

Das Arbeitskräftechaos wurde durch die Werbungen der KVP noch erhöht. Die KVP fand bei den Jugendlichen etwas mehr Anklang, weil bessere Bedingungen zugesagt und die Uniformen sozusagen als das "kleinere Übel" angesehen wurde.

Trotz aller Schwierigkeiten und der überaus angespannten Wirtschaftslage hatte die SED-Führung den Rummel um den Aufbau des Sozialismus (wie stets in solchen Fällen) mit wirtschaftlichen Zugeständnissen an die Arbeiter und Bauern eingeleitet in der Annahme, das durch entfachte Begeisterung später wieder herauszuholen. Auch diese Kalkulation erwies sich wie immer als grober Trugschluß.

Was blieb, war jedoch die erhöhte Kaufkraft, der nicht das entsprechende Warenangebot gegenüber stand. Es klingt paradox, ist aber eine Tatsache, daß die SED-Führung sich stets und ständig über alle Warnungen und Mahnungen der Experten hinwegsetzte und Preissenkungen, Lohnerhöhungen und sonstige wirtschaftspolitische Lockmaßnahmen selbst dann beschloß, wenn man die negativen, politischen und vor allem wirtschaftlichen Konsequenzen auf Tag, Stunde und Umfang schon voraussagen konnte. Über diese Warnungen setzte sie sich auch 1952 hinweg und beschloß verschiedene Maßnahmen, die die schon ausreichend vorhandenen Schwierigkeiten noch erhöhten.

Man stelle sich den wirtschaftlichen Unsinn vor: Große Teile der Bauernschaft hatten bedeutende Steuerschulden gegenüber dem Staat, wodurch dieser in arge Bedrängnis kam. Anstatt den wahren Ursachen für die Zahlungsunfähigkeit der Bauern auf den Grund zu gehen und eine richtige Landwirtschaftspolitik einzuleiten, wodurch die Finanz- als auch die Warenlücke geschlossen würde, begann die SED-Führung mit der Kollektivierung, setzte das Ablieferungsgesetz erheblich herunter (dadurch wächst das Ernährungsdefizit weiter), befreite die neuen Kolchosen für zwei Jahre von allen Steuern (somit konnte das Haushaltsdefizit nicht beseitigt werden) und vergab sogar noch sinnlose Kredite. Nun sage niemand mehr, daß sich die SED ihre Politik nichts kosten läßt! -

So begann die DDR den Volkswirtschaftsplan für 1953 mit einem erheblichen Minuskonto. Die hauptsächlichsten Rückstände in der Industrie waren bei den Investitionen zu verzeichnen, wobei besonders das Energieprogramm ins Hintertreffen geraten war. Auf finanzpolitischem Gebiet blieb ein Defizit im Staatshaushaltsplan. Die SED begann deshalb einen verstärkten Kampf um die Erhöhung der Arbeitsnormen und die Senkung der Materialverbrauchsnormen. Gleichzeitig versuchte RUMPF durch die verschiedensten finanzpolitischen Maßnahmen seine Haushaltlücke zu schließen. Die Umlaufmittel der VEB wurden erheblich gekürzt und es häuften sich die Fälle, daß die Arbeiter nicht den vollen Lohn ausbezahlt erhielten. Ein ganz besonderer Druck wurde jedoch auf die Privatindustrie und das Handwerk ausgeübt. Mit allen erdenklichen Mitteln (wovon das häufigste der Vorwand sogenannter Steuerhinterziehung war) wurde das Geld aus den genannten Schichten herausgepreßt.

- 25 -

Inzwischen hatte ULBRICHT versucht erneute Hilfe von den Russen zu erhalten. Solange STALIN lebte, glückte das wie schon geschildert. Die später in der DDR eingesetzten sowjetischen Berater berichteten, daß sie in ihren Heimatgebieten stets spürten, wenn größere Lebensmitteltransporte in die DDR versandt wurden. Dann bekamen sie dort über Wochen keine Butter oder sonstige, auch in der SU knappe Lebensmittel.

Die nach STALIN's Tod auch in der SU durch MALENKOW begonnene Verbesserung der Lebenslage der sowjetischen Bevölkerung setzte die Russen aber jetzt außer Stande der DDR zu helfen. Das erhöhte die saisonalen Schwierigkeiten, denn es waren dort nicht nur alle Reserven schon ausgegeben worden, sondern man hatte auch stillschweigend die obligatorische Hilfe der Russen vorausgesetzt. Als diese nun ausblieb, verstieg sich die SED-Führung mit Riesenschritten in all die Maßnahmen, die letztlich den 17. Juni hervorriefen. Es sei schon hier erwähnt, daß die gleiche Situation die Zonenmachthaber zum Geldumtausch dieser Tage getrieben hat. Auf die näheren Gründe wird später noch hingewiesen.

IV. Der 17. Juni und der Neue Kurs der SED

Die These Malenkows, daß man auch im Sozialismus die Produktion der Abteilung II (d.h. die Produktion von Konsumgütern) vorübergehend schneller steigern könnte als die Produktion der Abteilung I (das ist die Produktion von Produktionsmitteln), hatte bei den SED-Ideologen wie eine Bombe eingeschlagen. Das Politbüro beschäftigte sich seit Mitte Mai 1953 fast ununterbrochen mit dieser Frage und den damit in Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen Problemen der DDR. LEUSCHNER hatte zu dieser Zeit alle Arbeiten am Volkswirtschaftsplan 1954, dessen Ausarbeitung um diese Zeit begann stoppen lassen, ohne den Mitarbeitern irgend eine Begründung zu geben. Auch "Hilferufe" der Minister und sonstige Katastrophenbriefe blieben unbeantwortet.

Die erste Umstellung des Volkswirtschaftsplanes 1953

Am 9. bzw. 11. Juni kam dann die bekannte Veröffentlichung des ZK der SED über den neuen Kurs. Sofort setzte eine radikale Veränderung des Volkswirtschaftsplanes 1953 ein. Die Partei hatte die Aufgabe gestellt, alle großen Investitionen zu stoppen und die gesamte wirtschaftliche Kraft auf die Steigerung des Wohnungsbaues und der Konsumgüterproduktion zu legen.

Die SED stand jetzt vor dem Ergebnis ihrer jahrelang betriebenen Investitionspolitik, die nur verständlich ist als Wirtschaftspolitik im Interesse der Sowjetunion. Diese Politik zielt auf die Integration des mitteldeutschen Gebietes in den Ostblock, die Aufrichtung der Wirtschaft der DDR auf die Grundlage des GOS-Plan (Staatliche Plankommission der UdSSR) und die völlige Loslösung der Sowjetzone von Westdeutschland ab. Diese Wirtschaftspolitik war nicht nur vom gesamtdeutschen

- 26 -

Standpunkt aus verfehlt und nachteilig, sondern sie entsprach auch keineswegs den Interessen der DDR als eigenem Staatsgebilde. Im Interesse der DDR hätte es gelegen, möglichst schnell die Produktivität zu erhöhen und dem Staat eine gesunde wirtschaftliche und industrielle Basis zu geben. Dazu wäre erforderlich GEWESEN, a u f d e m V o r h a n d e n e n a u f z u b a u e n und die traditionell in der DDR ansässigen Industrien entsprechend den geographischen, arbeitskräftemässigen und kapazitätsmässigen Voraussetzungen weiter zu entwickeln. Dies hätte z.B. bedeutet, die Braunkohlenförderung und Briketterzeugung, die mitteldeutsche chemische Industrie, die feinmechanisch-optische Industrie, die Leicht- und Lebensmittelindustrie, die Automobilindustrie und die Landwirtschaft kräftig mit Investitionen zu bedenken und weiter zu entwickeln.

Statt dessen blieben diese Industrien liegen, wurden rücksichtslos ausgebeutet und heruntergewirtschaftet, und man entwickelte im sowjetischen Interesse, in Ansehung des chronischen Eisen- und Stahlmangels im gesamten Ostblock Industriezweige, die niemals im mitteldeutschen Raum beheimatet waren, für die keinerlei oder nur unzureichende Voraussetzungen gegeben waren und die nun aus dem Nichts gestampft wurden. Ihrem Schrei nach Stahl und Eisen und ihrem chronischen Mangel an Transportraum ordneten die Sowjets alles andere unter und zwangen die Wirtschaftsplanung der DDR

die Eisenhüttenindustrie,
die Stahl- und Walzwerke,
den Schwermaschinenbau und
den Schiffsbau für große Tonnagen

zu forcieren und einseitig zu entwickeln.

Nach 12 Jahren einer derartigen Investitions- und Wirtschaftspolitik ist der Erfolg mehr als zweifelhaft. Ohne in Einzelheiten zu gehen, soll hier nur an die schlechte Qualität des erzeugten Eisens, die Mängel der gelieferten Stahlsorten, den wirtschaftlichen Nonsens eines Objektes Eisenhüttenkombinat STALINSTADT, die fragliche Qualität des DDR-Schiffbaus und das gleichbleibend niedrige Niveau des Lebensstandards erinnert werden.

Wenn nicht eher, so hätte das 1953 unter allen Umständen zur Einsicht führen müssen, wenn die SED-Führung wirklich ehrlich um eine Verbesserung der Lebenslage ihrer Bevölkerung bemüht gewesen wäre. Sie kann sich auch nicht herausreden, daß es an klugen und ehrlichen Hinweisen aus den eigenen Reihen gefehlt hätte. Aber anstatt eine systematische Politik zur Wiedergutmachung der begangenen Fehler einzuleiten und den Anfang für eine gesunde Wirtschaftspolitik auf lange Sicht zu machen, entschieden sich die Kommunisten für solche radikale Schritte, die von vornherein jeden Erfolg unmöglich machten.

Besonders die Wirtschaftskader stellten sich gegen die im Beschluß über den neuen Kurs angeordneten Maßnahmen und bezeichneten sie offen als einen Schildbürgerstreich. Die ökonomischen Schwierigkeiten der Zone, so führten sie aus, er-

- 27 -

- 27 -

wachsen vor allen aus dem ungeheuren Mangel an Rohstoffen. Wenn man nun gerade die Investitionen streicht, die diesen Mangel in der Perspektive beheben sollen, so versperrt man sich jede wirtschaftliche Entwicklung überhaupt. Sie schlugen vielmehr vor, zunächst die durch die II. Parteikonferenz eingeleiteten Maßnahmen, wie Aufbau der KVP, forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft, Ruinierung der Privatwirtschaft, Aufbau der Rüstungsindustrie im Schwermaschinenbau wieder rückgängig zu machen und alle weiteren Schritte nach ökonomischen Gesichtspunkten zu beurteilen und langsam einzuleiten. Diese Diskussionen wurden sowohl in der Staatlichen Plankommission als auch in den Ministerien geführt.

Wie in anderen Fällen, so hat auch hier die Partei alle Diskussionen erdrückt und ihren Standpunkt mit Gewalt durchgesetzt. LEUSCHNER stand in diesen Diskussionen aufseiten der Gegner dieser Planumstellung. Er versuchte der Parteiführung die Konsequenzen einer solchen Maßnahme klarzumachen: "Man kann die Wirtschaft nicht über Nacht umstellen wie eine Wurstfabrik von grober Braunschweiger auf Mettwurst", was ein Argument. Aber alle klugen Reden halfen nichts, der Kurs Moskaus hieß "Verbesserung des Lebensstandards in kurzer Zeit" und ULBRICHT war gewillt diesen Kurs unter allen Umständen durchzusetzen.

In der Staatlichen Plankommission wurde jetzt Tag und Nacht gearbeitet. Die Minister, Vorsitzenden der Räte der Bezirke, Leiter von Großbetrieben und sonstige Wirtschaftskader wurden nach Berlin beordert und erhielten konkrete Aufträge wie und in welcher Zeit die Produktions umzustellen sei. Die Projekte des Eisenhüttenkombinates Ost wurden geändert mit dem Ziel, nur ganz bestimmte Teilabschnitte fertigzustellen und dann das Vorhaben abzurechnen. Das Projekt der Großkokerei Lauchhammer wurde von 12 Hochofenbatterien auf 6 reduziert. Auch andere wichtige Objekte wurden stillgelegt und es entstand der in der Ostzone landläufige Begriff der "Investruinen".

Eine Reihe wichtiger Maßnahmen wurde hingegen zunächst nicht rückgängig gemacht. Das waren vor allem die, welche eine weitere Ausbeutung der Arbeitskräfte vorsahen. So z.B. die 10%ige Normenerhöhung in der volkseigenen Wirtschaft, die Begrenzung der Umlaufmittel der Betriebe, wodurch immer noch Schwierigkeiten in der Lohnauszahlung bestanden und einige Preiserhöhungen die den Lebensstandard der breiten Massen absolut verschlechterten. Die Arbeiter durchschauten diesen Rummel und es kam letztlich zum 17. Juni.

Am diesem bisher schwärzesten Tag der SED-Führung hüllte sich das Politbüro völlig in Schweigen. Die einzige Anweisung der Partei, die an diesem Tage herauskam, erreichte die Grundorganisationen abends 18 Uhr, nachdem die Russen den Aufstand niedergeschlagen hatten und bestand darin, die Parteimitglieder aufzufordern, noch am selben Abend Plakate über den Ausnahmezustand zu kleben und alle Personen zu melden, die sich an dem Aufstand beteiligt hatten. Darin zeigt sich die ganze "Kraft und Stärke" der SED.

- 28 -

- 23 -

Die zweite Umstellung des Volkswirtschaftsplanes 1953

In den folgenden Tagen mußte die Staatliche Plankommission ihre Arbeit zur Änderung des Planes 1953 von vorn beginnen. Moskau hatte aufgrund des 17. Juni jegliche Hilfe zugesagt und die Ostzoneplaner konnten nun großzügigere Aufgaben stellen. (Siehe hierzu die EntschlieÙung der 15. Tagung des ZK der SED /24. bis 26.7.1953/ "Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei" und das Referat ULBRICHT's auf der 16. Tagung des ZK der SED /17. bis 19.9.1953/).

Die Durchführung all dieser Maßnahmen in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 ließ eine weitere Hauptschwäche des stalinistischen Partei- und Wirtschaftsapparates offensichtlich werden: Das ist die Unbeweglichkeit und Schwerfälligkeit dieses Apparates bei Kursänderungen.

Obwohl LEUSCHNER vor der Volkskammer Anfang Oktober 1953 die Planänderung mit den resigsten Worten begründete, den Wohlstand in nie gekannten Ausmaßen proklamierte und den Partei- und Wirtschaftsfunktionären Mut zu großzügigen "Schnitten" zuredete, verlief die ganze Angelegenheit im Sande. Es stellte sich das ein, was die Experten vorausgesagt hatten: Die Umstellung einer Volkswirtschaft kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Zudem gingen die Funktionäre in den Betrieben äußerst zögernd an die Stilllegung der großen Investitionsobjekte heran. Es ging nicht so, wie es sich die Parteiführung gedacht hatte, daß man nur die Gerüste abreißen braucht, Menschen und Materialien an neue Bauplätze beordert und dort über Nacht Wohnungen, Kinos, Theater aus der Erde schießen. Die Investitionsobjekte mußten vielmehr winterfest gemacht werden, was sich bis Ende des Jahres hinzog und einen großen Teil der für den Wohnungsbau bestimmten finanziellen und materiellen Mittel verschlang. Die vorsichtigen Funktionäre dachten nicht im geringsten da-ran "Schnitte" zu machen und sich dafür später prügeln zu lassen.

Dasgleiche zeigte sich bei der Umstellung der industriellen Produktion von schweren Ausrüstungen auf Massenbedarfsgüter. Von der begonnenen Produktion waren erhebliche Mengen für den Außenhandel gebunden und die Ministerien wiesen nach, daß die Nichteinhaltung der Verträge mehr kostete als dabei herauskam. In den Fällen, in denen dennoch mit der Massenbedarfsgüterproduktion begonnen wurde, war das Ergebnis meist mager. Die Erzeugnisse waren technisch überholt, in ihrer Qualität mangelhaft und fanden keinen Anklang bei der Bevölkerung. Die einzige Verbesserung, die auch die Bevölkerung spürte gab es in der Lebensmittelversorgung. Der Bedarf an Butter, Fleisch, Kaffee und sonstiger Mangelware wurde erstmals einigermaßen befriedigt, wemngleich das hohe Preisniveau enge Grenzen setzte.

Auch bei dieser Gelegenheit hatte die SED-Führung natürlich wieder Lohnverbesserungen zugesagt und durch die Zurücknahme der Verordnung über die Normenerhöhung und anderer Bestimmungen (hier sei vor allem die "Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften" vom 10.12.1953 erwähnt) zum Teil

50X1-HUM

- 29 -

sehen realisiert, so daß die Kaufkraft der Bevölkerung anstieg, noch ehe in der Produktion die Voraussetzungen für die Befriedigung der Käuferwünsche geschaffen waren. So blieb trotz der sowjetischen Lieferungen ein Kaufkraftüberhang von etwa 1 Milliarde bestehen.

Im Jahre 1954 "fuhr" man den neuen Kurs zwar noch weiter, wobei die Stimmung hierüber schon auf dem Nullpunkt angelangt war. ULBRICHT versuchte auf dem IV. Parteitag im März 1954 die ideologische These über den neuen Kurs eingehend zu begründen, konnte damit aber die Parteitheoretiker nicht überzeugen.

Das Fiasko des "Neuen Kurses"

Im Laufe des Jahres 1954, in welchem wiederum zwei Volkswirtschaftspläne aufgestellt werden mußten, weil die sowjetische Hilfe an Materialien, besonders in den Wintermonaten, nicht in der gewünschten Höhe ausgefallen war, wurden sich auch die lautesten und blindesten Befürworter des Neuen Kurses über dessen Unsinnigkeit klar. Wenngleich nun in verschiedenen Wirtschaftszweigen nach und nach gewisse Erfolge in der Massenbedarfsgüterproduktion eintraten, forderten sie jetzt wieder stärkere Entwicklung der Schwerindustrie. Diese Forderungen griff in der SU CHRUSTSCHOW auf und sie paßten auch in das Konzept ULBRICHT's. Der Sturz MALENKOW's wurde schon Ende 1954 im östlichen Machtbereich vorausgesehen und hat daher im Frühjahr 1955 nicht sonderlich überrascht.

Für die DDR hat dieses Manöver jedoch zu entscheidenden Rückständen in der Erfüllung des 1. Fünfjahrplanes geführt. Die hauptsächlichsten Nachwirkungen zeigen sich heute noch in der Braunkohlenindustrie; besonders bei Braunkohlenbriketts. Hier wurden 1953 vorgesehene neue Brikettfabriken aus dem Investitionsplan gestrichen. Auch in der chemischen Industrie, in Metallurgie, besonders in der Buntmetallurgie, sind nicht wieder aufzuholende Rückstände eingetreten.

Im Herbst 1954 kritisierte das Politbüro wieder die Plankommission und versuchte sie als den Sündenbock für den wirtschaftlichen Fehlschlag des Neuen Kurses hinzustellen. Dabei ging LEUSCHNER jedoch in die Offensive und gewann das Rennen.

Auf dem 20. Plenum des ZK der SED (8. und 9. Sept. 1954) hielt LEUSCHNER ein großes Referat, in welchem er hauptsächlich das unwirtschaftliche Arbeiten der Ministerien und Betriebe anprangerte. L. forderte darin, daß sich die Partelorganisationen stärker um die ökonomischen Belange kümmern sollten und daß der ökonomische Nutzeffekt einzig und allein dafür entscheidend sei ob ein Betrieb gut oder schlecht gearbeitet habe. Er warf der Partei- und Regierungsführung vor, zu schnell Beschlüsse über die Verbesserung der Lebenslage zu fassen, ohne vorher genau zu prüfen ob auch die Voraussetzungen hierfür vorhanden sind. L. wärmte die alte These von 1947 wieder auf, indem er erst bessere Arbeit und dann ein besseres Leben

- 30 -

verlangte. Der Lebensstandard der Ostzone sei im Verhältnis zur Produktion zu hoch und man müsse sich darüber im klaren sein, daß auf lange Sicht weder Preissenkungen noch Lohnerhöhungen vorgenommen werden könnten. Die Kritik am Apparat der Plankommission wies er damit zurück, daß dieser noch zu klein und ungenügend mit qualifizierten Kadern besetzt sei, so daß keine bessere Arbeit erwartet werden könne. (Die Rede durfte nicht veröffentlicht werden).

Strukturelle Erweiterung der Staatlichen Plankommission
Ende 1954

Da die Rede wie jede andere die Billigung der Russen und ULBRICHT's erhalten hatte, kam er mit seinen Argumenten durch und die Staatliche Plankommission wurde erweitert. ZILLER, der seit 1953 von seiner Funktion als Maschinenbauminister abgelöst war und seit dieser Zeit als Sekretär des ZK fungierte (Sekretär für Wirtschaft), trat als schärfster Kritiker gegenüber der Staatlichen Plankommission auf. Der Spieß drehte sich jedoch gegen ihn und er wurde beauftragt, die notwendigen Kader für die Staatliche Plankommission zu beschaffen. Das hatte zur Folge, daß Dr. Grete WITKOWSKI wieder als Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission bestätigt und als weitere Stellvertreter MILLER (für Maschinenbau, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen), sowie JASCHKE (für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft) eingesetzt wurden. Die Staatliche Plankommission bekam folgende Struktur:

LEUSCHNER, Bruno

Vorsitzender

ihm wurde jetzt die Koordinierung unterstellt, weil SAEGEBRECHT sich hierfür als unfähig erwiesen hatte.

SAEGEBRECHT, Willi

1. Stellvertreter

er wurde lediglich für Kaderabteilung, Haushalt- und Verwaltungsabteilung verantwortlich gemacht.

STRASSENBERGER, Paul

Stellvertreter für
Kohle und Energie
Metallurgie
Chemie
Bauwirtschaft

MILLER, Erich

Stellvertreter für
Maschinenbau
Verkehr
Post- und Fernmeldewesen

JASCHKE, Erich

Stellvertreter für
Landwirtschaft
Forstwirtschaft
Erfassung und Einkauf
Wasserwirtschaft

- 31 -

Dr. WITKOWSKI, Margarete	Stellvertreter für Leichtindustrie Lebensmittelindustrie Handel und Versorgung Lebensmittelbilanzen
OPITZ, Kurt	Stellvertreter für örtliche Wirtschaft Anleitung der Bezirke Kultur Volksbildung Hochschulwesen Gesundheit regionale Planung
KERBER, Erwin	Stellvertreter für Außenhandel WTZ Inter
Unbesetzt	Stellvertreter für Investitionen Finanzen und Staatshaushalt Arbeitskräfte Preise Die Aufsicht über diese Gebiete wurde Dr. WITKOWSKI übertragen.

(Diese Struktur blieb bis zur Bildung der Perspektivplanung 1956 bestehen. Nach Ausscheiden von SARGEBRECHT /1954/55/ wurden Dr. WITKOWSKI 1. Stellvertreter mit den Gebieten: Koordinierung, Investitionen, Finanzen, Arbeitskräfte und Preise, während für Leichtindustrie und Handel HIEKE eingesetzt wurde).

V. Die Befehlsgewalt der Russen, der Einsatz sowjetischer Berater im Regierungs- und Wirtschaftsapparat, die sowjetische Botschaft

Im Frühjahr 1954 begann (entsprechend einer Erklärung der Regierung der UdSSR vom 27.3.1954) die sowjetische Kontrollkommission (SKK) in Karlshorst ihre Tätigkeit einzustellen. Diese Vereinbarung war nach dem 17. Juni mit den Russen getroffen worden, wobei der DDR auch die Rückgabe eines großen Teils sowjetischer Betriebe (SAG) und die Senkung der Besatzungskosten zugesagt wurden.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die entscheidenden Partei- und Regierungsfunktionäre ihre "Partner" bei der SKK in Karlshorst, mit denen sie alle Fragen berieten und von denen sie auch entsprechende Direktiven erhielten. Der Partner

- 32 -

- 32 -

für LEUSCHNER war CHOMJAKOW, welcher sich Leiter der Wirtschaftsabteilung der SKK nannte. Er hatte in Karlshorst einen Apparat von 10 bis 15 Mitarbeitern. Dieser Stelle übergab die Staatliche Plankommission die Übersetzungen aller Pläne, Berichte und sonstiger Dokumente. Mindestens zweimal wöchentlich fuhr LEUSCHNER zu CHOMJAKOW um alle einschlägigen Fragen zu beraten. Im Laufe der Jahre hat sich zwischen den deutschen und sowjetischen Funktionären ein enges persönliches Verhältnis entwickelt und gegenseitige Besuche, sowie der Besuch gemeinsamer Theater- und sonstiger Veranstaltungen werden gepflegt.

Nach Auflösung der SKK gingen deren Aufgaben ausnahmslos an die sowjetische Botschaft über. Hier wurde der Partner von LEUSCHNER MIROSCHNITSCHENKO. Eine Veränderung trat nur insofern ein, daß jetzt den diplomatischen Gepflogenheiten folgend LEUSCHNER seltener zu MIROSCHNITSCHENKO geht, dieser jedoch seine Besuche regelmäßig LEUSCHNER abtattet.

Die Sowjetische Botschaft

Um die tatsächliche Funktion der sowjetischen Botschaft in der DDR als das eigentliche Befehlszentrum und als Nachfolgeorganisation der sowjetischen Kontrollkommission zu begreifen, ist es erforderlich, soweit dies bekannt, einen Einblick in ihre Struktur zu nehmen.

Dem Besonderen bevollmächtigten Botschafter PUSCHKIN unterstehen drei Stellvertreter, und zwar

- ein Stellvertreter für politische Fragen,
(früher SEMJONOW)
- " " " militärische Fragen,
Marschall GRETSCHKO (Wümsdorf) und
- " " " wirtschaftliche Fragen,
MIROSCHNITSCHENKO!

Zum Apparat von MIROSCHNITSCHENKO gehören ca. 20 Mitarbeiter, die nicht in der Botschaft selbst, sondern in einem gegenüber liegenden Gebäude untergebracht sind. Unter diesem Mitarbeiterstab sind nun wieder Abteilungschefs, die zu den einzelnen Stellvertreterbereichen in der Plankommission resp. zu den Fachministerien korrespondieren.

Die Sowjetischen Berater

Ferner unterstehen dem Apparat von MIROSCHNITSCHENKO die gesamten sowjetischen Berater, soweit sie auf wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gebiet tätig sind. Dieser Apparat der sowjetischen Berater saß in allen wichtigen Produktionsministerien, im Ministerium für Außenhandel und Innärdeutschen Handel, in den wichtigen Forschungsstellen der Akademie, im Amt für Kerntechnik und schließlich in einzelnen Großbetrieben von existentieller Wichtigkeit.

- 33 -

- 33 -

ULBRICHT hatte nach Auflösung der SKK einen "Wunsch" an die Führung der SU gerichtet und um die Entsendung sowjetischer Berater und Spezialisten in die DDR gebeten. Die Russen haben diesem "Ersuchen" zugestimmt und im Ergebnis dessen, wurde ein offizieller "Vertrag über die Entsendung sowjetischer Berater und Spezialisten in die DDR" abgeschlossen.

Der Vertrag sieht vor, daß das Gastland für Unterbringung und sonstige Aufwendung sorgt und Berater eine monatliche Abfindung von 4.000,-- DM-Ost und Spezialisten eine monatliche Aufwendung von 3.500,-- DM-Ost bis 3.700,-- DM-Ost erhalten. Darüber hinaus hat die DDR alljährlich eine Reise der gesamten Familie von 6 Wochen Dauer in die SU zu bezahlen. Der Vertrag hat halbjährliche Kündigungsfrist und kann nur mit beiderseitigem Einverständnis früher gelöst werden.

Aufgrund dieses Vertrages entsandte die Regierung der UdSSR im Sommer 1954 ca. 30 Berater und Spezialisten, die in der Staatlichen Plankommission, den wichtigsten Ministerien und zahlreichen Großbetrieben eingesetzt wurden.

Gleichzeitig begann mit der Entsendung der sowjetischen Berater die Ausarbeitung des 2. Fünfjahrplanes. Da die Fünfjahrpläne aller Ostblockstaaten mit dem Jahre 1956 gleichmäßig beginnen sollten und mit ihnen zum erstenmal eine Koordinierung der Volkswirtschaften der einzelnen Länder beabsichtigt war, entsandten die Russen auch in die übrigen Ostblockländer ihre Berater. Im Frühjahr 1957 wurden diese aus der Staatlichen Plankommission und den Ministerien wieder abgezogen, wobei nur noch in den wichtigsten Betrieben und Forschungsstätten Spezialisten verblieben. In folgenden Betrieben sind nach wie vor sowjetische Fachleute:

Leuna-Werke "Walter Ulbricht",
Eisenhüttenkombinat StalinStadt,
Braunkohlenverwaltung Senftenberg und } 1. Berater
Kombinat "Schwarze Pumpe",
Werftindustrie.

Die in der NVA und MdI tätigen Berater unterstehen dem Apparat von GRETSCHKO und die beim SED eingesetzten, dem politischen Stellvertreter des Botschafters.

Zum Apparat von MIROSNITSCHENKO gehören die sowjetischen Berater in den Forschungszentren der Akademie und in anderen Zentren von Forschung und Entwicklung. Die Berater an den Universitäten und Hochschulen haben keine wirtschaftspolitischen Aufgaben, sondern unterstehen mit ihren rein politischen Aufgaben dem politischen Stellvertreter des Botschafters in Berlin. Über die Arbeit der Berater wird im Zusammenhang mit dem 2. Fünfjahrplan weiteres gesagt.

- 34 -

- 34 -

Die Zusammenarbeit LEUSCHNER - MIROSCHNITSCHENKO

Alle wichtigen sowjetischen Botschaftsmitglieder sind mit direkten Leitungen an das Regierungsnetz angeschlossen und haben so direkte telefonische Verbindung zu den Vorsitzenden der Plankommission, den Stellvertretern, den Mitgliedern des Politbüros und den wichtigsten Staatsfunktionären (Minister, Staatssekretäre). Die Zusammenarbeit läuft in der Form, daß telefonisch eine Zusammenkunft vereinbart wird, wobei als Stichwort das Thema der Aussprache angegeben wird. Während bis 1955 LEUSCHNER regelmäßig zur SKK gerufen wurde, werden die Zusammenkünfte mit MIROSCHNITSCHENKO heute vereinbart und in aller Form kommt M. zum Dienstsinner von L. in die Plankommission. Sämtliche Besprechungen zwischen diesen beiden finden unter vier Augen statt. Es gibt keine weiteren Anwesenden an deutschem Personal. Wenn ein Dolmetscher erforderlich ist, wird er von MIROSCHNITSCHENKO mitgebracht. Das ist in der Regel der Fall, denn die Russen verhandeln selbst wenn sie deutsch können, nicht ohne Dolmetscher.

Über die Besprechung zwischen LEUSCHNER und MIROSCHNITSCHENKO werden keine Aufzeichnungen in Form von Protokollen, Aktenvermerken oder Tobbändern gemacht. Hier besteht die auch für alle Spitzenfunktionäre verbindliche Regelung des sogenannten A r b e i t s b u c h e s. In den Besprechungen nimmt LEUSCHNER eigenhändig in dieses Arbeitsbuch Eintragungen über Zeit und Inhalt der Unterredung vor.

Sofern nun, was die Regel ist, sich aufgrund der Aussprache in irgendwelchen Projekten Änderungen ergeben oder irgendwelche Wünsche der Sowjets durchzuführen sind, ruft Leuschner die Stellvertreter zusammen und erlärtert ihnen nun die Wünsche der Sowjets als das Ergebnis seiner eigenen Studien und seiner eigenen Beschäftigung mit der Materie. Alle wissen natürlich genau, wie der Hase in Wirklichkeit läuft. Sofern sich gegen die sowjetischen Wünsche ernstliche und begründete Gegenstellungen ergeben, kommt es häufig auch zu weiteren Unterredungen zwischen L. und M., wobei die Initiative dann von L. ausgeht.

Technik der sowjetischen Administration

In der Auseinandersetzung, in Anweisungen und Gesprächen mit LEUSCHNER oder den anderen Fachministern und Mitgliedern des Politbüros stützt sich MIROSCHNITSCHENKO im wesentlichen auf die Informationen, die ihm durch das Netz der sowjetischen Berater zugehen. Diese Informationen werden im eigenen Apparat verdichtet, so daß, wenn LEUSCHNER eine Besprechung mit MIROSCHNITSCHENKO hat, der letztere immer gut, meistens besser, als LEUSCHNER selbst unterrichtet ist, sich eine eigene feste Meinung gebildet hat und man mit konkreten Vorschlägen und Anregungen kommt.

- 35 -

- 35 -

Die Technik, mit der MIROSCHNITSCHENKO seine dominierende Stellung sichert, ist dabei verschieden. In besonders wichtigen wirtschaftlichen Fragen, die in ihrer Wichtigkeit zu unmittelbar politischen Problemstellungen werden, geht er mit seinen Informationen und Vorschlägen unmittelbar zu ULBRICHT und verlangt dann das Eingreifen von höchster politischer Stelle. Dies geschah in massiver Form zuletzt Ende März 1957 in der Kohlenfrage. Die Situation war hier so, daß MIROSCHNITSCHENKO von seinen Beratern aus dem Senftenberger Revier berichtet worden war, daß im Februar und März die Braunkohlenförderung wieder eine fallende Tendenz zu zeigen begann. In den Monaten Januar und Anfang Februar war zunächst durch eine intensive Kampagne der SED durch Mobilisierung aller Reserven und Einrichtungen von Sonderschichten eine vorübergehende Steigerung erzielt worden, man war mit Ach und Krach über den Winter gekommen und nunmehr ließ sowohl die Aktivität der Parteinstanzen als auch der wirtschaftlich administrative Druck nach. Diese Situation löste den von M. gegebenen Alarm aus. Er ging zu ULBRICHT, legte diesen seine Unterlagen mit der tatsächlichen Situation auf den Tisch, und in der nächsten Sitzung des Politbüros bekam LEUSCHNER die Rüge von ULBRICHT: "Warum kommt das eigentlich nicht von der Plankommission?" Tatsache war, daß die Plankommission zum damaligen Zeitpunkt überhaupt nicht so umfassend über die Kohlesituation informiert war.

In dieser unmittelbaren Form greift MIROSCHNITSCHENKO jedoch nur in ganz vereinzelten & existentiell wichtigen Fragen ein. In aller Regel besteht seine Praxis darin, durch wohlgezielte Informationen die einzelnen DDR-Funktionäre gegeneinander auszuspielen, gegeneinander aufzubringen und so seine eigene Position zu sichern. So gibt er z.B. LEUSCHNER Informationen über eine nachteilige und wirtschaftlich unweckmäßige Einmischung der Parteileitung eines Großbetriebes in innerbetriebliche Angelegenheiten. Und gibt Ziller andererseits Informationen über das völlige Versagen irgendeines Planungsleiters eines Betriebes bei der Plandiskussion im Parteiaktiv oder einer ökonomischen Konferenz.

Ein weiterer wichtiger Punkt muß noch erwähnt werden, das ist die Unterstützung, die sich LEUSCHNER von MIROSCHNITSCHENKO holt. Bei besonders kritischen Punkten im Politbüro, bei denen L. schon voraussieht, daß er nicht durchkommt, bearbeitet er M. vorher so, daß er zu ULBRICHT geht und diesem den Standpunkt der Russen klarmacht, der sich in solchen Fällen meist mit LEUSCHNER's Ansichten deckt. Das geschah z.B. beim Statut der Staatlichen Plankommission und beim Durchsetzen eines höheren Stellenplanes, was auf den entschiedenen Widerstand der Mitglieder des Politbüros stieß. Desgleichen konnte L. nur mit Hilfe von M. verschiedene Lohnerhöhungen verhindern, die von WARNEKE gefordert wurden. Auch in der Investpolitik ist LEUSCHNER alljährlich auf die Russen angewiesen. Darüber hinaus gibt MIROSCHNITSCHENKO zu jedem Plandokument die Meinung der Russen an ULBRICHT, die er vorher mit LEUSCHNER abstimmt.

- 36 -

- 36 -

Weiter sei an dieser Stelle über die herrschende Rolle der Russen nichts gesagt. Diese Fragen werden in dem folgenden Teil B, der sich mit der restlosen Einbeziehung der ostseiner Wirtschaft in den gesamten kommunistischen Machtbereich befasst, noch weiter erläutert.

- 37 -

T E I L B

Die restlose Einbeziehung der sowjetischen Besatzungs-
zone Deutschlands in den kommunistischen Machtbereich.
Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

I. Das Ende des 1. Fünfjahrplanes der DDR und der Beginn
des 2. Planjahrfrünfts

Mit dem Plandokument für das Jahr 1955 legte die Staatliche Plankommission dem Politbüro auch ein Dokument vor, welches die gesamten Rückstände des ersten Fünfjahrplanes enthielt. Diese vorläufige Analyse sah wenig zukunftsfröh aus.

Der 1. Fünfjahrplan war bereits Ende 1954 mit den Maßnahmen, die zur Vorbereitung der Volkskammerwahlen dienten (einige Lohnerhöhungen und eine erneute Preissenkung) in bezug auf die Erhöhung des Lebensstandards übererfüllt.

Dagegen stand fest, daß die Produktionsziele vor allem in der Schwerindustrie, in der Energiewirtschaft, in der Chemie und in der Landwirtschaft nicht erreicht wurden. Die Produktion von Rohstahl in Blöcken sollte mindestens 2,5 Millionen Tonnen betragen. Die tatsächliche Erfüllung lag unter 2 Millionen Tonnen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß durch die unregelmäßige Erz- und Kokszufuhr die Qualität von Roh- und Walsstahl äußerst schlecht waren und die Ausschußquote zwischen 20 und 30 % lag.

Auch in der Braunkohlenförderung und besonders in der Briketterzeugung waren erhebliche Rückstände eingetreten. Bei Briketts lag sie etwa bei 5 Mill. Jahrestonnen und in der Energiewirtschaft war es noch immer nicht gelungen die Stromabschaltungen für die Bevölkerung zu überwinden, sowie die strenge Kontingentierung der Wirtschaft beizubehalten. Noch heute müssen zahlreiche Betriebe nachts arbeiten, nur weil sie tagsüber keinen Strom entnehmen dürfen. Auch die chemische Produktion ist in erster Linie wegen ständiger Stromabschaltungen zurückgeblieben.

Die Aufhebung der Lebensmittelrationierung war erst für 1955, dann für 1954 versprochen und konnte noch immer nicht realisiert werden.

- 38 -

50X1-HUM

Wenngleich die vorläufige Fünfjahrplananalyse ein recht düsteres Bild malte, so war sie dennoch schöngefärbt. Die SED hatte für 1955 die Losung "Jahr der großen Initiative" herausgegeben und zur Aufholung aller Rückstände aufgerufen, wovon sich der Parteiapparat wieder Wunder versprach. Die Losung konnte jedoch nicht die fehlenden Materialien ersetzen und die anhaltende Abwanderung von Arbeitskräften, so-wie die Nachwirkung des Neuen Kurses ließen sich nicht wieder gut machen.

Zu dem hatte sich in den Jahren 1953 und 1954 noch eine andere sehr negative Praxis eingebürgert. Die laufenden Veränderungen am Investitionsplan, welche immer wieder Investruinen hervorriefen, ermutigten die Betriebe dazu, trotz allem stets neue Investitionsobjekte in den Plan aufzunehmen. Wenn das neue Wirtschaftsjahr dann angelaufen war, versuchten sie durch Mobilisierung der Belegschaften und der Bevölkerung zusätzliche Mittel bei der Regierung freizumachen. Indem sie betonten, daß es ein unmöglicher Zustand sei, wenn sie neue Objekte anfangen, ohne daß die alten vollendet sind, fanden sie überall Zustimmung.

Da der Staat aber keine Reserven hatte, sah er sich außerstande zusätzliche Mittel für die Fertigstellung der "Investruinen" zu bewilligen. Dennoch wurden Überprüfungskommissionen in die entsprechenden Betriebe oder Städte entsandt, die dann endgültig festlegten, was nun überhaupt gebaut wird. Dabei geschah es nicht selten, daß ein doppeltes Chaos organisiert wurde. Das neue Objekt wurde wieder stillgelegt und die Auflage erteilt zuerst die "Investruine" fertigzustellen. Wenn nun diese Aufgabe im Kompetenzbereich einer anderen Bau-Union lag, die s.Zt. andere wichtige Aufträge durchführte, trat der kuriose Fall ein, daß in dem Betrieb das Baugeschehen überhaupt aufhörte.

Mit derartigen Kämpfen ist die stalinistische Bürokratie zu 99% ausgelastet. Die verschiedenen Partei- und Regierungsstellen organisieren sich die wirtschaftlichen Mißstände selbst. Die Mittel, mit denen diese Schwierigkeiten dann gelöst werden, sind in der Regel Reorganisation, personelle Umgruppierung und Republikflucht. Die Leidtragenden sind immer die Arbeiter. Dadurch wurde der 2. Fünfjahrplan jedoch von vornherein mit einer großen Anzahl sogenannter Überhänge belastet, die vorerst realisiert werden mußten und einen erheblichen Teil der ökonomischen Kraft der DDR banden.

Da der 2. Fünfjahrplan nicht nur ein neuer Plan für die DDR ist, sondern Teil der mit Beginn des Jahres 1956 koordinierten Wirtschaft des gesamten Ostblocks, muß an dieser Stelle zunächst einiges über den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RgW) und die wirtschaftliche Zusammenarbeit des Ostblocks überhaupt gesagt werden.

- 39 -

II. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RgW)

Struktur und Organisation

Der 1949 gegründete Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wird gebildet durch die Vorsitzenden der Plankommission der Teilnehmerstaaten. Diese nennen sich Vertreter (des jeweiligen Landes) im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Teilnehmerstaaten sind:

SU,
 Polen,
 CSR,
 Ungarn,
 Rumänien,
 Bulgarien,
 Albanien und
 DDR.

Nur diese Staaten haben im Rat beschließende Stimme. Mit beratender Stimme sind außerdem vertreten:

China,
 Jugoslawien,
 Nordkorea und
 Vietnam.

Den Vorsitz im Rat führt dasjenige Land, in dem die jeweilige Tagung stattfindet. Verhandlungssprache ist immer Russisch.

Rechtsnatur der Beschlüsse der Vollversammlung

Die Beschlüsse der Vollsitzung des Rates haben nur den Charakter von Empfehlungen an die Mitgliederstaaten. Diese Feststellung deckt jedoch nur die formalrechtliche Seite der Beschlussfassungen in der Vollversammlung. Die faktische Seite ist im Nachfolgenden unter der Überschrift "Die Sicherung der beherrschenden Rolle der Sowjetunion" näher dargestellt.

Die Empfehlungen werden dann durch zweiseitige Verhandlungen und Abkommen zwischen den einzelnen Teilnehmerstaaten realisiert resp. wird versucht, die Beschlüsse so zu verwirklichen. Das wird durchgeführt über die ständigen Sessions für WTZ.

In Moskau verfügt der RgW über zwei ständige Institutionen:

- 40 -

- 40 -

a) Das ständige Büro

Dieses Büro hat seinen Sitz im Gebäude der GOS-Plan. Das Büro wird geleitet von drei hauptamtlichen Funktionären und zwar:

1 Vertreter der SU - H A M O U S
 1 Vertreter von Polen - R U S C H A N S K I
 1 Vertreter der GDR - (?)

Es soll jetzt durch Vertreter anderer Länder erweitert werden, weil durch internationale Abstimmung der Pläne die Arbeit des Rates verstärkt wurde. Für DDR wird MAHLOW in das Büro entsandt.

Diese drei Vertreter koordinieren und leiten geschäftsführend die Arbeit des Büros, das im übrigen auch die Sitzungen der Vollversammlung und des Sekretariats vorbereitet.

b) Das ständige Sekretariat

Das ständige Sekretariat wird gebildet aus den Stellvertretern der Vorsitzenden der Plankommissionen der Länder, die sich Stellvertreter des Vertreters (des entsprechenden Landes, z.B. der DDR) im RgW betiteln und mit der Wahrnehmung der ständigen Stellvertretung ihrer Länder im Sekretariat beauftragt sind.

Für DDR:

O P I T Z ,
 O. ist früher Stellvertreter des Vorsitzenden der Plankommission für Örtliche Wirtschaft gewesen, also war der Vorgänger von DUSCHEK, Nationalpreisträger, Schöpfer des Aktivistenplanes.

Für SU:

K O W A L ,
 K. war früher Minister für Außenhandel der SU und zeitweilig stellv. Leiter der sowjetischen Vermögensverwaltung (SAG) in Deutschland.

Die Stellvertreter der Ländervertreter im Sekretariat des RgW (für DDR also OPITZ) verfügen in Moskau über ein ständiges Länderbüro. Über die Organisation dieses Länderbüros ist folgendes bekannt:

Leiter:

O P I T Z , Kurt

Stellvertreter:

G E O R G I ,
 G. war vorher Hauptabteilungsleiter für Koordinierung im Statistischen Zentralamt.

- 41 -

Abtlg.-Leiter:

M A H L O W , Hedwig
M. ist zuständig für Verbindung zwischen
Büro des RgW und Länderbüro. Sie war
früher die Sekretärin von LEUSCHNER,
spricht fließend russisch und ist mit
einem russischen Wissenschaftler in
Moskau verheiratet.

5 weitere Mitarbeiter.

Die übrigen Länderbüros haben etwa die gleiche Stärke.

Arbeit und Funktion des Sekretariats des RgW, Einzelheiten

a) Geschäftsordnung

Die Länderbüros reichen ihre Tagesordnungspunkte über das Büro des RgW an das Sekretariat ein. Der Vorsitz im Sekretariat wechselt nach einem bestimmten Schema laufend. Die zur Beratung anstehenden Fragen werden behandelt und die Chefs der Länderbüros verfertigen dann aufgrund dieser Beratung Berichte an ihre Plankommission. Darüber hinausgehende Funktionen hat das Sekretariat nicht. Irgendwelche Entscheidungen sind schon aus naheliegenden Gründen nicht möglich.

b) Funktion der Länderbüros

Die Stellvertreter der Ländervertreter bekommen von ihren Plankommissionen eine Fülle von Material über wirtschaftliche Fragen. Die Plankommission der DDR schiekt an ihr Länderbüro regelmäßig zum Beispiel:

Dokumentation der Volkswirtschaftspläne,
Dokumentation der Fünfjahrpläne,
Analysen zu den Plänen,
Detailpläne u.a. für Außenhandel, Industriesweig-
pläne, Perspektivpläne und
alle statistischen Materialien.

Die Arbeit der Länderbüros besteht nun darin, dieses Material zu verdichten und nach bestimmten ihnen zugehenden Weisungen zur Information über das Büro des RgW an die übrigen Teilnehmerstaaten weiterzuleiten.

Des weiteren bringen die Leiter der Länderbüros nach näherer Weisung ihrer Vorsitzenden bestimmte Schwerpunktprobleme zur Beratung im Sekretariat ein, die dann auf die Tagesordnung kommen.

Darüber hinaus beraten die Leiter der Länderbüros die wichtigsten Fragen mit GOS-Plan direkt, ohne den übrigen Ländern da-von Mitteilung zu geben.

c) Einselfragen

Auf Weisung des Vorsitzenden der Plankommission brachte die DDR im Laufe des letzten Jahres, also etwa vom Sommer 1956 bis Sommer 1957, die folgenden Punkte zur Besprechung im Sekretariat ein:

Kohle und Koks

Die Wünsche der DDR beziehen sich hier auf Erhöhung der Importe an Steinkohle aus Polen, CSR und SU.

Stahl

Die Wünsche der DDR beziehen sich hier auf Erhöhung der Importe und sind an die gleichen Länder wie im Kohleprogramm gerichtet.

Maschinenproduktion

Die Vorlage der DDR zielte darauf ab, Maschinen, die sich im kapitalistischen Ausland als nicht absetzbar erwiesen hatten, an die Teilnehmerstaaten des RgW zu exportieren.

Baumwolle

Importwünsche der DDR an SU und Balkanländer.

Vonseiten anderer Teilnehmerstaaten wurden die folgenden, die DDR berührenden Fragen unter anderem auf die Tagesordnung des Sekretariats gesetzt:

Düngemittel

Erhöhung der DDR-Exporte an Balkanländer und Polen.

Chemikalien

Erhöhte Forderungen an DDR-Exporten, vor allem vonseiten CSR, Polen und Balkan. Die Exportwünsche erstrecken sich vorrangig auf Grundchemie und Pflanzenschutzmittel.

Zement

Exportforderungen sämtlicher Teilnehmerstaaten an DDR.

Benzin - diverse Sorten

Erhöhung der Exportlieferungen an eine große Zahl von Teilnehmerstaaten.

Komplette Fabrikationsanlagen

Die Forderungen an die DDR erstrecken sich vor allem auf Filmfabriken, Zementfabriken, feinmechanische und optische Werkstätten, Zuckerfabriken, Papierfabriken, Druckerei-Maschinenfabriken, Werke für Funk-, Maß- und Regeltechnik und chemische Fabriken.

Braunkohlenbriketts

Ebenfalls Erhöhung der DDR-Exporte.

Die Frage der Kohle, d.h. der Braunkohlenbrikettlieferungen an die Teilnehmerstaaten seitens der DDR und andererseits die Steinkohlenimporte in die DDR ließ übrigens deutlich werden, daß der Wert des Sekretariats des RgW im wesentlichen informativer Natur ist. Zwar war als Ende 1956/Anfang 1957 die Kohlesituation der DDR bedrohlich wurde diese Frage natürlich auch auf die Tagesordnung des Sekretariats gesetzt worden, jedoch waren längst vorher Ulbricht zu CHRUSTSCHOW, sowie RAU und LEUSCHNER zu SIROKKI gefahren, um hier zu verhandeln.

Die ständigen Sessionsen für wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerländern des RgW (WTZ)

Die Ratsbeschlüsse, die ihrem Charakter nach Empfehlungen darstellen, werden über die ständigen Sessionsen für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Teilnehmerländern realisiert. Aus diesem Grunde sind in allen Plankommissionen Hauptabteilungen für WTZ. In der DDR wurde diese von Bernd WEINBERGER geleitet (Anfang 1957 verstorben, seitdem unbesetzt).

Diese Hauptabteilungen sind in Länderreferate untergliedert, halten die Verbindung zu dem jeweiligen Land und bereiten die Sessionstagungen vor.

Vorsitzende der Sessionsen sind die Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und zwar

für SU	GREGOR
für ferner Osten (China, Korea und Vietnam)	Dr. WITKOWSKI
für Polen	MEISER
für CBR	MILLER
für Ungarn	HIEKE
für Rumänien, Albanien u. Bulgarien	DUSCHEK

Den Sessionsen gehören ferner stellvertretende Minister und Fachexperten der Staatlichen Plankommissionen und der Ministerien an.

Die Tagungen werden nach Bedarf einberufen und wechseln ständig Ort und Vorsitz. Die Delegationen zu den Sessionstagungen werden von Fall zu Fall entsprechend der Tagesordnungen neu festgelegt.

- 44 -

Über WIZ wird außerdem der Austausch technischer Dokumentationen vorgenommen.

Über jede Session werden doppelte Protokolle ausgetauscht, die von den Ministerpräsidenten zu bestätigen sind. (Diese Aufgabe kann auf die Vorsitzenden der Plankommissionen delegiert werden, was allgemein getan wurde).

III. Die beginnende Plankoordination im Ostblock - Zunehmende Bedeutung des RgW

Mit dem Auslaufen des 1. Fünfjahrplanes der DDR und des 6. Fünfjahrplanes der SU, haben die Russen den Gedanken gefasst für die zukünftigen Pläne eine Abstimmung im gesamten Ostraum vorzunehmen. Die Intentionen der Russen waren im Jahre 1954 vor allem darin erkennbar, daß in den Teilnehmerstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe plötzlich allenthalben sowjetische Berater auftauchten und in den Plankommissionen, Ministerien, Forschungsinstituten und Betrieben (Groß- und Schwerpunktbetriebe) ihre Erhebungen anstellten. Diese Sowjetberater hatten damals im gesamten Satellitenbereich die gleiche Aufgabe. Sie erstreckte sich auf zwei Ermittlungen und zwar

- a) Feststellung dessen, was die betreffenden Länder im Rahmen des nächsten Fünfjahrplanes produzieren können (bezüglich der Sortimente),
- b) Feststellung der Produktionskapazitäten überhaupt.

(Der IV. Parteitag der SED /30.3.-6.4.1954/ hatte beschlossen, daß die Direktive für den 2. Fünfjahrplan dem Zentralkomitee bis zum August 1954 vorzulegen sei. Durch die internationale Abstimmung der Pläne wurde dieser Termin nicht eingehalten.)

Eine weitere Maßnahme bestand darin, die neuen langfristigen Pläne der Teilnehmerstaaten des RgW alle auf den Zeitraum von fünf Jahren abzustellen und alle mit dem Jahre 1956 zu beginnen. für die DDR bedeutete also das Jahr 1956 der Beginn des zweiten Fünfjahrplanes.

Die letzten Vollsitzungen des RgW, und zwar die Herbsttagung in Budapest im Jahre 1955 und die Berliner Tagung im Mai 1956, standen voll und ganz im Zeichen dieser sowjetrussischen Ermittlungen, indem nunmehr den hier erarbeiteten Planperspektiven für den Ostblockraum das Ergebnis dieser Untersuchungen (Kapazitätsermittlungen) im wesentlichen zugrunde gelegt wurde.

Damit war der entscheidende Fehler begangen worden, der die Ursache dafür ist, daß bis heute die neuen Fünfjahrpläne noch nicht bestätigt werden konnten. Man hatte zwar einen genauen,

- 45 -

50X1-HUM

- 45 -

zum Teil bis in die Einzelheiten gehenden Überblick über das was produziert werden kann und über die Kapazitäten in den einzelnen Ländern, hatte jedoch in nicht genügendem Maße berücksichtigt, daß die materialmäßigen Voraussetzungen zur Ausnutzung dieser Kapazitäten in keiner Weise gegeben waren. Der aller beherrschende Mangel im gesamten Ostblock an Stahl, Kohle, Hüttenkoks, Grundchemie, Zement und großen Ausrüstungen hob allen optimistischen Plänen einen absoluten Riegel vor und verhinderte kategorisch die Ausnutzung der gegebenen Kapazitäten.

Aus dieser Situation, d.h. also dem Überhang an Kapazitäten einerseits und den Materialengpässen andererseits, entwickelte sich nunmehr der Gedanke einer übernationalen Koordinierung der Fünfjahrpläne. Das Ziel mußte sein, jede überflüssige Produktion zu vermeiden, die vorhandenen Rohstoffe zweckmäßig einzusetzen und jedes Land auf diejenige Produktion zu konzentrieren, für die sie die günstigsten ökonomischen, geographischen, materiellen und arbeitskräftemäßigen Voraussetzungen besitzt.

Das geeignete Instrument für eine derartige Koordinierung war der RgW, dessen ständiges Sekretariat damit erhöhte Bedeutung gewann, da es für einen schnellen Austausch der erforderlichen Wirtschaftsinformationen am besten geeignet war.

Der Rat setzte auf seiner Budapester Tagung internationale Expertenkommissionen ein, die bis zur 7. Tagung des RgW in Berlin im Mai 1956 Vorschläge für die Koordinierung der Volkswirtschaften der Teilnehmerländer auszuarbeiten hatten. Die Kommissionen wurden auf der 7. Ratstagung in ständige Einrichtungen umgewandelt (dazu später mehr).

Wie bereits ausgeführt, waren die Ratstagungen 1955 und 1956 von dieser Thematik beherrscht. Der Terminverszug konnte nicht ohne Folgen auf die Fünfjahrpläne der einzelnen Länder bleiben. Die Fünfjahrpläne dieser Länder liefen mit Beginn des Jahres 1956 an, waren aber sämtlich auf Länderbasis entwickelt. Die Planungen waren in dieser Beziehung völlig unreal. Wie schon oberhalb angedeutet, fusteten sie auf den Kapazitätsermittlungen der sowjetischen Berater im Jahre 1954, die jedoch wegen der Unausgeglichenheit der Materialbilanzen als alleinige Planungsgrundlage nicht in Betracht kamen. Die derzeitige Lage ist jetzt so, daß sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR und in allen übrigen Teilnehmerstaaten im Augenblick keine bestätigten Fünfjahrpläne vorliegen. Am weitesten ist die CSR vorgeschritten, die wahrscheinlich ihren Plan in den nächsten Wochen oder Monaten bestätigen lassen wird. In den übrigen Ländern sind die Arbeiten an der Reduzierung der Fünfjahrpläne auf ein vertretbares Maß und die Arbeiten an den ersten vorsichtigen Koordinierungen der Produktion im Gange.

Die letzte Ratstagung vom Juli 1957 in Warschau beschäftigte sich fast ausschließlich mit dem Plandilemma des Ostblocks und dem Defizit an den wichtigsten Grundmaterialien. Das Ziel

- 46 -

ist vor allem, die auf den Parteitagen und Parteikonferenzen schon lauthals verkündeten Ziele des zweiten Fünfjahresplanes soweit zu retten, wie es irgend geht. (Hierzu noch später).

IV. Die 7. Tagung (Vollversammlung) des Ratw in Berlin Mai/Juni 1956

Die Berliner Ratstagung fand über die Pfingstfeiertage 1956 statt. Die Ostzonenpolitiker beabsichtigten diese Tagung besonders groß aufzumachen. Tagungsort war das Haus der Ministerien (früher Luftfahrtministerium) in der Leipziger Straße. Ganze Zimmerfluchten im 2. Stock dieses Gebäudes mußten freigemacht werden und Minister und Staatssekretäre wurden in andere Räume gesetzt, um den Delegationen für die Dauer der Tagung Arbeitsräume zu geben. Für über 150.000,- Ostmark wurden neue Möbel, Lampen, Gardinen, Teppiche usw. gekauft, Maler und Dekorateurs wurden in ganz Berlin zusammengetrommelt, um sämtliche infrage kommenden Räume neu zu renovieren. Direkte Telefonverbindungen zu den Hauptstädten der Rateländer wurden hergestellt und man ließ es auch an sonstigen repräsentativem Aufwand nicht fehlen.

Tagungsraum war der große Festsaal des Hauses, in welchem (ähnlich wie bei Außenministerkonferenzen) ein großes Viereck mit Mikrofon- und Übersetzungsanlage gestellt wurde. Der kleine Festsaal wurde ähnlich ausgestaltet, nur prunkvoller, um dort die Tagung der "Spitzen" abzuhalten.

Um die besondere Frontstellung der DDR zu dokumentieren, war das ganze Haus hermetisch von SSD-Offizieren in vollem Wuchs und mit weißem Koppelzeug und Handschuhen abgeriegelt und auch auf den Gängen in der 2. Etage standen in Abständen von 10 Metern uniformierte SSD-Posten. Jede Delegation erhielt einmal ständige Begleiter der Plankommission und zum anderen SSD-Offiziere als Sicherheitsposten.

Die Spitzenfunktionäre waren in besonders neu renovierten Villen im "Städtchen" (Wohn-Sperrgebiet der Partei- und Regierungsführung in Pankow-Niederschönhausen) untergebracht. Die anderen Funktionäre und Experten wohnten im Gästehaus am Thälmannplatz und im Johannishof, die restlos für die Ratstagung beschlagnahmt waren.

Anreisetage waren Dienstag/Mittwoch vor Pfingsten, die Abreise erfolgte Donnerstag/Freitag nach Pfingsten. Die Delegationen kamen teils in Sonderflugzeugen, die Russen (die mit 40 Mann antraten) und die Ungarn in Sondersügen.

Die sowj. Delegation	wurde geleitet von	SABUROW, ihr gehörten u.a. an
		BAIBAKOW (Perspektivplanung)
		KOWAL (Außenhandel)
Die CSR-Delegation	" " "	DVORAK (stellvertr. Ministerpräs.)
		SIMUNEK (Planung)
Die Polen-Delegation	" " "	WANG (stellvertr. Ministerpräs.)
		SCYR (Planung)

- 47 -

Die ungar. Delegation wurde geleitet von GERÖ (stellvertr.
Ministerpräs.)
BEREI (Planung)

Die rumän. Delegation " " " BIRLIADIANU (Planung)

Die bulga. Delegation " " " STOICA (Planung)

Die alban. Delegation " " " DOLANSKI (Planung)

DDR LEUSCHNER
RAU
SELEMANN

Den Vorsitz führte Leuschner.

Eine Woche vor Beginn der Tagung war HAMOUS, der sowjetische Vertreter im Büro des Rates, in Berlin eingetroffen und hatte mit LEUSCHNER den Ablauf der Tagung festgelegt und hierbei auch das gemeinsame Vorgehen der DDR und SU abgestimmt.

Zum Empfang der sowjetischen Delegation hatten sich alle "Spitzen" der DDR, angeführt von GROTEWOHL (ULBRICHT war z. Zt. in Urlaub) auf dem Ostbahnhof eingefunden. Die übrigen Delegationen wurden nur von den Teilnehmern der Tagung empfangen.

In seiner Eröffnungsrede ging LEUSCHNER auch auf den besonderen Charakter dieser Tagung ein, indem er hervorhob, daß damit ein neuer Abschnitt in der internationalen Zusammenarbeit eingeleitet würde, weil erstmals der Versuch gemacht werde, die Volkswirtschaften mehrerer Länder miteinander zu koordinieren die alle völlig unterschiedliche Strukturen aufweisen. Der Versuch, die Pläne der einzelnen Länder aufeinander abzustimmen, könne erst ein Anfang sein, da eine so riesige Lösung nicht mit einem Mal zu lösen sei. Auf die vielen SSD-Posten hinweisend betonte er, daß das in Berlin notwendig wäre, da sie ihre Tagung wenige Meter von der Sektorengrenze abhielten und sich in einem "Nest von Agenten" befänden. Besonders dankte er den Russen und ihren Beratern für die Unterstützung die sie allen gegeben haben und wodurch die Tagung ermöglicht wurde.

Im Verlauf der Tagung trat eine Panne ein, die den SSD in arge Verlegenheit brachte: Trotz aller Mahnungen über das "westberliner Agentennest" ließen die Mehrzahl der Delegationen ihre SSD- und SPK-Begleiter stehen, setzten sich mit ihren Botschaften in Verbindung und fuhren mit deren Wagen (die diesbezügliche Erlaubnis besitzen) nach Westberlin. Die Ungarn und Polen sollen eine ganze Nacht dort gewesen sein. SCHIRDEWAN intervenierte sofort zusammen mit LEUSCHNER bei SABUROW, der jedoch nur mit den Achseln zuckte. SABUROW soll ebenfalls eine Fahrt durch die Westsektoren unternommen haben.

LEUSCHNER schlug später daraus politisches Kapital, indem er, in persönlichen Gesprächen auf den Unterschied zu Westberlin einging und die Notwendigkeit einer besonderen Hilfe für die DDR hervorhob, weil hier ja die entscheidende Schlacht für den Sozialismus geschlagen werden müsse. Ihm waren im Gegensatz zu dem bornierten SCHIRDEWAN die Westfahrten der Ausländer sehr angenehm. SELEMANN unterstützte LEUSCHNER dabei, während RAU aufseiten von SCHIRDEWAN stand.

- 48 -

- 48 -

Um den Aufenthalt angenehm zu gestalten und vor allem Gelegenheit zur Entspannung am Wochenende zu geben, hatte die Regierung das noch erhaltene Jagdschloß Hubertusstock am Werbellinsee freimachen lassen. In dem früheren Göringschen Komplex Karinhall, der bis auf das alte Jagdschloß Hubertusstock zerstört ist, ist jetzt eine Erholungsstätte für die höchsten Offiziere der NVA eingerichtet worden. Für die Dauer der Ratstagung hatte man nun den Komplex freigemacht und hier die obersten Spitzen der Teilnehmerstaaten untergebracht. Für die übrigen Expten und weniger hohen Teilnehmer waren Flüge an die Ostsee und in die Sächsische Schweiz mit der DDR-Lufthansa, sowie andere Fahrten organisiert worden.

Interessant ist, daß sämtliche Teilnehmer einer Vollsitzung des RgV, also die Chefs der Plankommissionen der Teilnehmerstaaten, ängstlich vermeiden politische Diskussionen zu führen. Dazu wäre, so kurze Zeit nach dem XX. Parteitag der KPdSU, genügend Stoff vorhanden gewesen. Nur der jugoslawische Vertreter machte eine Ausnahme und versuchte immer wieder mit politischen Fragen ins Gespräch zu kommen. Dies führte dazu, daß alle vermieden mit ihm derartige Themen zu erörtern und sich entweder ganz unpolitisch gaben oder irgendwie anders auswichen.

So sog es der Leiter der SU-Delegation SABUROW vor, von früh bis spät mit auf dem Werbellinsee zu angeln und alle wußten, daß er es tat, um den unangenehmen Diskussionen mit dem Jugoslawen, sowie den Betteleien und Katastrophenberichten anderer Delegationschefs (besonders Polen) auszuweichen.

Andererseits konnte man den jugoslawischen Vertreter nicht allein herumlaufen lassen, was schon aus Gründen gesellschaftlicher Formen nicht ging. So erhielt Bernd WEINBERGER, der damals noch lebte, den Auftrag, sich um den jugoslawischen Vertreter zu kümmern und sich ihm zu widmen. WEINBERGER war natürlich kein geeigneter Gesprächspartner und versuchte mit dem Jugoslawen billigste Agitation zu machen, was auch seiner geistigen Kapazität allein entspricht. Da der Jugoslawe dies wohl sehr schnell durchschaute, einigte man sich auf Tischtennispielen, womit der Rest des Tages verbracht wurde.

Einen besonderen Auftrag hatte man noch für SELBMANN, der auch auf sowjetrussische Initiative surücksuführen war. Da sich die Polen in Berlin sehr hartnäckig in bezug auf das Steinkohlenprogramm zeigten, nahm sich SELBMANN den polnischen Vertreter vor und redete nun ununterbrochen auf diesen ein, ohne natürlich Erfolg zu haben.

Typisch für das Verhandlungsklima auf den Vollsitzungen und unter den Verhandlungsteilnehmern ist auch, daß bestimmte Themen einfach tabu sind. Hierzu gehört vor allem die Frage der Verrechnungseinheiten der einzelnen Währungen zum Rubel. An sich müßten diese Fragen als entscheidend wichtige gesamtwirtschaftliche Probleme natürlich auf die Tagesordnung kommen, aber dies liegt weder im Interesse der Sowjets noch im Interesse irgendeines der Teilnehmerstaaten. Jeder teil-

- 49 -

nehmerstaat versucht, da sie alle bei der Sowjetunion verschuldet sind, diese Frage in zweiseitigen Verhandlungen mit der Sowjetunion zu klären und hierbei einen möglichst günstigen Status zu erzielen. Für die Sowjetunion andererseits dürfte die Frage der Verrechnungskurse der Ostwährungen zum Rubel gerade eins der wichtigsten Mittel sein, mit denen die Verhandlung der Sowjetunion gewahrt wird und mit welchen die Teilnehmer des RgW untereinander ausgespielt werden.

Beschlüsse der 7. Ratstagung in Berlin

a) Beschluß über die polnische Steinkohle

Über diesen Beschluß kam es zu erheblichen Diskussionen, da hier die Wahrnehmung der eigenen Interessen Polens bereits heftig mit den Forderungen der übrigen Teilnehmer des RgW kollidierte. Die Beschlußvorlage sah vor, daß Polen seine Steinkohlenproduktion erheblich steigern sollte, wobei zunächst 1960 als vorläufiges Terminziel und bis 1970 Eckzahlen genannt wurden. Genauere Zahlen sind nicht mehr in Erinnerung, jedoch liegt wohl die polnische Steinkohlenförderung gegenwärtig bei 160 - 180 Millionen Tonnen jährlich, die im Interesse der Belieferung der übrigen Ostblockstaaten erheblich erhöht werden sollte. Die Frage der Erhöhung spitze sich schließlich auf eine Zuwachsrate von ca. 3 Millionen Jahrestonnen zu, in welcher Höhe die polnischen Vorschläge unter der SU-Forderung lagen.

Auch die Erhöhung der Steinkohlenförderung um diese relativ geringe Summe erforderte für Polen nun erhebliche zusätzliche Mittel, und zwar vor allem schwere Ausrüstungen und Kredite, die durch zweiseitige Verträge mit den Teilnehmerstaaten - in Betracht kamen hier SU, CSR und DDR - ausgehandelt werden sollten. Die DDR war am stärksten an dieser Erhöhung interessiert, weil sie für den 2. Fünfjahrplan eine starke Erhöhung der polnischen Kohlenimporte vorgesehen hatte, die für STALINSTADT und Steigerung der Energieerzeugung vorgesehen war.

In Durchführung des Beschlusses fuhr im Frühjahr 1957 eine Delegation unter Führung von SELBMAN nach Warschau. Aufgrund der Verhandlungen dieser Delegation wurde Polen vonseiten der DDR ein langfristiger Kredit in Höhe von 500 Millionen DM, vornehmlich zum Ankauf schwerer Bergbauausrüstung, gewährt. Ähnliche zweiseitige Abkommen wurden zwischen Polen und der SU und Polen und der CSR abgeschlossen.

Hierdurch wird jedoch nicht die gewünschte Zuwachsrate erreicht, sondern diese Mittel sind einfach notwendig geworden, um den heruntergewirtschafteten Steinkohlenbergbau überhaupt auf jetziger Stufe zu halten.

b) Beschluß über Gewinnung und Verarbeitung der Schilfvorkommen am Plattensee und im Donaudelta

Der Beschluß sieht vor, die gewaltigen Schilfvorkommen am Plattensee in Ungarn und am Donaudelta in Rumänien als Rohstoffbasis zu nutzen. Der Beschluß beinhaltet, diese Schilfvorkommen

1. zu gewinnen,
2. auf Zellulose zu verarbeiten und
3. die hierfür erforderlichen chemischen Fabriken an Ort und Stelle zu errichten.

Die Verhandlungen zur Realisierung dieses Beschlusses waren im Laufen, als die Revolution in Ungarn hier zunächst einen Strich durch diese Planung des RgW zog. Bisher sind die Verhandlungen nicht wieder aufgenommen worden oder wenigstens in keinerlei konkretes Stadium getreten. Ungarn ist im Augenblick weder wirtschaftlich noch arbeitskräftemäßig, noch aus der gesamten politischen Lage heraus fähig, ein derartiges Projekt in Angriff zu nehmen.

Auch in bezug auf das Projekt am Donaudelta ruht der Beschluß zur Zeit. Es ist hier zu erwähnen, daß der Beschluß nicht nur wegen der Ereignisse in Ungarn bisher nicht in Angriff genommen werden konnte, sondern auch, wie noch späterhin zur 8. Ratstagung und zur gesamtwirtschaftlichen Situation in der DDR darzustellen sein wird, auch die Lage in der DDR und in den anderen Ostblockstaaten die Inangriffnahme eines derartigen Projekts von der Materialseite her überhaupt nicht ermöglicht. Vor allem läßt das gewaltige Stahldefizit die Realisierung zur Zeit nicht zu.

c) Beschluß über die Bildung ständiger Fachkommissionen des RgW

aa) Entwicklung, Allgemeines

Bereits auf der 6. Ratstagung 1956 in Budapest hatte man die Notwendigkeit der Bildung bestimmter Fachkommissionen erkannt und einige solcher Kommissionen in lockerer mit begrenztem Auftrag eingesetzt. Nunmehr faßte die Vollsitzung den Beschluß s t ä n d i g e F a c h k o m m i s s i o n e n zu bilden und sie in organisatorischen Gefüge des RgW zu installieren. Der Beschluß wurde vor allem deshalb notwendig, als auf der Berliner Tagung die Frage der Koordinierung der Wirtschaft im Ostblockraum in ein aktuelles Stadium trat und man sehr schnell einsah, daß ohne die Arbeit solcher ständiger Fachkommissionen überhaupt nicht weitersukommen ist.

Die Fachkommissionen haben ihren Sitz in den verschiedenen Ländern (Teilnehmerstaaten), wobei als Sitz immer dasjenige Land in Betracht kommt, in welchem der Schwerpunkt des betreffenden Wirtschaftszweiges liegt. Ihre Aufgabe besteht darin, konkretes Material zu erstellen darüber

1. in welchen Stappen die zur Stilllegung vorgesehene Produktion in den einzelnen Teilnehmerstaaten eingestellt werden kann,
2. in welchen Stappen die vorhergesehenen neuen Produktionen anlaufen können.

bb) Struktur der Kommissionen, Geschäftsordnung, Haushalt, organisatorische Fragen -----

Die Leiter der Kommissionen sind die Fachminister der Teilnehmerstaaten, soweit die betreffenden Staaten produktionsseitig in Betracht kommen oder auch aus anderen Gründen ein besonderes Interesse an der Teilnahme in der Kommission besteht. Letzteres gilt z.B. dann, wenn ein Land an der Zulieferung aus einem Fachbereich im Interesse der Entwicklung seiner Volkswirtschaft vordringlich interessiert ist. Es ist dabei zu betonen, daß man im RgW in der Teilnahme an den Fachkommissionen sehr großzügig verfährt und jedem Land, das einen Fachminister zu entsenden wünscht, dies auch ohne weiteres gestattet. Zumindest ist kein Fall bekannt wo ein solches Ersuchen abgelehnt oder die Ablehnung auch nur im geringsten erwogen wurde.

Dabei ist klar, daß natürlich die Fachminister als oberste Leiter und Teilnehmer der Kommissionen nicht in der Lage sind die obengenannte praktische Arbeit zu leisten. Zu diesem Zweck verfügen die Kommissionen über

s t ä n d i g e B ü r o s ,

die nun die eigentlichen operativen Organe sind. In diesen ständigen Büros sitzen resp. werden nach derthin abkommandiert die Fachexperten aus den entsprechenden Ministerien der an der Bildung der Kommissionen beteiligten Länder, ferner sitzen hier drei Experten aus den Plankommissionen und zum Teil, soweit Kräfte vorhanden, Mitarbeiter aus dem Sekretariat des RgW in Moskau.

Den Vorsitz in der Fachkommission führt der Minister desjenigen Landes, in dem die Fachkommission resp. das ständige Büro seinen Sitz hat. Er wird von der Vollsitzung des RgW ernannt. Der Vorsitz wechselt nicht.

Eine Geschäftsordnung und Statute gibt es hier nicht (d.h. bis Mitte 1957). Die organisatorische Ausgestaltung in dieser Form ist jedoch vorgesehen und es ist anzunehmen, daß eine der nächsten Vollsitzungen des RgW Statute und Geschäftsordnung beschließen wird.

- 52 -

Bisher arbeiten sie nach den Richtlinien, die der RgW in seinem Beschluss über die Bildung der ständigen Kommissionen aufgestellt hat und auch Grundlage für die Statuten usw. bilden.

Das von den Kommissionen erarbeitete Material geht einmal an das Sekretariat des RgW, zum anderen an die Plankommissionen der Länder. Vom Sekretariat des RgW geht das Material an die Verbindungsstelle zum RgW in der Plankommission des betreffenden Landes (also in der Plankommission der DDR an das Büro für Verbindung zum RgW). Hier erfolgt eine Aufspaltung, indem das Material mit vorwiegend technischer Dokumentation an die Länderabteilung VTZ geht und das übrige Material mit planökonomischen Inhalt an den zuständigen stellvertretenden Vorsitzenden der Plankommission.

Der Haushalt für die Fachkommissionen wird z.Zt. von dem Land getragen, in dem die Kommissionen ihren Sitz haben. Die Mittel werden im Etat des zuständigen Fachministeriums eingeplant, also z.B. die Mittel der Fachkommission Chemie, deren ständiges Büro seinen Sitz in Berlin hat, im Ministerium für Chemie der DDR. Diese Frage soll ebenfalls endgültig mit dem Problem der Finanzierung des RgW geregelt werden, weil die Stärke der Kommissionen unterschiedlich ist und somit auch die Lasten für die einzelnen Länder.

cc) Die einzelnen Fachkommissionen

Fachkommission für Bunt- und Schwarzmetallurgie

Der Sitz des ständigen Büros dieser Kommission ist M o s k a u . Hier werden auch die Tagungen der Fachkommission abgehalten. Das Büro hat eine in der Perspektive vorgesehene Personalstärke von ca. 120 Personen. Es ist erst im Aufbau, die vorgesehenen Planstellen sind noch bei weitem nicht alle besetzt. Das Büro hat bisher noch keine eigene Unterkunft und ist wohl z.Zt. behelfsmäßig im Gebäude der GOS-Plan untergebracht. Eine eigene Unterkunft in Moskau ist im Bau.

Fachkommission für Kohle - Industrie

Das Büro dieser Kommission hat seinen Sitz ebenfalls in M o s k a u und ist gleichfalls z.Zt. behelfsmäßig im GOS-Plan untergebracht. Die Personalstärke des Büros wird sich nach vollzogenem Aufbau auf 120 bis 130 Mann belaufen.

Fachkommission für Elektroenergie, Erdgas und Erdöl

Das Büro dieser Kommission hat seinen Sitz ebenfalls in M o s k a u . Aufbau ähnlich wie die anderen Kommissionen.

- 53 -

- 53 -

Fachkommission für chemische Industrie

Das Büro dieser Kommission hat seinen Sitz in B e r l i n , Am Spittelmarkt. Es handelt sich um ein ehemals kriegszerstörtes Gebäude unmittelbar an der Sektorengrenze gelegen, das neu aufgebaut und dieser Kommission als ständigen Sitz zugewiesen wurde. Die Personalstärke dieser Kommission wird sich auf ca. 150 Personen belaufen, die zumist schon jetzt vorhanden sind. In der Kommission sind sämtliche Teilnehmerstaaten des Egv vertreten.

Fachkommission für Maschinenbau

Der Sitz des Büros dieser Kommission ist P r a g . Es befindet sich wahrscheinlich derzeitig noch behelfsmäßig im Gebäude der Plankommission. Die Personalstärke des Büros wird sich einmal auf ca. 250 Mitarbeiter belaufen. Die Größe dieser Fachkommission, die die personalmäßig umfangreichste überhaupt sein wird, ergibt sich daraus, daß hier z.B. die DDR aus jeder Hauptverwaltung der beiden Maschinenbauministerien mindestens einen oder zwei Planungsexperten entsenden muß, analoges gilt für die anderen inbetracht kommenden Teilnehmerstaaten.

Fachkommission für Konsumgüterproduktion

Sitz dieser Kommission soll einmal S e f i a werden. Es existieren bisher weder die Kommission noch ihr Büro. Die Bildung liegt noch weit zurück, was vor allem auch daran liegt, daß das Gastland bis jetzt überhaupt nicht in der Lage war, einen geeigneten Vorsitzenden zu benennen.

Fachkommission für Landwirtschaft

Ein Beschluß über die Bildung dieser Kommission ist rechtswirksam noch nicht gefaßt, sondern die Bildung dieser Kommission im Stadium der Erörterung belassen worden. Vorgesehen ist, daß in dieser Kommission nicht nur die Fragen der Entwicklung der Wirtschaft (Landwirtschaft) und ihre schwerpunktmäßige Ausrichtung behandelt werden sollen, sondern vor allem auch hier die Fragen der Wasserwirtschaft, Flußregulierungen, Kanalbauten und Konstruktionen von Hebewerken erörtert werden sollen. Man ist sich jedoch im Egv absolut darüber im klaren, daß derartige Projekte die Möglichkeiten des Ostblocks bei weitem übersteigen, daß man schon mit dem jetzigen Planungsvorhaben nicht zu Rande kommt und daher die Arbeit einer solchen Fachkommission kaum eine reale Basis hätte.

Die Fragen der Landwirtschaft sind deswegen nicht diskutabel, weil sie in politische Grundprobleme des Stalinismus eingreifen und deshalb nur von allerhöchsten Spitzen behandelt werden.

- 54 -

Allgemeines

Inbezug auf die Fachkommissionen resp. die ständigen Büros ist der gegenwärtige Stand der Dinge so, daß die drei Kommissionen in Moskau, ferner die Kommission für Maschinenbau in Prag und die Kommission für Chemie in Berlin ihre praktischen Arbeiten aufgenommen haben. Die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich augenblicklich alle Länder gegenübersehen und die zu den großen Differenzen und Verzögerungen bei der Ausarbeitung der neuen Fünfjahrpläne führten, brachten mit sich, daß man auch hier langsam tritt.

Y. Die 8. Tagung (Volltagung) des EGV in Warschau Juni 1957

Die 8. Ratstagung stand im Zeichen der Ereignisse des Jahres 1956 in Ungarn und Polen und wurde hauptsächlich auf Betreiben der Polen einberufen. Seit Anfang 1957 wurde sie von den Russen hinausgezögert.

Den Polen ging es darum

1. entweder volle Klarheit in den Hilfslieferungen der Teilnehmerländer für den polnischen Steinkohlenbergbau zu erhalten oder
2. endgültig von der auf der 7. Tagung des EGV empfohlenen Produktionshöhe für Steinkohle und Nüttenkoks heruntersukommen.

Da diese Fragen auf Betreiben der Russen in den Monaten vorher in zweiseitigen Verhandlungen unter Regie Moskaus geklärt waren, trug diese Tagung nur formalen Charakter.

Da von vornherein feststand, was hierbei herauskam, ließ sich LEUSCHNER nicht abhalten in Urlaub zu geben, so daß von der DDR nur ein Acht-Mann-Delegation unter Leitung von SEIBMANN und GREGOR nach Warschau fuhr.

Die Tagung verlief in sehr einfachem Rahmen und dauerte kaum drei Tage.

Es standen folgende Punkte zur Diskussion und es wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

a) Fragen der Planreduzierung - Rohstoffmangel im Ostblock

Die Frage der sich suspenzenden Materialverknappung und die Einsicht, daß an der Rohstofflage die von der 6. und 7. Sitzung des EGV empfohlenen Planziele scheitern würden, bildeten den Anlaß, die 8. Tagung nach Warschau einzuberufen. Ganz konkret stand inzwischen fest, daß die Empfehlungen der 7. Tagung inbezug auf die Höhe der Produktion und Versorgung der Teilnehmerstaaten in den Grundrohstoffen Kohle, Stahl, Chemie, große Ausrüstungen und Energie nicht einzuhalten waren. So stand im Mittelpunkt der Diskussionen zunächst die Frage der Reduzierung der Pläne, die Koordination dieser Reduzierungen und vor allem auch die Möglichkeit Wege zu finden, die gesetzten Ziele wenigstens noch

noch annähernd zu erreichen.

Das Ergebnis läßt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen: Der Standpunkt der einzelnen Länder mußte notwendigerweise akzeptiert werden. Die Beschlüsse der 7. Ratstagung blieben weiterhin als Empfehlung aufrechterhalten, jedoch wurde ein Protokoll als Ergänzung hinzugefügt, welches von vornherein diejenigen Produktionen aufzählte, deren Höhe sich nicht in der gewünschten Weise entwickeln ließ. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß die Tagung letztlich wie das Hornberger Schießen auslief und der RgW in den entscheidenden Zielsetzungen vor den objektiven Schwierigkeiten, insbesondere der Materialknappheit, kapitulierte.

b) Die Wirtschaftshilfe für Polen und Ungarn

Die Hineinnahme dieses Tagesordnungspunktes war an sich völlig überflüssig, da es sich hier um längst laufende oder zumindest schon längst rechtswirksam beschlossene Maßnahmen handelte. Der Punkt kam nur aus psychologischen Gründen auf die Tagesordnung. Um nicht den Eindruck des Scheiterns und der Ohnmächtigkeit des RgW an den objektiven Gegebenheiten aufkommen zu lassen, wurde Wert darauf gelegt, ein paar Punkte zu haben, in denen konkrete realisierbare Beschlüsse gefaßt werden konnten. So wurde hier beschlossen:

wirtschaftlicher Kredit der DDR an Polen,
wirtschaftlicher Kredit der SU an Polen,
Warenlieferungen und Kredit der CSR, DDR und SU
an Ungarn.

c) Bericht der DDR-Delegation über die westeuropäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, das Euratom-Projekt und Beschlüßfassung

Zweifelschne auf Initiative der Russen erstattete ein Vertreter der DDR-Delegation Bericht über den Aufbau und die Arbeitsweise der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und in gleicher Weise über das Euratom-Projekt. Das Ziel der Berichterstattung war, einen Beschluß zu fassen, der allen Teilnehmern des RgW Verpflichtung auferlegt, in keiner Form bei diesen westlichen Organisationen mitzuarbeiten. Beschluß wurde gefaßt.

d) Vorstoß der DDR zugunsten der Leipziger Messe - faktische Ablehnung eines Beschlusses

Auf der 8. Tagung in Warschau versuchte die DDR-Delegation einen Beschluß durchzusetzen, wonach allen Teilnehmerstaaten des RgW die Teilnahme an westlichen Messen, d.h. die Beschickung derartiger Messen, untersagt werden sollte. Der Zweck dieses Vorgehens der DDR lag darin, die sinkende Bedeutung der Leipziger Messe aufzufangen und Leipzig zum wichtigsten Handelszentrum des Ostblocks zu machen. Nicht zuletzt richtete sich der Antrag auch gegen Polen, weil die steigende Bedeutung der Posener Messe in letzter Zeit mit deutlichem Mißfallen gesehen wird. Der Beschluß der DDR stieß jedoch bei allen übrigen Sitzungsteilnehmern auf Widerstand und es kam hierüber zu erheblichen Debatten,

50X1-HUM

die zum Teil recht scharf geführt wurden. Schließlich einigte man sich auf eine Empfehlung, die den Teilnehmerstaaten erlaubte, Beobachterdelegationen auf die westlichen Messen zu schicken. Damit hätte die DDR ihr Ziel verfehlt. Ein Beschluß war nicht zustande gekommen und die Empfehlung berührt die rechtlichen Maßnahmen der Mitgliederstaaten nicht.

e) Wirtschaftliche Sorgen der Balkanländer

Zu diesem Punkt standen eine Reihe von Wünschen der Balkanländer auf der Tagesordnung, die sämtlich die Abnahme ihrer landwirtschaftlichen Überproduktion betrafen. Es handelt sich hier nicht um Lebensmittel schlechthin, da heute die Balkanländer im Gegensatz zu früher über keine Überproduktion mehr verfügen, sondern um bestimmte Erzeugnisse die weder im eigenen Land noch im kapitalistischen Ausland absetzen waren. Zu diesen Gütern, über deren Absatz innerhalb der RgW-Staaten verhandelt wurde, gehören vor allem Obst, Weine, Tabake, Zigaretten und mindere Qualitäten an Leder und Häuten.

Auch hier wurde nur empfohlen, diesen Ländern bei Abschluss der zweiseitigen Abkommen durch stärkere Abnahme dieser Produkte zu helfen, was kaum sichtbare Ergebnisse zeitigen wird.

Der Stand der Dinge nach der 8. Tagung des RgW

Im Augenblick ist die Abhaltung einer neuen Vollsitzung des RgW noch nicht erkennbar. Auf den Vollsitzungen wurden hierüber keine Beschlüsse gefaßt, so daß die Entscheidung wohl im Büro in Moskau fällt.

Die Teilnehmerstaaten arbeiten zur Zeit ihre Fünfjahrpläne selbständig aus, wobei sie versuchen die Zielsetzungen, wie sie auf Parteitag und Parteikonferenzen 1956/57 proklamiert wurden, wenigstens teilweise zu erreichen.

Die Frage der Abstimmung der einzelnen Produktionsweige innerhalb des Ostblocks wird in den Fachkommissionen weiter beraten und behandelt.

Der gegenwärtige Stand der Plankoordinierung im Ostblock

Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Plankoordinierung des RgW auf lange Sicht angelegt ist und im wesentlichen Ergebnisse in naher Zukunft nicht zu erwarten sind, somit auch keine einschneidenden Maßnahmen für die Industrieproduktion der Teilnehmerstaaten.

In bezug auf die DDR wurde eine Koordinierung insoweit erzielt, als zunächst einmal diejenigen Produktionen stillgelegt werden sind, für die ohnehin kein Material vorhanden ist. Es sind dies:

Schwere Walswerkausrüstungen

Die Produktion hat die SU übernommen.

**Schwere Pressen über 6.000 Tonnen
die Produktion hat die SU übernommen.**

**Schwere Lastwagen, schwerste Transportfahrzeuge
und große PKW
die Produktion hat die SU übernommen.**

**Inbesug auf Polen wurde eine Koordinierung insoweit erzielt,
als analog der DDR aus gleichen Gründen hier eingestellt wurden:**

**Energiemaschinen
die Produktion hat SU und DDR übernommen.**

**Ausrüstungen für Braunkohletagebau
die Produktion hat SU und DDR übernommen.**

**Für Polen haben sich inzwischen noch andere Probleme ergeben.
Schon seit der Budapester Tagung des RgW ist deutlich erkennbar,
daß Polen versucht seinen eigenen Kurs zu fahren und seine
eigenen Interessen wahrzunehmen. Die Polen denken im besonderen
nicht mehr daran, ihre Kohle gegen minderwertige oder kaum
benötigte Waren der anderen Ostblockpartner einzutauschen
und verlangen harte Devisen oder diejenigen Waren, die sie
im Interesse ihrer Volkswirtschaft vorrangig benötigen. Wie
weit es ihnen gelingt, diese Politik in Zukunft zu verfolgen,
hängt entscheidend von der Haltung des Westens ab. Aus eigener
Kraft kann Polen diesen Weg nicht gehen. Seine wirtschafts-
politischen Schwierigkeiten sind so groß, daß es die Hilfe
des Westens braucht oder wieder bedingungslos dem Kurs Moskaus
folgen muß.**

**In der DDR wird die Frage der Plankoordination in der
nächsten Zeit ein wichtiger Faktor der politischen Agitation
auf der untersten Ebene werden. Schon jetzt fangen die Partei-
sekretäre der Betriebe, deren Produktion aus Rohstoffgründen
stillgelegt werden muß oder auskufft, damit an, den betroffenen
Belegschaften das Plan- und Materialdilemma der DDR als
"Kooperation des sozialistischen Lagers" schmackhaft zu machen
und jede derartige Betriebsstilllegung wird wohl in naher Zukunft
propagandistisch mit den Phrasen drapiert werden:
"Kooperation des sozialistischen Lagers - Der sozialistische
Internationalismus in Aktion". (Hiersu später noch ausführlicher)**

**VI. Die politische Sonderstellung der DDR im RgW - Das
Problem der Teilung Deutschlands bleibt unberücksichtigt**

Die DDR als Satellit Moskaus

**Trotz formeller Gleichstellung ist die Stellung der DDR im
RgW völlig anders als die der anderen Teilnehmerstaaten.
Während nicht nur Polen, sondern auch die anderen Teilnehmer-
staaten, heute in weitgehendem Maße und energisch versuchen
ihre eigenen Interessen zu vertreten, fährt die DDR i m m e r
mit der SU auf gleichem Kurs.**

Dieses Verhältnis der DDR zur SU hat zwei Seiten, einmal dokumentiert es die völlige politische Abhängigkeit der DDR von Moskau, zum anderen aber auch, und dies in zweifellos überwiegender Weise, sieht die DDR hieraus seit längerer Zeit ihre Vorteile und wird wirtschaftlich von der Sowjetunion weit mehr als alle anderen Ostblockstaaten gestützt. Es muß an dieser Stelle völlige Klarheit darüber herrschen, daß seit mehreren Jahren von Ausbeutung der Sowjetzone durch die Sowjetunion nicht mehr gesprochen werden kann, sondern daß ganz zweifellos die Sowjetunion immer und immer wieder mit Krediten, Warenlieferungen und Streichungen von Schulden der DDR beispringen muß, um den absoluten Staatsbankrott zu verhindern und die politische Doktrin von der Existenz zweier deutscher Staaten aus übergeordneten politischen Gründen aufrecht erhalten zu können.

Diese besondere Situation der DDR mit ihrer ständigen Unterstützung durch die Sowjetunion muß im RgW verschleiert werden. Ein Mittel hierzu ist, daß vor jeder Vollsitzung des RgW zunächst einmal eine Abstimmung zwischen SU und DDR stattfindet, um so in gleicher Richtung vorzugehen. Bei diesen Abstimmungen wird ferner genau ausgehandelt oder festgelegt, was von irgendwelchen Lieferungen seitens der SU an die DDR offiziell im Rat resp. im Sekretariat bekannt werden darf. Während bei allen übrigen Teilnehmerstaaten diese Dinge einigermaßen bekannt sind, sind sie im Verhältnis zwischen DDR und SU absolut verschleiert und werden wie gesagt vor den Ratssitzungen für die Bekanntgabe abgestimmt. Der Grund liegt darin, daß vonseiten der SU gefürchtet wird, daß auch die übrigen Teilnehmerstaaten mit entsprechenden Wünschen und Forderungen an die SU kommen, die diese dann nicht erfüllen kann und will. Bei Ungarn und vor allen Polen dürfte das jetzt schon eingetreten sein.

Einige konkrete Beispiele aus der jüngsten Praxis des RgW sollen zur Erläuterung des Verhältnisses SU und DDR hier geschildert werden.

Die Frage der polnischen Kohlenlieferung

Diese Frage lieferte ein typisches Beispiel, wie sich die SU und DDR auf den Ratssitzungen die Bälle gegenseitig zuwerfen. Die Polen hatten sich im Sommer 1956 auf der Berliner Ratstagung geweigert, die Aufgabe des verstärkten Ausbaus ihres Steinkohlenbergbaus zu übernehmen und die Lieferungsquoten an die übrigen Ostblockländer zu erhöhen. Natürlich hatte man mit dieser Weigerung der Polen gerechnet und die Sowjets hatten einen Gegenschug vorbereitet. Unklug wäre es gewesen, wenn der Vertreter der Sowjetunion selbst die Forderung der Sowjetunion vertreten hätte, da die Polen dann kaum zum Nachgeben bereit gewesen wären. So erhielt SELBMANN den Auftrag, sozusagen als neutraler Dritter, auf der Ratstagung ein umfangreiches Referat über die Situation im polnischen Steinkohlenrevier und die Möglichkeiten seiner Entwicklung zu halten. SELBMANN war hierzu besonders geeignet, als er ja nicht nur Minister für Erdbergbau und Hüttenwesen ist, sondern auch aus dem schlesischen Steinkohlenrevier kommt. Zusätzliche Informationen

erhielt er von der sowjetischen Botschaft. Da die Russen ja auch ihre Berater in Polen hatten, war das sehr einfach und SELBMANNS Bericht hatte sozusagen "den neuesten Stand". Um die Polen zu täuschen war die Rede so gehalten, als wüßte das SELBMANNS alles von zurückgekehrten Deutschen. Das Referat überzeugte die übrigen Teilnehmerstaaten davon, daß Polen durchaus die Möglichkeit zur Erhöhung der Steinkohlenförderung hätte - und so war es nicht die Sowjetunion, sondern die DDR, die die sowjetische Wirtschaftspolitik in Polen durchzusetzen versuchte.

Die DDR als Schaufenster des Ostblocks

Auch dieses Beispiel gehört in diesen Zusammenhang, hat jedoch mehr negative Beweiskraft. Auf der letzten Ratstagung versuchte die DDR die Sowjetunion dazu zu bringen, die DDR als Schaufenster des sozialistischen Lagers auszustatten. Den letzten entscheidenden Versuch hierzu unternahm ULBRICHT bei dem Besuch CHRUSTSCHOW'S, der dies jedoch nicht zusagte. Es besteht kein Zweifel, daß die Sowjetunion eine derartige Maßnahme gerne durchführen würde. Sie übersteigt aber einfach ihre Möglichkeiten. CHRUSTSCHOW war daher objektiv nicht in der Lage, das Wort vom Schaufenster des sozialistischen Lagers auszusprechen. Besonders die prekäre Situation in Polen zwang die Sowjets in bezug auf Unterstützung der DDR äußerst vorsichtig voranzugehen. (Auch hierzu wird später noch einiges gesagt).

Die Verschuldung der DDR

Zu diesem Punkt bedarf es einiger einführender Bemerkungen. Selbst die höchsten Staatsfunktionäre der DDR verfügen über kein genaues Zahlenmaterial und versuchen sich nur ungefähr in dem ganzen Nebel ein einigermaßen klares Bild zu machen. Fest steht etwa das:

Am Ende des ersten Fünfjahresplanes wäre die DDR mit einer abnorm hohen Schuldenlast in den zweiten Fünfjahrplan gegangen. Diese Schulden wurden von der Sowjetunion einfach gestrichen, wobei man als Motiv für dieses politisch notwendig gewordene Stützungsaktien (um nämlich eine Basis für weitere neue Kredite zu gewinnen) einfach die bisherigen Lieferungen der Wismut-AG rückwirkend höher bewertete und so die Bilanzen zu Anfang 1956 ausglich.

Aber in den ersten beiden Jahren des zweiten Fünfjahresplanes, also 1956 und 1957, schlitterte die DDR erneut in eine hohe Verschuldung hinein, die durch langfristige Kredite der Sowjetunion abgedeckt wurde. Nach Schätzungen muß sich die gegenwärtige Verschuldung der DDR auf

etwa 2,5 Milliarden Rubel in freier Währung belaufen. Bis Ende des zweiten Fünfjahresplanes wird die Verschuldung den gegenwärtigen wirtschaftlichen Status und

die unbestätigten Plansiffern zugrundelegend auf etwa
7 Milliarden Rubel

anwachsen. Dies ist gerade die Summe, die die Sowjetunion der DDR als Kredit versprach. Es handelt sich de facto gar nicht um einen echten Kredit, sondern um eine von den sowjetischen Experten vorher ausgerechnete und bezifferte Unterstützungsaktion ihres Satelliten. An echtem Kredit ist die SU in der Lage höchstens 300 - 350 Millionen Rubel pro Jahr zu geben. Für 1957 sind auch 350 Millionen Rubel zugesagt, während die DDR 1,2 bis 1,5 Milliarden Rubel benötigte.

Wichtig ist bei der Schuldenangelegenheit folgendes: Alle damit in Zusammenhang stehenden Fragen regelt ULBRICHT mit CHRUSTSCHOW persönlich. Es gibt hierüber keine schriftlichen Abmachungen. Es gibt nur Mitteilungen von ULBRICHT, daß aufgrund der und der Aussprachen mit CHRUSTSCHOW die SU die Zahlungsbilans mit der DDR als ausgeglichen ansieht, welche mit dem 1.1. ... folgenden Stand ausweist ... (dann werden nur einige Eckzahlen angegeben). Diese Zahlen werden dann alleingültig zugrunde gelegt, ungeachtet der eigenen Berechnungen.

Es liegt die Vermutung nahe, daß die Russen die Schuldenpesten insgeheim belassen für den "Fall aller Fälle" und damit vielleicht später versuchen, das wiedervereinigte Deutschland nachträglich zu belasten, falls die Wiedervereinigung, aus was für Gründen auch immer, nicht im Sinne der Russen vor sich gehen sollte. Es besteht kein Zweifel, daß sich ULBRICHT zu einer solchen Gaunerei zu jeder Zeit hergibt. Für das Verhältnis DDR-SU sind die Schulden unwichtig und bilden für keine Seite einen Grund zur Beunruhigung. Wenn die Bilanz der DDR unausgeglichen ist, wird die Schuld nachträglich in einen langfristigen Kredit umgewandelt und bildet stets Anlaß zu einer erneuten "Freundschaftskampagne". Über die Begleichung der Schulden ist nirgends gesprochen oder gar geschrieben worden.

Das Problem der Teilung Deutschlands bleibt unberücksichtigt

Die Koordinierungsmaßnahmen der Ostblockstaaten, insonderheit also die Konzentration auf einzelnen Fertigungsprogramme, werfen die naheliegende Frage auf, ob hierbei die DDR in vollem Umfang und ausschließlich als Ostblockstaat behandelt oder ob auf deren Sonderstellung als Teil Gesamtdeutschlands Rücksicht genommen wird.

Sowohl in den Sitzungen der Plankommission als auch in den Materialien des RgW ist niemals und an keiner einzigen Stelle mit der Möglichkeit einer zukünftigen Einheit Deutschlands gerechnet worden. Die DDR wird in vollem Umfang als besonderer deutscher Staat und bleibender Bestandteil des Ostblocks be-

handelt. Persönliche Äußerungen LEUSCHNER's über diese Frage laufen dahingehend, daß er die Wiedervereinigung als eine Frage des Aufbaus der DDR ansieht. Das heißt, je schneller es gelingt, die DDR über das westdeutsche Niveau zu heben und somit als wirkliches Beispiel für Gesamtdeutschland auszubauen, um so eher wird es zur Wiedervereinigung kommen. Nach seiner Schätzung ist das in den nächsten 20 Jahren jedoch nicht zu erreichen, weil nicht nur vorher die SU erst noch wirtschaftlich erstarren müsse, sondern vor allem China. Diese Wiedervereinigung kann nach kommunistischer Ansicht nur ein gesamtdeutsches SED-Regime zur Folge haben.

VII. Die politische Problematik im RgW

Die Sicherung der beherrschenden Rolle der Sowjetunion

Nach der Struktur des RgW sind alle Teilnehmerstaaten in der Vollsitzung gleichberechtigt. Auch der Aufbau der ständigen Einrichtungen wie, Sekretariate und Kommissionen, bringt die formale Gleichberechtigung zum Ausdruck. Andererseits besteht kein Zweifel, daß der RgW ein Instrument der sowjetischen Politik ist. Mit der Darstellung der Struktur und Arbeitsweise des RgW in den vorhergehenden Ausführungen ist das Thema nicht erschöpft und nicht in seinem Kern getroffen. Eine der wichtigsten Fragen muß also lauten: In welcher Weise, durch welche Methoden und durch welche Apparate sichert die Sowjetunion ihren Einfluß und die Einhaltung ihrer politischen Linie im RgW?

Hier sind vor allem drei Faktoren zu nennen, mit denen die Verhandlung der Sowjetunion im RgW ausreichend gesichert wird.

Die diplomatischen Vertretungen der SU in den Ostblockländern

Das Außenministerium der DDR und in gleicher Weise die Außenministerien der übrigen Teilnehmerstaaten, sowie die von ihnen gesteuerten diplomatischen Vertretungen haben mit der Gesamtarbeit des RgW nicht das geringste zu tun. Sie haben insbesondere keinerlei Einfluß auf personelle Besetzung der ständigen Einrichtungen, auf die Tagesordnung und Verhandlungsrichtung. Sämtliche internationalen Kontakte in bezug auf diesen Bereich laufen über die Plankommissionen der Teilnehmerstaaten und die Leiter der ständigen Büros der Länder in Moskau. In bezug auf die DDR ist die dortige Botschaft in keiner Weise informiert und kommt mit diesem ganzen Fragenkomplex überhaupt nicht in Berührung.

Dies gilt z.B. insbesondere auch für die finanzielle Seite (im Übrigen siehe hierüber später). Die Finanzierung des Moskauer Büros der DDR ist bei der Plankommission eingeplant, die hierfür über einen bestimmten Rubelbetrag verfügt. Nicht einmal in der Bezahlung der im Ausland tätigen Angestellten der Plankommission richtet man sich nach den Sätzen der Außen- und Außenhandelsministerien, und die im Ausland

- 63 -

und Desorganisation der Wirtschaft dieser Länder. Allein darauf kommt es an, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit, die Notwendigkeit immer wieder um Kredite, Unterstützungen, Schuldenmoratorien usw., nachzusuchen, ganz automatisch zur Abhängigkeit und zur Unterwerfung unter die sowjetische politische Linie führt.

Hinszu kommt, daß sich die DDR und alle Satellitenstaaten nur mit Hilfe sowjetischer Bajonette aufrecht erhalten lassen und die militärische Abhängigkeit noch größer ist, als die wirtschaftliche.

Die ideologisch-dogmatische Position der Sowjetunion

Will man die beherrschende Stellung der Sowjetunion im RgW verstehen, so kann man an dem Faktum des einfach gegebenen ideologisch-dogmatischen Vorrangs der Sowjetunion nicht vorbeigehen. Es handelt sich hier um Dinge, die nirgends statutenmäßig oder geschäftsmäßig oder organisatorisch festgelegt zu werden brauchen. In den Teilnehmerstaaten, wie der DDR, CSR und den Balkanländern, ist die Sowjetunion in der Ideologie das Vaterland der Werktätigen, dasjenige Land, in dem der Sozialismus aufgebaut ist, derjenige Staat, von dem alle anderen zu lernen haben. Aus dieser Mentalität heraus resultiert eine absolute Unterordnung unter die Wünsche der Sowjetunion. Es vergeht keine Woche, in der nicht LEUSCHNER und MIROSCHNITSCHENKO stundenlange Diskussionen und Beratungen führen, und es gibt keine Rede, keine Äußerung und keine Weisung von nur halbwegs allgemeiner Bedeutung, die LEUSCHNER nicht im Politbüro und MIROSCHNITSCHENKO abstimmt.

Die Masse der Altkommunisten im Partei- und Regierungsapparat war deshalb ehrlich über GOMULKA erzürnt, nur weil er, wie sie sagten "klüger sein wolle als die Sowjetführer" und so etwas ist eben nach ihrer Ansicht überhaupt nicht möglich.

Die politisch-dogmatische Position der SU spielt bei der DDR sogar eine ganz besondere Rolle. Es gibt keine kommunistische Partei, die so bedingungslos und absolut hinter Moskau steht, wie die SED. Hierin liegt das besondere "Verdienst" ULBRICHT's. Wolfgang LEONHARD schildert in seinem Buch "Die Revolution entläßt ihre Kinder", daß er bei der Verlagerung des Kominform-Büros erstaunt war darüber, wieviel Material von den deutschen Kommunisten dort lagerte. Die KPD war hierin allen anderen Parteien um Nasenlängen voraus. Daran hat sich bis heute nichts geändert. GROTEWOHL sah sich Anfang 1957 gezwungen, alle im diplomatischen Dienst der DDR Beschäftigten zusammenszunehmen und ihnen zu sagen, daß sie sich auch deshalb "Botschafter" nennen, um ihrer Regierung B o t s c h a f t e n aus den Länder z u ü b e r m i t t e l n , in denen sie sich befinden, und zwar solche, die nicht in den Zeitungen stehen, das könne er selbst lesen. Dieser Hinweis richtete sich hauptsächlich an die Adresse des DDR-Botschafters in der SU. Die gutgläubigen

- 64 -

SEDianen kommen nie von sich aus auf den Gedanken, nach den Hintergründen eines Beschlusses der KPdSU zu forschen. Sie nehmen alles für "bare Münze" was von Moskau amtlich gesagt wird. Von Botschaftern der Volkdemokratien kann man dagegen behaupten, daß sie sehr viel zur Plankommission und zu den Ministerien gehen und zu bestimmten Problemen Fragen stellen. Die DDR-Botschafter aber schicken nur Zeitungsausschnitte ohne Kommentare und dazu meist sogar noch unübersetzt.

China

China ist juristisch gesehen nur beratendes Mitglied im RgW und tritt auf den Vollsitzungen nach außen hin nur als beobachtender Teilnehmer auf. Der chinesische Vertreter resp. die chinesische Delegation verzichtet auf eigene Vorschläge und ist nicht im Sekretariat in Moskau vertreten. Es gibt keinerlei Anzeichen, daß etwa ein chinesischer Antrag auf Vollmitgliedschaft abgelehnt würde. Die als sehr realistisch bekannten Chinesen kennen den formalen Charakter des RgW zu genau und sparen diese Kosten. Sie regeln ihre Probleme direkt mit Moskau.

Dennoch genießt China gegenüber den anderen Beobachterstaaten eine bevorzugte Stellung. Diese kommt nicht zuletzt durch eine intensive Unterstützung der chinesischen Wünsche durch die Sowjetunion zum Ausdruck, wobei nach außen hin keineswegs immer erkennbar ist, daß es sich um die Unterstützung der chinesischen Wünsche handelt, sondern die Sowjetunion tritt scheinbar in eigener Sache und in eigenem Interesse auf.

Im einzelnen offenbart sich die vorrangige Stellung Chinas im Verhältnis zu den anderen Beobachterstaaten im RgW in folgenden Faktoren:

Teilnahme an den Fachkommissionen

China ist der einzige Beobachterstaat, der im Gegensatz zu den übrigen in allen denjenigen Fachkommissionen Beobachter hat, an denen es irgendein Interesse hat.

Technische Dokumentation an China

Die Frage der Asulieferung technischer Dokumentation ist eines der heißesten Eisen in der ganzen Arbeit des RgW. Hier ist nun absolut evident, daß gerade in diesem Punkt China durch die Sowjetunion stark unterstützt wird, was schon wiederholt zu erheblichem Ärger zwischen der Plankommission und WIZ einerseits und den Betrieben als Ersteller der Dokumentation andererseits geführt hat.

Auf die Frage der sogenannten Internationalen Zusammenarbeit (Stellvertreterbereich Georg HENKE) soll im Nachfolgenden an dieser Stelle etwas näher eingegangen werden, da gerade diese Frage erstens weitere Tatsachen über die Beherrschung des RgW durch die SU und zum anderen für das Zusammenspiel China und SU bietet.

50X1-HUM

Nun gibt es zwar keine schlüssigen Beweise dafür, daß die SU von ihr angeforderte Dokumentation, ohne dies vorher abgesprochen zu haben, an China weitergibt (weil es im ganzen Ostblock niemandem einfallen würde und dazu gar keine Möglichkeit vorhanden wäre, die Zusammenarbeit SU-China auch nur im geringsten zu prüfen), jedoch gibt es hinreichende Verdachtsmomente, die einen solchen Schluß zwingend nahelegen. In der jüngsten Zeit hat hier der Fall der Dokumentation über ein feinmechanisch-optisches Werk erhebliches Aufsehen erregt. Eine solche Dokumentation umfaßt den Bau und die Gesamtanlage des Werkes, seine technische Ausrüstung bis in alle Einzelheiten und die genauesten Unterlagen über die aufzunehmende Fabrikation. Technische Dokumentation ist also die Auslieferung des gesamten geistigen Besitzes eines Werkes an den interessierten Staat.

Die Sowjetunion hatte die DDR nun um die technisch-wissenschaftliche Dokumentation für ein feinmechanisch-optisches Werk ersucht und auch erhalten. An der Anforderung bestimmter Experten zum Aufbau eines derartigen Werkes vonseiten der chinesischen Volksrepublik, stellte man in der Plankommission nun plötzlich fest, daß die fragliche Dokumentation offensichtlich an China ausgeliefert sein mußte.

Der zuständige Stellvertreter für diesen Bereich der Plankommission, HENKE, trug den Fall LEUSCHNER vor, der jedoch nur sehr geringes Interesse hierfür zeigte. Er machte sich kaum Notizen und hat nicht einmal gewagt, die Dinge im Politbüro zur Sprache zu bringen, oder bei MIROSCHNITSCHENKO anzusprechen.

Der Fall regte sowohl in der Plankommission als auch darüberhinaus im Ministerium für Maschinenbau erhebliches Aufsehen, als es sich bei dem Werk um die Zeiß-Werke in Jena handelt, deren Fabrikation in der Perspektive nunmehr in China aufgebaut werden soll. Dabei ist die DDR ständig bemüht die Zeiß-Produkte im Osten abzusetzen, weil im kapitalistischen Ausland durch technischen Rückstand keine Möglichkeit mehr besteht.

In anderen Fällen der Fragen der WIZ machen die Sowjets von ihrer beherrschenden Stellung insoweit Gebrauch als sie die Auslieferung, nicht nur an China, sondern auch an andere Ostblockstaaten "empfehlen". LEUSCHNER versteht derartige Empfehlungen absolut richtig als Befehle. Grundsätzlich sträubt man sich, wissenschaftlich-technisches Material auszuliefern und Verhandlungen hierüber unter den Teilnehmerstaaten gestalten sich dann immer recht schwierig. Vornehmlich bei China kommt es dann immer sehr schnell zu einer Empfehlung, die Dokumentation vollständig auszuliefern oder leihweise zu überlassen.

tätigen RgW-Mitarbeiter, ganz gleich welchen Landes, sind allgemein besser besoldet als die Mitarbeiter im diplomatischen Dienst.

Diese Ausschaltung des diplomatischen Apparates, also der politischen Vertretungen der Länder, gilt für alle Teilnehmerstaaten des RgW mit Ausnahme der Sowjetunion. Gerade bei der Sowjetunion ist hier eine wesentliche Änderung zu verzeichnen, die mit dem völlig anderen Charakter ihrer diplomatischen Vertretungen in den Satellitenstaaten zusammenhängt.

Die Sowjetunion hat in allen Botschaften einen Berater des Botschafters für Wirtschaftsfragen. In der Berliner Botschaft ist dies

M I R O S C H N I T S C H E N K O ,
gleichzeitig Stellvertreter des Botschafters
PUSCHKIN (Stellvertreter für Wirtschaftsfragen).

Im Gegensatz zu der Praxis der übrigen Teilnehmerstaaten, ihre diplomatischen Vertretungen nicht zu unterrichten, wird der sowjetische Wirtschaftsberater bei der Botschaft über alle Fragen genau informiert. (Fragen des RgW).

In der DDR wird die Stelle des wirtschaftlichen Beraters der Botschaft, also die korrespondierende Position zu MIROSCHNITSCHENKO, eingenommen von

C H O M J A K O W ,
Ch. ist der ehemalige Leiter der Wirtschafts-
abteilung der SKK (Sowjetische Kontrollkommission)
und gilt als ein besonders guter Kenner der wirtschaftlichen Situation der DDR, war früher Partner für Leuschner in der SKK.

Über ihre Botschaften nehmen die Sowjets nun unmittelbaren Einfluß auf die Chefs der Plankommissionen und über diese mittelbar und damit beherrschenden Einfluß auf die Beschlussfassung im RgW. LEUSCHNER weiß, daß er über alle Punkte, die auf die Tagesordnung der Ratstagung kommen sollen, vorher mit MIROSCHNITSCHENKO Rücksprache zu nehmen hat. Erst dann geht der Vorschlag, einen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, als Weisung an das Länderbüro nach Moskau. Auch über die Behandlung der Punkte erfolgt regelmäßig eine Abstimmung mit den Sowjets.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Ostblockstaaten von Moskau

Wohl alle Ostblockländer (inbesug auf DDR nicht mit Sicherheit bekannt) sind bei der Sowjetunion erheblich verschuldet. Sie sind des weiteren in Rohstoff- und Lebensmittellieferungen heute von der Sowjetunion absolut abhängig. Dies gilt auch für Länder, die wie die Balkanstaaten früher eine aktive Lebensmittelbilanz hatten. Die Ursachen für die wirtschaftliche Abhängigkeit brauchen hier nicht erörtert zu werden. Sie sind das Ergebnis der sowjetischen Politik

Ständige Delegation von DDR-Beratern in China

Die Sonderstellung, die China im RgW einnimmt, ist nicht neueren Datums, wohl aber läßt sich sagen, daß seit STALINS Tod oder vielleicht auch seit der Ära CHRUSTSCHOW's die Unterstützung Chinas mit Hilfe des RgW sehr forciert worden ist.

Im Sommer 1952 mußte die DDR auf Maoskaus Direktive hin eine Delegation von Wirtschaftsexperten in Stärke von etwa Fünf Mann für ca. 6 Wochen nach Peking entsenden. Leiter dieser Delegation war damals ZILLER.

Der Auftrag war in dieser Form ein glattes Täuschungsmanöver. Bereits nach einem halben Jahr war die Delegation 30 Mann stark und inzwischen ist daraus ein ständiges Büro, angelehnt an die Botschaft der DDR in Peking, geworden. Aus der Delegation hat sich eine ständige Kommission entwickelt, die der Plankommission der DDR untersteht. Die Betreuung dieser Gruppe ist Aufgabe und Verantwortungsbereich des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Dr. WITKOWSKI, welche diese Aufgabe mit ihrer Funktion als Vorsitzende der ständigen WIZ-Sessien ferner Osten verbindet.

Die personelle Zusammensetzung der Delegation resp. der ständigen Kommission in China wurde 1956 geändert und das gesamte Personal ausgewechselt. Heute gehören der Kommission Leute aus der Plankommission der DDR, dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschenhandel und Planungsexperten aus den beiden Maschinenbauministerien an. Hauptaufgabe dieser Delegation ist es, den Chinesen bei der Entwicklung der Volkswirtschaftsplanung überhaupt und der Aufstellung von Entwicklungsplänen einzelner Wirtschaftszweige zu helfen.

China nicht Satellit der Sowjetunion

Auf der letzten Ratstagung in Warschau 1957 führte die DDR Beschwerde, daß einzelne Teilnehmer- und Beobachtungsstaaten des RgW in nicht genügendem Maße die wirtschaftlichen Interessen der befreundeten Länder befolgten und Dinge im kapitalistischen Ausland einkauften, die sie in gleicher Weise in der DDR erhalten könnten. Die DDR erinnerte hierbei daran, daß z.B. Erzeugnisse der feinmechanisch-optischen Industrie beim westdeutschen Pseudowerk von Zeiß - wie man sich ausdrückte - eingekauft würden. Außer anderen Ostblockstaaten war hier vor allem China gemeint.

Das politisch interessante Phänomen liegt jedoch in etwas anderem: Die Tatsache des Einkaufs der Ostblockstaaten beim westdeutschen Zeißwerk ist kein Novum und betrifft eigentlich sämtliche überhaupt in Betracht kommenden Staaten des Ostblocks. Sofern nun die DDR bei zweiseitigen Verhandlungen diesen Punkt zur Sprache brachte, pflegen

pfliegen sich die Delegationen dieser Länder sumeist unwissend zu stellen, auf die für sie nicht überblickbare komplizierte Situation der Zeiswerke in Ost und West hinzuweisen und ihren verfehlten Einkauf damit zu begründen. In Wirklichkeit weiß natürlich jeder, daß dies nur eine diplomatische Höflichkeitsformel ist und daß die Einkäufer sehr genau wissen, warum und was sie beim westdeutschen Zeiswerk kaufen müssen.

Anders als die Reaktionen dieser Ostblockstaaten war die Antwort des chinesischen Vertreters, der natürlich sehr genau verstand, worum es sich handelte. Er erklärte offen, daß bei bestimmten Waren der feinmechanisch-optischen Industrie, die China einkaufen müßte, die vom VEB Zeis in der DDR angebotene Qualität und der technische Stand dieser Erzeugnisse nicht ausreichend seien und man daher gezwungen sei, mit den westdeutschen Zeiswerken Vertragsabschlüsse zu tätigen und das so lange tun werden, bis die DDR-Produktion zumindest den gleichen Stand wie die Bundesrepublik erreicht habe. Einen ähnlichen Standpunkt nahmen sie auch in der Frage des Bezugs von Automobilen aller Sorten ein, wobei sie sich hier ja auch mit gegen die SU wandten, die bekanntlich ihre großen PKW schwer im Ostblock absetzen kann.

Polen

Eine stärkere Wahrnehmung der eigenen Interessen und eine deutlicher in Erscheinung tretende Selbständigkeit Polens gegenüber dem RgW oder genauer gegenüber der Sowjetunion, begann sich bereits auf der 6. Tagung des RgW Ende Oktober 1955 in Budapest abzuzeichnen. Dort merkten alle Teilnehmer bereits, daß Polen nicht mehr zu bewegen war, seine gesamte Steinkohlenförderung in Bausch und Bogen dem Wirtschaftsbereich des Ostblocks zur Verfügung zu stellen, sondern hartnäckig darauf bestand, über Teile dieser Produktion frei nach eigenem Ermessen verfügen zu können. In der damaligen Tagung in Budapest ging es bei den Diskussionen bezüglich der polnischen Steinkohlenlieferung überhaupt nicht um die Höhe oder um den Ausbau der polnischen Förderung, sondern ausschließlich um das Grund-satzproblem, die polnische Förderung insgesamt den Staaten des RgW zur Verfügung zu stellen. Es kam der Sowjetunion und den anderen RgW-Staaten darauf an, für die Eckzahlen zu ihren Fünfjahrplänen über das Gesamtkontingent der polnischen Steinkohlenförderung verfügen zu können.

Eine Einigung wurde wegen der polnischen Haltung nicht erzielt. Hier kam es denn zur Bildung einer internationalen Fachkommission für Kohle, die dann nach der 7. Tagung in Berlin in eine ständige Fachkommission umgewandelt wurde. Auch auf anderen Gebieten kam es zur Bildung einzelner solcher internationaler Kommissionen, die die Vorläufer der jetzigen ständigen Fachkommissionen waren.

Nicht zuletzt aufgrund der Arbeit dieser Fachkommissionen kam Polen auf die 7. Tagung nach Berlin mit einer festen Meinung und mit ganz konkreten sorgfältig vorbereiteten Vor-

schlagen. Dieser noch heute für Polen gültige Standpunkt läßt sich wie folgt präzisieren:

1. Die Polen beharren auf ihrer Auffassung, nur einen bestimmten festgelegten Anteil ihrer Steinkohlenförderung dem Wirtschaftsraum des Ostblocks zur Verfügung zu stellen. Die Auslieferung der Gesamtproduktion an den Ostblock, soweit er nicht im eigenen Lande gebraucht wird, kommt für Polen nicht in Frage.
2. Polen akzeptiert nicht die Vorschläge der internationalen Kommission in bezug auf die Höhe der Produktion resp. das Tempo der Entwicklung der polnischen Steinkohlenförderung. Es stimmt dieser Höhe nur zu, wenn die geforderten Kredite und Ausrüstungen gegeben werden, was inzwischen geschehen ist. Von der Realisierung dieser Zusagen hängt es jedoch ab, ob Polen wiederum seine Verpflichtungen einhält.

Sie verfolgen also jetzt die Politik "Zahn um Zahn - Auge um Auge".

Jugoslawien

Jugoslawien hat nach Berlin zur Vollsitzung des RgW nur einen Mann geschickt. Dieser hielt sich sehr zurück und blieb immer nur in der Rolle eines Beobachters. Nur bei einem einzigen Problem griff er in die Diskussion ein und meldete die Wünsche seines Landes an. Dabei handelte es sich um den Wunsch, Jugoslawien beim Ausbau einer Aluminiumindustrie zu helfen. In Jugoslawien sind reiche Bauxit-Vorkommen, so daß der Aufbau einer eigenen Aluminiumindustrie eine gute Basis hat.

Es wurde auf der Berliner Ratstagung auch noch die Frage eines europäischen Verbundnetzes für Elektroenergie angeschnitten, um die Kapazitäten insgesamt besser ausnutzen zu können. Auch hieran zeigten die Jugoslawen Interesse. Der Punkt wurde aber nicht in die Empfehlungen aufgenommen, da man sich von vornherein darüber klar war, daß diese Aufgabe keineswegs vor 1960 angefangen werden kann.

In bezug auf die Anwesenheit des jugoslawischen Vertreters ist noch ein anderes Faktum zu erwähnen. Der jugoslawische Vertreter war der einzige, der, wie schon oberhalb angeführt, ermächtigt war, in Diskussionen mit den einzelnen Vertretern der RgW-Staaten zu politischen Fragestellungen vorzudringen und der auch intensiv derartige Gespräche suchte.

Er hatte weiterhin den Auftrag mit der SED-Führung bestimmte politische Fragen zu beraten und hatte daraufhin eine etwa einstündige Unterhaltung mit SCHIRDEWAN im Hause des ZK, die jedoch keinen positiven Ausgang hatte, weil SCHIRDEWAN ULBRICHT's Urlaubsvertretung machte und ohne diesen nichts unternehmen wollte. Vorher hatte LEUSCHNER versucht den Jugoslawen bei GROTEWOHL anzubringen, der sich jedoch verleugnen ließ. Die Aussprache mit SCHIRDEWAN kam auch erst einen Tag vor der Abreise zustande und war wohl nur ein Höflichkeitsakt.

Vom Wirtschaftspolitischen her läßt sich in bezug auf die Stellung im RgW die jugoslawische Situation am besten folgender-

maßen skizzieren:

Vonseiten der Ostblockstaaten besteht wirtschaftspolitisch gesehen ein massives Interesse, Jugoslawien in die Wirtschaft des Ostblocks zu koordinieren und beim Ausbau seiner Industrie zu helfen. Jugoslawien ist reich an Bodenschätzen. Es verfügt über reiche Vorkommen an Buntmetallern, Kohle und verschiedenen anderen Rohstoffquellen, die gerade im Ostblockraum das materialmäßige Handikap für die Durchsetzung der Fünfjahrpläne bilden. Die Erschließung dieser Rohstoffe in Jugoslawien stößt nun indes wegen des gebirgigen Landes und der schlechten Transportverhältnisse auf enorme Schwierigkeiten und erfordert gewaltige Investitionen. Diese Investitionen zum Ausbau der jugoslawischen Industrie ist man natürlich nicht bereit ohne bestimmte politische Garantien zu geben.

Darüber hinaus hätte man Jugoslawien deshalb gern in die Wirtschaft des Ostblocks einbezogen, weil es ein "offenes Tor" nach dem Westen ist, durch das man ganz bestimmte Importe schleusen kann, die aufgrund der Embargobestimmungen den Russen und anderen Ostblockstaaten nicht verkauft werden. Dieses Ziel scheint jetzt erreicht zu sein. Der Westen sollte gerade diesen Fragen seine Aufmerksamkeit schenken.

SU - CSR - DDR

Wie bereits dargestellt, werfen sich die SU und die DDR die Bälle in den Ratstagungen zu. Das ganze Spiel zentralisiert sich um die Figur von MIROSCHNITSCHENKO, ohne den LEUSCHNER nichts unternimmt und unter dessen Leitung und Initiative er handelt. Der dritte Staat, der ebenfalls am besten für die Ziele der Sowjetunion zu benutzen ist, ist die CSR. Hierbei spielen SIMUNEK und CHOMJAKOW eine Rolle. SIMUNEK ist der Leiter der Plankommission der CSR. Er und LEUSCHNER arbeiten eng zusammen und sprechen viele Fragen miteinander ab. Die korrespondierende Figur zu MIROSCHNITSCHENKO ist CHOMJAKOW, der aus seiner früheren Tätigkeit in der DDR die Verhältnisse bestens kennt und SIMUNEK entsprechend leiten kann.

Die Frage, ob das Zusammenspiel der SU, DDR und CSR schon irgendwelche organisatorischen Formen angenommen hat oder ob es hierzu schon irgendwelche konkreten Anweisungen gibt, muß im ganzen negativ beantwortet werden. Immerhin vermag man ein Faktum anzuführen, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die unterschiedliche politische Situation der Teilnehmerstaaten im RgW zurückzuführen ist und ihr verschiedenes Verhältnis zur Sowjetunion evident werden läßt. Bis vor kurzem war es so, daß das Material, das von der Plankommission an den Ländervertreter der DDR in Moskau, O P I T Z, ging, von diesem an das Sekretariat des RgW weitergegeben wurde. Seit kurzem wird, ohne daß hierüber irgendwie eine Beschlußfassung in der Plankommission oder eine verwaltungsoffizielle Verlautbarung erfolgte, das wichtigste Material häufig mit der Weisung an OPITZ nach Moskau gegeben, das Material direkt dem Vertreter der SU zuzuleiten. In dieser die bisherige Geschäftspraxis ändernden Behandlung liegt eine gewisse Isolation Polens, das nun nicht mehr automatisch an allen Informationen der Teilnehmerstaaten des RgW teilhat.

Dagegen hat sich seit dieser Zeit die Verbindung mit Prag noch enger gestaltet, welches in solchen Fällen ausnahmsweise das Material direkt zugestellt bekommt. So etwas muß jedoch nicht allzu ernst genommen werden, da es meist subjektive Ursachen hat. Die gutgläubigen Kommunisten wollen nur auf Nummer sicher gehen, um nicht später kritisiert zu werden. Wenn sich nach einer gewissen Zeit herausstellt, daß sich die SU in ihren Beziehungen zu Polen nicht geändert hat, wird alles stillschweigend wieder nachgeholt und durch doppelte "Freundschaft" wieder gutgemacht.

Die Finanzierung des RgW

Als der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe gebildet wurde, waren die Büros in Moskau sehr klein. Dieses Anfangsstadium zog sich bis 1955 hin.

Die DDR hatte in dieser ersten Phase des RgW genau wie die anderen Teilnehmerstaaten nur ein sehr kleines mit insgesamt 5 Mann besetztes Büro in Moskau. Leiter des Büros war

H E N K E , Georg
jetzt Stellvertreter für Außenhandel und
internationale Zusammenarbeit in der
Plankommission,

ferner 2 Mitarbeiter und

2 Sekretärinnen.

Für diese Büros trugen die Plankommissionen der Teilnehmerstaaten lediglich die Gehälter in der Währung ihres Landes und auch die erforderlichen Rubelbeträge, ferner sorgten sie für die Ausstattung der Büros mit Arbeitsmaterial.

Alle anderen Kosten, vor allem Unterkunft und Autos, wurden von Moskau gestellt. Die Unterkunft erfolgte behelfsmäßig in der GOS-Plan. Dort war auch ein eigenes Sekretariat zur Betreuung dieser Ländervertretungen eingerichtet.

Dieses Stadium zog sich hin bis zur 6. Tagung des RgW in Budapest im Oktober 1955. Die Budapester Tagung war die erste, die in einem der Satellitenstaaten ausgetragen wurde, die fünf vorhergehenden Tagungen des RgW hatten sämtlich in Moskau stattgefunden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte auch Moskau sämtliche Kosten der Vollsitzungen getragen. Auch für die Budapester Tagung gilt noch, daß sie in einem äußerlich sehr einfachen Rahmen, einfach als routinemäßige Sitzung leitender Wirtschaftsfunktionäre aufgezogen war. Die Dauer betrug summiert zwei Tage, in denen die gesamte Tagesordnung abgewickelt wurde.

Dieser Status änderte sich schlagartig mit der Berliner Tagung im Sommer 1956. Um ein politisch propagandistisches Gegengewicht gegenüber den westeuropäischen Zusammenschlüssen der Hohen Behörde, Euratom-Projekt, Europarat usw. zu schaffen,

sahen sich die Sowjets gezwungen, die Vollsitzung des RgW nun mehr propagandistisch stärker als ein richtungsgebendes Ereignis und einen Tatbestand fundamentaler politischer Bedeutung herauszustellen. Hierin, und nur hierin liegen die Gründe, warum von der 7. Tagung an mit einem Mal die Vollsitzungen des RgW in das Licht der Öffentlichkeit gestellt wurden.

Die Kosten der Tagung in Berlin beliefen sich für die DDR auf rund 3/4 Millionen DM-Ost. Damit wurde die Frage der Finanzierung weiterer Tagungen und im Hinblick auf die Beschlüsse der weiteren Ausgestaltung des RgW seiner ständigen Büros usw. auch die Finanzierung dieser Institutionen akut. Die Sowjets fühlten langsam vor und brachten zunächst eine Beschlusvorlage ein, der DDR für die hervorragende Ausgestaltung der Tagung zu danken und ihr bezüglich der Kosten durch eine Umlage unter die Arme zu greifen. Bei dieser Vorlage hatte man von sowjetischer Seite ganz richtig darauf spekuliert - vielleicht auch in gewohnter Weise vorbereitet - daß nun von anderen Teilnehmerstaaten das Problem der Finanzierung grundsätzlich zur Sprache gebracht wurde. Gerade dies hatten die Sowjets gewollt.

Es wurde beschlossen, daß sich das ständige Sekretariat in Moskau mit der Frage der Finanzierung befassen sollte und Vorschläge auszuarbeiten hätte, nach denen die Finanzierung der Kosten des RgW den Teilnehmerstaaten nach Größe und Möglichkeiten aufzuerlegen sei. Der gegenwärtige Status ist so (auf der 8. Tagung in Warschau kam dieser Punkt nicht auf die Tagesordnung), daß das Sekretariat mit seiner Vorlage fertig ist und die Angelegenheit mit hoher Wahrscheinlichkeit auf der nächsten Vollsitzung des Rates rechtswirksam beschlossen werden dürfte. Dabei ist soviel sicher, daß die wirtschaftlich ganz schwachen Länder, wie Albanien und Ungarn, ohne Kostenbeteiligung durchgeschleppt werden, da sie keinerlei Belastungen mehr übernehmen können.

Die DDR hat im Haushalt für 1957 für die Finanzierung solcher internationalen Zusammenarbeit ausgeklammert:

300.000 Rubel.

Diese Haushaltssumme steht zur Verfügung für:

Ständiges Büro Moskau,
ständige Fachkommissionen
(soweit nicht Haushalt des Fachministeriums),
WIZ-Arbeit und
Wirtschaftsdelegationen in den Ostblockstaaten
(soweit nicht M A I).

Dieser Haushaltsposten deckt nicht eventuelle Vollaussagen des RgW und besagt auch nicht viel über die Gesamtkosten. Aus ihm werden im wesentlichen Personalkosten und evtl. in Rubel zu bezahlende Reisekosten gedeckt. Dabei muß erwähnt werden, daß WIZ ständige Einnahmen für Vergabe von Dokumentationen usw. hat, die zwar direkt an das Finanzministerium gehen, aber für WIZ die Garantie bietet, bei außergewöhnlichen Ausgaben, besonders Reisen usw. aus "seinem Fonds" neue Mittel anzusfordern, die (wenn überhaupt Rubelbeträge vorhanden sind) anstandslos bewilligt werden.

VIII. Die Hilfe für die sogenannten unterentwickelten Länder als politisches und wirtschaftliches Problem der RgW-Staaten

Die Hilfe als politisch-ideologisches Problem

Seitdem die Sowjetunion die DDR veranlaßt, sich an der Hilfe für die unterentwickelten Staaten zu beteiligen, ist eine politisch-ideologische Situation entstanden, die durchaus mit dem Problem der Reparationsverpflichtungen oder dem Problemkomplex der Zwangsexporte an die identisch ist.

Die Situation ist folgende:

Alle führenden Köpfe der Plankommission und die Wirtschaftsexperten in den beteiligten Fachministerien kennen die eigene katastrophale wirtschaftliche Situation der DDR. Sie wissen von der wachsenden Verschuldung gegenüber der Sowjetunion und von der Notwendigkeit durch immer neue Spritzen die DDR wirtschaftlich am Leben zu erhalten.

In der Plankommission kennen die Spitzenfunktionäre den Verlauf der Vollaussagen des RgW und wissen um die Plankürzungen und Hilfsaktionen die untereinander nötig sind, um überhaupt ein Mindestmaß der Planziele erreichen zu können. In dieser Situation mit Forderungen auf Unterstützung unterentwickelter Gebiete zu kommen, wird von vielen alsbarer Unsinn angesehen, ohne daß es deshalb in dieser Formulierung ausgesprochen wird.

So sind sich die Mitarbeiter der Plankommission darüber weitgehend im klaren, daß es sich bei der Hilfe für die unterentwickelten Länder um nichts weiter als eine Maßnahme im Interesse des sowjetischen Machtstrebens und der weltweiten sowjetischen Einnischung handelt.

Diese Gedanken sind nicht so kompliziert und die Erkenntnis nicht so schwierig, als das nicht auch untere Wirtschaftsfunktionäre aus der Kenntnis ihrer Teilgebiete heraus den völligen Nonsens derartiger Hilfsmaßnahmen erkennen könnten. So kommt es in der Plankommission und im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel manchmal zu grotesken Situationen. Auf Parteiversammlungen in der Plankommission im Frühjahr 1957 in Zusammenhang mit dem 30. Plenum des Zk forderten daher einzelnen Funktionäre der mittleren Verwaltungsebene die Parteiführung auf, zu dem Abschluß wirtschaftlich völlig unsinniger Verträge mit Ägypten Stellung zu nehmen und das Verhalten der verantwortlichen Funktionäre entsprechend zu tadeln. In diesen Fällen greifen dann LEUSCHNER, RAU oder

auch die Parteisekretäre in die Diskussionen ein und würgen die weitere Besprechung dieser Themen ab.

Ihnen ist natürlich bekannt, daß es sich gar nicht um das Versagen und die Unfähigkeit der DDR-Vertragspartner in den Außenhandelsorganen handelt, sondern daß hier sehr konkrete "Empfehlungen" von sowjetrussischer Seite vorliegen, aufgrund deren derartige Geschäfte praktisch als Befehlsangelegenheiten durchgezogen werden.

So gleicht politisch gesehen in der ganzen Plankommission das Thema "Verträge mit unterentwickelten Ländern" den Fragen der Reparationslieferungen und den SU-Regierungsaufträgen, d.h. es ist einfach tabu und wird nur hinsichtlich der praktischen, technischen Seite besprochen. Weil jeder die wirtschaftliche Unvermut und den politischen Hintergrund kennt, wird es nicht weiter diskutiert. Jeder hat noch den von ULBRICHT formulierten Grundsatz und die Definition des Antisowjetismus: "Der Antisowjetismus drückt sich darin aus, daß die Lieferungen an die SU nicht mit genügend Energie erfolgen und daß der SU-Export nicht absolut vorrangig behandelt wird." in Erinnerung.

Die schwierige Lage in der Energieversorgung der DDR ist hinlänglich bekannt, noch schlechter sieht es jedoch in der Versorgung mit Walzstahl aus. Ist es nicht ein unbeschreiblicher wirtschaftlicher Unsinn, wenn ausgerechnet die DDR Energieanlagen und Überlandleitungen an Ägypten und Öltanks nach Schweden liefert? Der politische Hintergrund dieser Maßnahmen ist zu auffällig, zumal in diesen konkreten Fällen die Weltmarktpreise erheblich unterboten wurden und von vornherein feststand, daß diese Aufträge zu enormen Zuschlagsgeschäften werden müßten.

Initiative und Führung der Sowjetunion

Als unterentwickelte Länder im Sinne dieses Kapitels gelten Ägypten, Syrien, Indien, Ceylon, Indonesien und der Sudan. Nicht hierher gehören diejenigen unterentwickelten Länder, die schon als Beobachterstaaten beim EGW teilhaben und in der Sprachregelung des Ostblocks zu den sogenannten sozialistischen Ländern gehören. (Nordkorea, Vietnam).

In den obengenannten unterentwickelten Länder besitzt man die Sowjetunion diplomatische Vertretungen oder ständige Missionen. Über diese Missionen die Staaten ihre Wünsche auf Unterstützung. Diese Wünsche beziehen sich in aller Regel auf die folgenden Punkte:

1. Lieferung von Waren des allgemeinen Konsums,
2. Lieferung von industrieller Ausrüstung,
3. Gewährung von langfristigen Krediten,

- 74 -

4. Überlassung von Spezialisten mit technisch-wissenschaftlichen oder volkswirtschaftlich-planwirtschaftlichen Kenntnissen,
5. Überlassung von technischer Dokumentation,
6. Lieferung von Studien-, Ausbildungs- und Fortbildungsmaterial (Schulbücher, wissenschaftl. Literatur usw.),
7. Gewährung von Studienmöglichkeiten in Ostblockländern.

Mit diesen Wünschen kommt, soweit es die DDR betrifft, der Stellvertreter für Wirtschaftsfragen in der Sowjetbotschaft zu LEUSCHNER oder meistens zu RAU (weil diese Fragen vorwiegend über den Außenhandelsapparat abgewickelt werden), um dann die eine oder andere Empfehlung zu geben.

Ende 1956 machte MIROSNITSCHENKO LEUSCHNER mit dem Sohn des ceylonesischen Ministerpräsidenten bekannt und empfahl, diesen und zwei Experten Gelegenheit zu Studien in der Plankommission zu geben. Der Vertreter Ceylons hielt sich mit zwei Experten ca. 14 Tage in der Plankommission auf und beschäftigte sich hier vor allem mit planmethodischen Fragen und mit dem Problem der Organisation der statistischen Abrechnung.

An das Sekretariat des RgW oder an das ständige Büro in Moskau gehen keine derartigen Anfragen oder zumindest ist die Einschaltung dieser Gremien des RgW in den Komplex der Hilfe an die unterentwickelten Länder noch sehr gering. Wohl aber findet eine Information der RgW-Staaten auf zweiseitigem Wege, untereinander, statt. So informieren die Vorsitzenden der Plankommission die übrigen RgW-Staaten über bestimmte an sie herangestrangene Wünsche, wenn in eigenen Ländern Möglichkeiten zur Erfüllung absolut nicht gegeben sind. LEUSCHNER wurde von SIMONEK (Plankommission CSER) darüber informiert, daß Ägypten den Bau eines kompletten Textilwerkes wünschte. Die DDR griff die Sache auf und hat auch tatsächlich an Ägypten unterbreitet. Sie kam indes nicht zum Zuge, da die Ägypter den Auftrag an die Bundesrepublik vergaben. Die Bundesrepublik lieferte zu günstigeren Bedingungen, in besserer technischer Konzeption und mit sichereren Terminen.

Organisatorische Fragen

Über eine irgendwie geartete Organisation der Hilfe an die unterentwickelten Länder im Rahmen des Ostblocks etwa im Anlehnung an den RgW oder dergleichen ist nichts bekannt. Es scheint allerdings so, als wenn es auf Parteiebene irgendwelche organisatorische Formen gibt. Im Politbüro ist RAU für alle Fragen der unterentwickelten Länder verantwortlich und hält insoweit enge Verbindung nicht nur mit der sowjetischen Botschaft in Berlin, sondern auch mit der Moskauer Parteizentrale. Die häufigen Reisen von RAU nach Asien und Afrika (die letzten größeren Reisen fanden Ende 1955 und im Frühjahr

- 75 -

32-9-28

50X1-HUM

- 75 -

1956 statt) stehen mit diesem Aufgabenbereich in Verbindung. Desgleichen die gegenwärtige Reise nach Ägypten.

Hilfe der DDR für Ägypten

Ende 1955 oder Anfang 1956 kamen die Sowjets mit einer Liste ägyptischer Wünsche, die MIROSCHNITSCHENKO LEUSCHNER und RAU vorlegte. Noch im Januar 1956 entsandte, dem Ägyptischen Wunsch entsprechend, die DDR eine Beraterdelegation nach Kairo. Anfänglich sollte die Delegation etwa 6 bis 8 Wochen zur Beratung in Planungsangelegenheiten dort sein, in Wirklichkeit ist sie noch immer dort und zu einer ständigen Einrichtung geworden. Der Delegation gehören an:

Leiter: B A R T E L
Hauptabteilungsleiter im Ministerium
f. Außenhandel und Innerdeutschen Handel

Stellv. Leiter: M Ö K E , Siegfried
Staatliche Plankommission -
Fachexperte für Planmethodik

6 weitere Mitarbeiter aus dem Außenhandelsapparat der DDR (MAI und DIA's),

und ein Mitarbeiter der Hochschule für Ökonomie.

Die rechtliche Stellung dieser Delegation ist der oberhalb beschriebenen China-Delegation identisch. Ihre Betreuung und allgemeine Aufsicht in der Plankommission wird von dem 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Plankommission, Kurt G R E G O R , ausgeübt.

Die Aufgabe der Delegation lautet, für Ägypten den Rohentwurf zum Vorschlag eines Volkswirtschaftsplanes zu erstellen. Offiziell bezahlen die Ägypter die Kosten der Delegation, jedoch werden ihnen nur die Effektivkosten, soweit sie in Ägypten anfallen, in Rechnung gesetzt. Weiterlaufende Gehälter in den Dienststellen trägt die DDR.

Die Arbeit der Delegation gestaltet sich recht kompliziert. Die Ägypter haben nicht nur die DDR-Delegation als Berater genommen, sondern es sind mindestens auch eine polnische und tschechische Delegation vorhanden. Ferner werden ständig jugoslawische, amerikanische und Wirtschaftsexperten der Bundesrepublik zu Rate gezogen.

Vonseiten der Delegation werden nun häufig ägyptische Wünsche an die DDR übermittelt, wobei zwei Komplexe vor allem im Mittelpunkt standen:

1. Studium ägyptischer Studenten in der DDR,
2. Lieferung eines Kraftwerkes einschließlich Leitungen und Überlandzentrale.

Beide Punkte sind realisiert, wobei der Widersinn des zweiten schon herausgestellt wurde. Das wird noch besonders unterstrichen bei der Betrachtung der ägyptischen Gegenlieferungen.

- 76 -

- 76 -

Ägypten liefert Baumwolle, die im gesamten Ostblockraum an sich dringende Mangelware ist. Gebraucht wird vor allem die langstaplige Faser, die aber die Ägypter auch anderweitig auf dem Weltmarkt loswerden, deshalb liefern sie nur einen geringen Teil der langstapligen Qualität und in großer Menge solche Faser, die sie sonst nicht absetzen können.

Zusammenfassend muß zu diesem Problem gesagt werden, daß die DDR auch hier der treueste Vasall Moskaus ist. Kein anderer Staat des Ostblocks drängt im Interesse des Sowjet-Imperialismus seine eigenen Belange so in den Hintergrund wie die DDR. Man möge hier einwerfen, daß die DDR so handelt um international salonfähig und anerkannt zu werden. Dem muß man jedoch entgegen halten, daß sie dann genauso großzügig gegenüber anderen Staaten sein könne, die ebenfalls Hilfe nötig haben wie z.B. Israel, wo sogar aufgrund der unseligen deutschen Vergangenheit ein begründeter Anlaß vorläge. Das paßt jedoch nicht in die sowjetische Konzeption und deshalb ist daran nicht zu denken.

- 77 -

- 77 -

T E I L B

Die gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme und die jüngsten strukturellen Veränderungen als Folge der ökonomischen Schwierigkeiten des gesamten Ostblocks**I. Die politischen Probleme der SED bei der Fertigstellung des 2. Fünfjahresplanes der DDR**

Aus dem in Teil B geschilderten Problemen ist bereits ersichtlich, daß der Ostblock bei der Ausarbeitung und Koordination der neuen Fünfjahrpläne in eine Sackgasse geraten ist.

Für die Ostzone ist die Lage kurz geschildert folgende:

Es gibt im 2. Fünfjahrplan für die gesamte Entwicklung der ostzonalen Wirtschaft keinen nennenswerten Fortschritt. Alle Kraft muß 1957 und auch in den nächsten Jahren darauf gerichtet werden, den gegenwärtigen wirtschaftlichen Stand, besonders den Lebensstandard, zu h a l t e n ! Alle groß angekündigten Maßnahmen wie Abschaffung der Lebensmittelkarten, Einführung der neuesten Technik, Automatisierung und Rationalisierung der Produktion, Rekonstruktion des gesamten Maschinenbaus und der Leichtindustrie, Modernisierung der Landwirtschaft, Verdoppelung des Wohnungsbaues und zusätzlicher Bau von noch 100.000 Wohnungen, sowie die 50%ige Steigerung der Arbeitsproduktivität sind infrage gestellt, bzw. lassen sich nicht durchführen.

Wie entwickelte sich das Dilemma?

Die politische Richtschnur des 2. Fünfjahresplanes

Dem Adenauerbesuch in Moskau 1955 folgte der Besuch einer Partei- und Regierungsdelegation der DDR. Anlässlich dieses Ereignisses erhielt die DDR zum wiederholten Male die Souveränität und darüberhinaus die Zusage weiterer Kredite, sowie die Rückgabe der letzten SAG-Betriebe ab 1.1.1956.

Bei dem in Moskau stattfindenden Empfang für die DDR-Delegation hatte sich CHRUSTSCHOW zu seiner Äußerung vom sogenannten "Schaufenster" des Ostblocks hinreißen lassen. Die Äußerung wurde von verschiedenen Zeitungen wiedergegeben, die parteiantliche Prawda brachte sie jedoch nicht. Aus Kreisen von GOS-Plan (SABUROV) hatte LEUSCHNER in Erfahrung gebracht, daß eine solche Schaufensterpolitik die Kraft der SU übersteigen würde. CHRUSTSCHOW war jedoch zukunftsreich und das

- 78 -

- 78 -

veranlaßte ULBRICHT für den 2. Fünfjahrplan sehr hohe Ziele stellen zu lassen.

Nach der Rückkehr der Delegation wurde unter Leitung von ULBRICHT eine sogenannte ZK-Kommission für die Ausarbeitung des 2. Fünfjahrplanes gebildet. In ihr waren die leitenden Funktionäre der Plankommission, die Produktionsminister (soweit SED), die Wirtschaftsbearbeiter aus dem Apparat des ZK, Leiter wichtiger Großbetriebe, volkseigener Güter und LPG-Bauern, Wirtschaftsbearbeiter der Bezirke und einige Wirtschaftswissenschaftler vertreten. Die Kommission war etwa 30 bis 35 Mann stark. Von ihr erging die Direktive an die Plankommission eine genaue Analyse des wirtschaftlichen Standes der Bundesrepublik auszuarbeiten und den 2. Fünfjahrplan so aufzustellen, daß bis 1960 das Niveau Westdeutschlands erreicht und teilweise überschritten wird.

Gleichzeitig erhielt die Plankommission eine neue Struktur in welcher der Aufbau der Perspektivplanung vorgesehen war und die im wesentlichen der augenblicklichen Struktur entspricht. STRASSENBERGER wurde zum 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission für Perspektivplanung ernannt und an seine Stelle als Stellvertreter für Schwerindustrie und Bau in der laufenden Planung rückte WEISER. Die Struktur der Plankommission ist seit dieser Zeit fast unverändert geblieben und sieht folgendermaßen aus:

A. LEUSCHNER, Bruno

Vorsitzender

ihm unterstehen

**A - Unterstellungsbereich
LEUSCHNER**

1. Sekretariat der Staatl. Plankommission (seit 1957 gleichzeitig auch Wirtschaftsrat)

B - Perspektivplanung

2. Bereich RgW mit Büro in Moskau (OPITZ) und Verbindungsbüro in der Plankommission (PESCH)

**C - Laufende Volkswirtschaftsplanung
(Jahrespläne)**

3. Bereich für Verteidigungsfragen und Regierungsaufträge Oberstleutnant SLAFOSCH, seit März 1957 Generalmajor FREYER (Mitglied der Plankommission)

4. Presseabteilung

5. Kaderabteilung

6. Verschlusssachenabteilung

7. seit 1.1.1957 Allgem. Verwaltung

B. STRASSENBERGER, Paul

1. Stellvertreter für Perspektivplanung, verstarben 1956, seitdem

GREGOR, Kurt

ihm untersteht direkt die Hauptabtlg. Koordinierung der Perspektivpläne
Leiter: OENISCH, Alfred (Mitglied der Staatl. Plankommission),

ihm unterstehen weiter die Stellvertreterbereiche:

- 79 -

50X1-HUM

- 79 -

I. Noch unbesetzt

Stellvertreter des Vorsitzenden der
Staatl. Plankommission mit den
Gebieten:

HA Kohle und Energie
HA Metallurgie
HA Chemie
HA Maschinenbau
HA Verkehr, Post- u. Fernmeldewesen
HA Bauwirtschaft
HA Leichtindustrie
HA Lebensmittelindustrie

II. Noch unbesetzt

Stellvertreter des Vorsitzenden der
Staatl. Plankommission mit den
Gebieten:

HA Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
HA Handel und Versorgung
HA Außenhandel
HA Örtl. Wirtschaft, Kultur, Volks-
bildung und Gesundheit
HA Investitionen, Finanzen, Arbeits-
kräfte
HA Regionale Planung
Abtlg. Lebensstandard

G. Dr. WITKOWSKI, Grete

1. Stellvertreter des Vorsitzenden
der Staatl. Plankommission für
Laufende Volkswirtschaftsplanung
ihr unterstehen direkt die

1. HA Koordinierung des Jahres-Volks-
wirtschaftspläne
Leitung: FALKNER, Günter (Mitglied
der Plankommission)

2. HA Materialwirtschaft (wird s.St.
aufgelöst)
Leitung: BINZ, Alfred (Mitglied
der Plankommission)

ihr unterstehen ferner:

I. MEISER, Hugo

Stellvertreter des Vorsitzenden der
Staatl. Plankommission mit den Ge-
bieten:

HA Kohle und Energie
HA Metallurgie
HA Chemie
HA Bauwirtschaft

- 80 -

- 80 -

II. MILLER, Erich

Stellvertreter des Vorsitzenden der
Staatl. Plankommission mit den
Gebieten:

HA Schwermaschinenbau
HA Allgemeiner Maschinenbau
HA Verkehr
Abt. Post- und Fernmeldewesen

III. HIRKE, Walter

Stellvertreter des Vorsitzenden der
Staatl. Plankommission mit den
Gebieten:

HA Leichtindustrie
HA Lebensmittelindustrie
HA Handel und Versorgung
HA Lebensmittelbilanzen

IV. JASCHKE, Erich

Stellvertreter des Vorsitzenden der
Staatl. Plankommission mit den
Gebieten:

HA Landwirtschaft
HA Forstwirtschaft
Abt. Erfassung und Aufkauf
Abt. Wasserwirtschaft

V. DUSCHEK, August

Stellvertreter des Vorsitzenden der
Staatl. Plankommission mit den
Gebieten:

HA Örtliche Wirtschaft (wird z. St.
aufgelöst)
Abt. Anleitung der Bezirke
Abt. Kultur
Abt. Volkabildung
Abt. Hochschulwesen und Verteilung
der Hochschulkader
Abt. Gesundheitswesen

VI. HENKE, Georg

Stellvertreter des Vorsitzenden der
Staatl. Plankommission mit den
Gebieten:

HA Außenhandel
HA Wirtschaftliche und technisch-
wissenschaftliche Zusammenarbeit
(WTZ)

VII. Dr. LANGE, Friedrich

Mitglied der Staatl. Plankommission
mit den Gebieten:

HA Investitionen
HA Finanzen und Staatshaushalt
HA Arbeitskräfte
HA Preise

- 81 -

- 81 -

Der Stellenplan wurde von ca. 700 auf über 800 Stellen erhöht und das Finanzministerium erhielt die Anweisung die Haushaltssumme der Plankommission zu erhöhen. Da die neuen Mitarbeiter jedoch nicht so schnell zu finden waren und deshalb der Bereich Perspektivplanung nicht arbeitsfähig wurde, mußte die gesamte Plankommission in die Ausarbeitung der Direktive für den 2. Fünfjahrplan eingespannt werden.

LEUSCHNER wurde im Herbst 1955 zum stellvertretenden Ministerpräsidenten befördert und die Regierung bildete wieder solche Kommissionen wie sie bereits 1952/53 bestanden hatten und zwar:

Unter Leitung von	SELMANN	für Industrie, Bau und Verkehr
"	"	" OELSSNER " Leichtindustrie, örtliche Wirtschaft und Handel und
"	"	" SCHOLZ " Land-, Forst- und Wasserwirtschaft.

SELMANN und OELSSNER wurden ebenfalls zu stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Diese Kommission sollten der Plankommission alle noch operativen Aufgaben abnehmen, damit diese die notwendige Ruhe für die Ausarbeitung des 2. Fünfjahrplanes erhielt.

In dieser Zeit wurden die Plankommission und auch die Fachministerien mit "Westmaterialien" jeglicher Art förmlich überschüttet. In allen Hauptabteilungen wurden resignierte Zukunftspläne ausgearbeitet. Überall wurde nur die Frage gestellt: **W a s m ü s s e n w i r s c h a f f e n u n d n i c h t w a s k ö n n e n w i r !**

Von der Kommission ULBRICHT kam die ausdrückliche Anweisung nicht danach zu fragen **w o** kommt die Hilfe her und **w i e** lassen sich diese Ziele überhaupt verwirklichen, sondern umfassend und mit allem nur denkbaren Optimismus ein großes Zukunftsbild zu "malen".

Die Skepsis bei allen Planern gegenüber der Realität eines solchen "Zukunftsbildes" war jedoch so groß, daß sich LEUSCHNER auf anraten des ZK und der Parteileitung der Plankommission bewegen sah, vor den Mitarbeitern der Planungsorgane ein besonderes politisches Referat über die Kraft des sozialistischen Lagers zu halten. Er zitierte dabei seitenlange Aussprüche von Lenin und ermutigte die Planer, daß sie "träumen" sollten von den großen Möglichkeiten, die die internationale Zusammenarbeit eröffne und daß sich diese Träume in großen Planperspektiven ausdrücken müßten.

In dieser Atmosphäre entstand die Direktive der III. Parteikonferenz der SED für den 2. Fünfjahrplan, die im März 1956 beschlossen wurde.

- 82 -

- 82 -

Ratstagung von Budapest wirft erste Schatten voraus

In diese Zeit hinein fiel die Budapester Ratstagung (Okt./Nov. 1955). Hier zeichnete sich schon ab, daß die Warnungen SABUROV's sehr ernst zu nehmen seien. Der DDR-Delegation wurde in Budapest schon klar, daß zu diesem riesigen Fünfjahrplan wie er z.Zt. in der Plankommission ausgearbeitet wurde niemals die Materialien in voller Höhe kommen würden.

Besonders die Polen zeigten mit aller Deutlichkeit, daß sich ihre Steinkohlenförderung nicht weiter erhöhen ließe, ja daß sogar mit einem Rückgang zu rechnen sei, wenn der polnischen Kehlindustrie nicht eine ganz besondere Hilfe gegeben würde. Die Polen führten aus, daß in den Steinkohlenrevieren von Oberschlesien bereits dreischichtig und in Sonn- und Feiertagsarbeit geschaffelt würde. Sie betonten weiter, daß ein hoher Prozentsatz der Arbeitskräfte im polnischen Steinkohlenbergbau Strafgefangene seien, aus denen keine höhere Leistung herausgeholt werden könne. Außerdem würden laufend Soldaten eingesetzt, wodurch auch unter dem Militär eine schlechte Stimmung entstanden sei, was nicht zuletzt durch die Zusammenarbeit mit den Strafgefangenen noch gefördert würde. Als wichtigsten Grund führten sie jedoch an, daß in den von den Deutschen übernommenen Gruben und auch in den alten polnischen Bergwerken sowohl während des Krieges als auch in der ganzen Nachkriegszeit keinerlei Investitionen und nur unbedeutende Generalreparaturen durchgeführt wurden, so daß die Anlagen in äußerst schlechtem Zustand sind und sich selbst bei Lösung des Arbeitskräfteproblems (es wurde angeregt aus anderen Ländern Strafgefangene und Zwangsarbeiter nach Polen zu entsenden) keine Produktionssteigerung ermöglichen lasse.

Obwohl sie in Berlin diese Warnungen wiederholten, setzten sich die Politiker darüber hinweg, man bildete lediglich die Expertenkommission, überließ diese wichtigen Mahnungen einfach der Zukunft und die einzelnen Länder rechneten nach wie vor mit dem von ihnen gewünschten Zahlen über polnische Steinkohlenlieferungen.

ULBRICHT negiert die Tatsachen

Als LEUSCHNER von Budapest zurückkam, trug er seine Bedenken ULBRICHT vor. Dieser nahm den Bericht jedoch überhaupt nicht zur Kenntnis, beharrte auf den mündlichen Zusagen CHRUSTSCHOW's und ließ die Arbeit der Fünfjahrplankommission in gleicher Weise weiterlaufen.

Der 2. Fünfjahrplan beginnt ohne Plan

Inzwischen ging das Jahr 1955 zu Ende und der Plan für 1956 mußte an die Betriebe herausgegeben werden. Dieser war nun schon ein Teil des neuen Fünfjahrplanes, welcher weder beschlossen noch fertig ausgearbeitet war. Obwohl die internatio-

- 83 -

- 83 -

nale Abstimmung erst begonnen hatte und sowohl von der Sowjetunion als auch von den übrigen Ostblockstaaten noch keinerlei verbindliche Lieferzusagen über die wichtigsten Rohstoffe und Materialien bestanden, stellte der Plan für 1956 sehr hohe Ziele.

Die hauptsächlichste Steigerung lag bei den Investitionen, welche gegenüber 1955 rund 50 % betrug, d.h. ein Anstieg von ca. 6 Milliarden 1955 auf über 11 Milliarden 1956. Den größten Anteil hatten die Ausrüstungen für die Schwerindustrie und den Maschinenbau, sowie der Wohnungsbau, welcher um über 40 % gesteigert werden sollte.

Da für diesen riesigen Plan die besondere Hilfe der SU notwendig war, verfaßte WILBRICHT wieder seinen typischen Bittbrief an CHRUSTSCHOW und BULGANIN.

Diese Briefe hatten fast immer den gleichen Wortlaut. Sie begannen mit "teuerste Genossen" und brachten zunächst eine Aufzählung der politischen und wirtschaftlichen "Erfolge" der SED und der DDR.

Danach begann eine Schilderung der politischen Aufgabenstellung, wobei der Inhalt der letzten ZK-Beschlüsse wiedergegeben wurde. Es wurde anschließend betont, daß diese politische Aufgabenstellung ganz besondere wirtschaftliche Maßnahmen nach sich ziehe, da in der DDR aufgrund ihrer besonderen Lage und ihrer "offenen Flanke" gegenüber dem Westen, der wirtschaftliche Fortschritt die unbedingte Voraussetzung für weitere politische Erfolge sei.

Daß dies die SED-Führung richtig einschätzte wurde dann damit begründet, indem die hohen Ziele des neuen Planes geschildert wurden. Hiernach kam man zum eigentlichen Sinn des Briefes und brachte zum Ausdruck, daß jedoch die Realisierung dieser Ziele die ökonomische Kraft der DDR übersteige und die DDR daher die besondere Hilfe der brüderlichen SU notwendig habe.

Mit einer untertänigen Bitte um wohlwollende Prüfung des Schreibens und der Sowjetunion im voraus ihren besonderen Dank aussprechend, schloß man dann ohne nicht zu verstümen den "teuren Genossen", sowie dem ZK der KPdSU die Führung des sozialistischen Lagers anzuerkennen und ihnen ein langes Leben und weitere Erfolge zu wünschen.

Als Anlage wurden die Wunschlisten, spezifiziert nach Material-, Waren- und Devisenhilfe beigelegt, die Ende 1955 besonders umfangreich waren.

Dieses Schreiben wurde lange Zeit nicht beantwortet. Die Gründe hierfür mögen darin liegen, daß die Russen ihren XX. Parteitag vorbereiteten und selbst mitten in dieser Arbeit an der Aufstellung des neuen Fünfjahresplanes steckten. Dennoch

- 84 -

- 84 -

wurde der Plan für 1956 mit der hohen Aufgabenstellung herausgegeben, wobei man jedoch versichtlich genug war ihn noch nicht in der Volkskammer beschließen zu lassen. Das wurde damit begründet, es mit dem Beschluß über den 2. Fünfjahrplan nachholen zu wollen. Beides ist bis heute noch nicht geschehen.

Es trat aber etwas anderes ein:

Wie vorausgesehen war schrieben alle Ministerien nach Material und Geld. Die Materiallücke konnte keineswegs geschlossen werden, dagegen wurden die Finanzmittel ohne Rücksicht auf ihre Deckung im Staatshaushalt bewilligt mit dem Hinweis, zunächst alle die Arbeiten zu beginnen, für die keine "Baugasmaterialien" benötigt werden. Das waren Ausschachtungs- und Fundamentierungsarbeiten für neue Objekte, besonders im Wohnungsbau. SEELMANN machte den ersten Spatenstich im Kombinat "Schwarze Pumpe" und in den Städten zeichnete sich ebenfalls ein großes Bauprogramm ab. Hierbei traten auch noch keine besonderen Schwierigkeiten auf. Die eigentlichen Sorgen kamen erst später.

Der Einfluß des XI. Parteitag der KPdSU

Inzwischen fand der XI. Parteitag der KPdSU statt und als ULBRICHT aus Moskau zurückkehrte wurde die Direktive für den 2. Fünfjahrplan der DDR in unveränderter Aufgabenstellung, in wahren Sinne des Wortes, zusammengeschnürt und rollte auf der III. Parteikonferenz mit großsprecherischen Worten über die Bühne. Da ein wichtiger Leitsatz des XI. Parteitages für die nächsten Fünfjahrpläne "die wirtschaftliche Einholung und Überholung des Westens" war, wurde ULBRICHT in seiner Ansicht noch bestärkt und so erhielt die Fünfjahrplandirektive sogar noch einige Zusätze. Hier sind besonders zu erwähnen, die Förderung des ehnehin um 40 % höheren Wohnungsbau noch um weitere 100.000 Wohnungen zu steigern, sowie die chemische Industrie noch stärker zu entwickeln als schon vorgesehen war.

Die 7. Ratstagung in Berlin im Mai/Juni 1956 offenbarte das Mitlemma. Da sich ULBRICHT jedoch während dieser Zeit in der SU im Urlaub befand und hierbei wahrscheinlich auch mit CHERVITSCHOW zusammen kam, war nach seiner Rückkehr auch das Ergebnis der 7. Ratstagung für ihn noch immer kein Grund von den hohen Zielen abzugehen.

Es hat den Anschein, daß die politische Situation in der Moskauer Parteiführung die gleiche war. SABUROV, der damals führende Wirtschaftsfunktionär hat seine Bedenken bestimmt in ähnlicher Weise wie LEUSCHNER vorgebracht. Daß er damit einfach an die Wand gedrückt wurde, beweist nicht nur sein späterer Sturz sondern auch die Tatsache, daß bei den Regierungs-

- 85 -

- 85 -

verhandlungen zwischen der DDR und der SU (16. und 17.7.1956 in Moskau) die großzügige Hilfsaktion der Russen erneut betont und die 7,5 Milliarden Rubel als Kredit versprochen wurden. Der Plankommission war die Unmöglichkeit dieser Hilfe damals schon klar. Das Wirtschaftsbarometer zeigte schon ein "Tief" an, während die Politiker noch blind die Überholung des Westens predigten.

(Es sei hier nur eingefügt, daß die interkontinentale Rakete und der Sputnik keinen anderen Zweck haben als diese wirtschaftliche Schwäche zu verdecken und dem eigenen Gemessen Mut zu machen. War das nicht auch der eigentliche Sinn von den Hitler-V-Waffen? Wirklich entscheidend war beides nicht - letztlich auch der Sputnik nicht!)

Das vom 27. bis 29. Juli 1956 durchgeführte 28. Plenum des ZK der SED unterstrich daher nochmals die Direktive der III. Parteikonferenz und betonte ganz besonders das Versprechen über die Aufhebung der Rationierung im Jahre 1957 und die Erreichung des Weltniveaus der Technik.

Die "illegale" Ratstagung

Inzwischen waren die Erschließungsarbeiten für die in Angriff genommenen Investitionsobjekte soweit gediehen, daß nun die erforderlichen Materialien zur Stelle sein oder zumindest schnellstens anrollen mußten. Da das nicht der Fall war, sandte das ZK eine Kommission unter Leitung von LEUSCHNER, welcher RAU, OELSSNER, SELEMANN, RUMPF, fast alle Stellvertreter von LEUSCHNER und weitere 25 bis 30 Planungsexperten aus der Plankommission und den Ministerien angehörten nach Moskau. Diese fanden dort ähnliche Delegationen aus den übrigen Ostblockstaaten vor. Alle versuchten bei den Russen herauszuholen, was Herauszuholen ist und hatten dieselben Probleme wie die DDR. Man sprach von einer "illegalen" Ratstagung.

Die Deutschen waren die längste Zeit in Moskau. Ihr Besuch dauerte ca. 3 Wochen. Ganze Kisten von Planungsunterlagen und sonstigen Schriftstücken wurden mitgenommen und laufend neue Experten und Spezialisten nachgeholt und zurate gezogen. Der Erfolg war jedoch sehr gering. Schließlich flog auch ULLRICHT noch nach Moskau ohne ebenfalls mehr zu erreichen als die schon dort weilende Delegation.

Mit besonders negativem Ergebnis scheinen die Polen nach Hause geschickt worden sein. Denn spontan ließen die polnischen Steinkohle- und Kokslieferungen nach. Sie gingen sogar unter die Mindestlieferungen, die Polen auf der 7. Ratstagung in Berlin zugesagt hatte, zurück. Die Polen begründeten die Maßnahme damit, daß sie aufgrund der Posener Ereignisse, sowie anderer Unruhen, den Kohlebergleuten suggerieren mußten einen Teil der Kohlelieferungen selbst an das westliche Ausland zu verkaufen, um dafür Qualitätsgüter und solche Produkte, die der Ostblock nicht liefern kann, nach Polen einzuführen. Außerdem gaben sie an, die Sonn- und Feiertagsarbeit eingestellt zu haben.

- 86 -

- 86 -

Die Russen waren bemüht, die ausfallenden Kohlelieferungen an die DDR durch Demer-Kohle zu decken. Hierbei ergab sich jedoch die Schwierigkeit, daß sowohl der Transportraum als auch die Überbelastung des Verkehrsnetzes überhaupt, keine Erhöhung irgendwelcher Lieferungen zuließ. Für den gesamten Ostblock stand ein schlimmer Winter vor der Tür.

Polen und Ungarn retten die politische Argumentation

Die Volksaufstände in Polen und vor allem in Ungarn kamen ULBRICHT in dieser Hinsicht wie gerufen. So sehr man auch ein Übergreifen der Unruhen auf die Ostzone befürchtete, so waren diese Ereignisse jedoch ein willkommener Anlaß, um alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten darauf abzuwälzen.

Um die Arbeiter in Ostdeutschland zu beschwichtigen, rief ULBRICHT Anfang Dezember 1956 die sogenannte Arbeiterkonferenz nach Ostberlin ein. Als Hauptpunkt sollte auf dieser Konferenz die Frage der Arbeiterkomitees behandelt werden.

Gleichzeitig stand auf der Tagesordnung ein Referat von LEUSCHNER über die wirtschaftliche Situation nach den Ereignissen in Polen und Ungarn. Auch hierüber war ursprünglich eine Diskussion vorgesehen. ULBRICHT merkte jedoch am ersten Verhandlungstag, daß sich die meisten Delegierten gerade auf die Wirtschaftsprobleme vorbereitet hatten, weil sie den Punkt über die Arbeiterkomitees von vornherein als formale Angelegenheit durchschauten. ULBRICHT änderte deshalb die Tagesordnung, zog die Konferenz mit dem langweiligen Diskussionsbeiträgen über die Arbeiterkomitees (die im wesentlichen ein Wiederkaufen seines Referates darstellten) in die Länge und ließ LEUSCHNER am letzten Verhandlungstag nach seinem (ULBRICHT's) Schlußwort sprechen, als ein Teil der Delegierten schon abgereist und der Rest verhandlungsmüde und nicht mehr aufnahmefähig war.

Diese Taktik schlug ULBRICHT deshalb ein, weil er sich noch an die Hoffnung klammerte, daß ein milder Winter die Ereignisse nicht in dieser von LEUSCHNER recht realistisch angedeuteten Weise eintreten lasse und man daher nicht schon vorher "Panik" zu machen brauche. Deshalb hat er auch eigenhändig das Referat von LEUSCHNER zusammengestrichen und die schärfsten Stellen herausgenommen. Selbst dieses schon wesentlich abgeschwächte Referat durfte nicht vollständig in "Neuem Deutschland" erscheinen, obwohl das Redaktionskollegium sehr daran interessiert war. Etliche Tage später erschien dann ein magerer Auszug, der im Westen allgemein mit der Schlagzeile "LEUSCHNER kontra ULBRICHT" kommentiert wurde. Davon kann wirklich keine Rede sein.

ULBRICHT hat mit seiner Taktik recht behalten. Der überaus milde Winter rettete die Ostzonenwirtschaft, wenn nicht gerade vor dem Zusammenbruch, so doch vor großen Stillständen und Schwierigkeiten. Trotzdem ging der Rubel-Kredit fast nur für den Kauf amerikanischer Kohle auf und an diesen Lieferungen hing die DDR-Wirtschaft wie an einem Faden.

- 87 -

- 87 -

All diese Ereignisse blieben jedoch nicht ohne Auswirkung auf den gesamten Partei- und Regierungsapparat. In der Plankommission sank die Stimmung unter Null. Der hohe Investitionsplan für 1956 wurde zwar wertmäßig erfüllt, weil die Betriebe, auf welche Weise auch immer, das Geld aufbrachten, der ökonomische Nutzeffekt kam jedoch nicht.

Der Plan für 1957 mußte völlig überarbeitet werden. Die für 1957 vorgesehenen Investitionen von nahezu 12 Milliarden wurden zuerst auf 8 und nach einer weiteren Kürzung auf knapp 7 Milliarden zusammengestrichen. Damit enthielt der Investitionsplan für 1957 nicht einmal alle Überhänge (das sind die unvollendeten Investitionen) aus dem Jahre 1956.

Bei den Mitarbeitern in der Plankommission und in den Ministerien entstand wieder ein völliges Durcheinander. Diesen wurden nämlich die näheren Zusammenhänge nicht klargelegt, so daß sie gegenüber Anfragen der Betriebe ohne Argumentation dastanden. So entstand der Witz: "Das Haus der Ministerien war früher das Haus von GÖRING's 3.000 Uniformierten und ist jetzt das Haus von GROTEWOHL's 6.000 U n i f o r m i e r t e n . " Das 30. Plenum des ZK der SED im Februar 1957 hat das Geheimnis dann etwas gelüftet und vielen Wirtschaftskadern die Augen geöffnet. Es muß in diesem Zusammenhang auf die Mitte Oktober 1957 durchgeführte 33. Tagung des ZK verwiesen werden, die einige Abstriche an der Fünfjahrplan-Direktive vornahm.

II. Die tatsächlichen wirtschaftspolitischen Probleme der DDR in der gegenwärtigen Situation

Die SED-Regierung versucht mit all diesen geschilderten politischen Winkelsügen die wirkliche wirtschaftspolitische Lage der DDR zu verschleiern. Alle Diskussionen die hierüber geführt werden bewegen sich nur an der Oberfläche. Eine tiefgründige Analyse der Wirtschaftspolitik müßte sie zu mindestens folgenden Ergebnissen bringen:

1. Die Organisation und Struktur der Wirtschaft völlig verfehlt

Die Struktur und Organisation der sowjetischen Wirtschaft muß in mehrfacher Hinsicht als völlig verfehlt betrachtet werden und ist nicht zuletzt die Ursache der geringen Produktivität, der mangelnden qualitativen und quantitativen Leistungsfähigkeit und ihres Zurückbleibens hinter der Entwicklung im kapitalistischen Raum.

- 88 -

- 88 -

In der politischen Grundkonzeption der Organisation und Struktur der Wirtschaft lassen sich 4 Wesenszüge vor allem erkennen. Es sind dies:

Die von Anfang an bestehende Konzeption in der sowjetischen Deutschland-Politik der Teilung Deutschlands, der Errichtung zweier deutscher Staaten und die Zerschneidung aller bestehenden organischen Verbindungen und Verflechtungen der Wirtschaft mit Westdeutschland.

Die Sicherung der absoluten Kommandogewalt über die Wirtschaft durch die zentralen Planungs- und Verwaltungsorgane. Dieser Grundgedanke führte zu einer Organisationsform, in der den Betrieben und Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft jede echte Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit genommen wurde und damit die schöpferischen Kräfte in der Betriebsebene und der Leistungswille aller Werktätigen weitgehend vernichtet wurden.

Schließlich ist die Gestaltung der Eigentumsverhältnisse zu nennen, die eine einseitige Bevorzugung des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums kennt, den privaten Besitz benachteiligt, diskriminiert und seine restlose Beseitigung anstrebt. Die Gestaltung der Eigentumsverhältnisse, vor allem die unüberlegte Schaffung und hektische und unökonomische Entwicklung des sogenannten Volkseigentums, ist gleichfalls eine der wesentlichen Ursachen dafür geworden, daß die schöpferischen Kräfte in der Wirtschaft weitgehend gelähmt wurden. Die in Gefolge sich aufblühende Bürokratie führte zu einer Verhinderung der Unternehmerinitiative, erdrosselte jegliche Initiative dann gänzlich, was die Unrentabilität ganzer Industriezweige und ihre wissenschaftlich-technische Stagnation zur Folge hatte.

Wäre dann als letzter Punkt noch die restlose Einbeziehung der Wirtschaft in den Ostblock zu nennen, wodurch die allerletzten Fäden nationaler Wirtschaftsverbindungen zerschneiden werden und die Zonenwirtschaft absoluter Bestandteil des Sowjet-Imperiums wird.

2. Wegen und Begriff der Planung in der DDR verflücht

Nur mit Vorbehalt kann man in der DDR von "Wirtschaftsplanung" in dem Sinne, wie es der theoretisch-national-ökonomischen Verstellung entspricht, reden. Versucht man, die bestimmenden Elemente und das Wesen dieser sogenannten Planung und die Funktionen der Plankommission zu erforschen, so kristallisieren sich die folgenden Thesen als die wesentlichen heraus:

- 89 -

- 89 -

Die Planung in der Ostzone ist materialseitig gegeben
nichts anderes als Bewirtschaftung von Grund- und
Rohstoffen

Im TEIL B des Berichts war bereits ausgeführt, wie die Beschlussfassungen der 7. und 8. Vollsitzung des RgV vom Materialmangel im gesamten Ostblock überschattet waren und welchen bestimmenden Einfluß die Fragen der Versorgung der Ostblock-Wirtschaften mit Roh- und Grundstoffen für die Aufstellung der Pläne in den einzelnen Staaten und die Koordination dieser Pläne hatte. Die Tatsache, daß zu Ende des zweiten Jahres des 2. Fünfjahrplanes in der DDR immer noch kein bestätigter Fünfjahrplan vorliegt, ist ausschließlich eine Folge dieses Defizits in der Materialversorgung, was die übrigen Ostblockstaaten, die Sowjetunion eingeschlossen, in gleichem Maße bedrückt.

Die materialseitige Planungsarbeit der Plankommission läuft auf Roh- und Grundstoffbewirtschaftung hinaus, wie sie die Wirtschaft Westdeutschlands aus der Zeit der Währungsreform kennt. Gegenüber der vorhandenen Kapazitäten in der DDR herrscht ein ständiger Mangel an wichtigen Grundmaterialien und Aufstellung der Materialbilanzen in der Plankommission, die Anfertigung der Schlüssellisten, die Festlegung der Richttage usw., usw. ist nichts anderes als der Versuch mit der endlosen Kette der durch den Materialmangel ausgelösten Schwierigkeiten fertig zu werden. Daß gerade die administrative Kommandowirtschaft das ungeeignetste Mittel zur Überwindung dieser Schwierigkeiten ist, hat die kommunistische Führung bis heute noch nicht eingesehen. Doch wie ist die Lage:

Stahl:

Die DDR produziert an Rohstahl in Blöcken gegenwärtig ca. 2,5 Mill. t jährlich (s. Statist. Jahrbuch 1955 S. 163 und S. 281).

Davon sind aufgrund unregelmäßiger Zufuhr von Rohstoffen und der daraus resultierenden ungleichmäßigen Mäuerung in den Hütten- und Stahlwerken nur 2 Mill. t brauchbarer Qualität.

Aus Importen kommen hierzu jährlich etwa 1,5 Mill. t hinzu.

Unter Zugrundelegung dieser realen Ziffern hat die DDR ein jährliches Stahldefizit von 1,5 Mill t, oder anders ausgedrückt, die DDR braucht jährlich zusätzlich mindestens 1,5 Mill t Stahl, um alle vorhandenen Produktionskapazitäten auslasten und ihre Industrie wenigstens stahlseitig voll laufen lassen zu können.

- 90 -

- 90 -

Kohle - Steinkohle

Die jährliche Erzeugung von Steinkohle in der DDR beläuft sich auf

ca. 2,6 Mill. t.

Davon ist nur ein ganz geringer Prozentsatz verkohbare Kohle, so daß das Eigenaufkommen der DDR hauptsächlich für die Reichsbahn als Schmiede- und sonstige Brennkohle verwandt wird.

Aus Importen kommen ca. 4 Mill. t Kohle des sogenannten Typs III zur metallurgischen Verkokung.

So liegt die Gesamtmenge an Steinkohle, über die die DDR verfügt, bei etwa

insgesamt 6,6 Mill. t.

Das jährliche Defizit wird in der Plankommission mit ca. 2 bis 2,5 Mill. t in Rechnung gestellt. Dieses Defizit ist besonders spürbar, da hier natürlich ebenfalls verkohbare Steinkohle gemeint ist, was sich wiederum auf die Rohstahlproduktion auswirkt.

Anders ist die Situation in der Braunkohle.

Die Förderung an Braunkohle ist an sich ausreichend. Die Gewinnung von Rohbraunkohle hat 200 Mill. Jahrestonnen überschritten. Über die speziellen Probleme der Braunkohlenförderung, wie Nachhaken des Abraums und der Freilegung der Flüsse braucht hier nicht eingegangen zu werden.

Für die Gesamtwirtschaft der DDR ist die Produktion exportfähiger Braunkohlenbriketts allein entscheidend. Diese Menge liegt seit Jahren bei ca. 50 Mill. t, während das Ziel des 1. Fünfjahresplanes 56 Mill. t vorsah. Diese Aufgabe wurde nun für den 2. Fünfjahresplan wieder gestellt, weshalb man auch in der Direktive die absolute Zahl ausließ. (So verfuhr die SED auch mit allen anderen absoluten Siffern, bei denen die Ziele 1. und 2. Fünfjahresplan gleich sind). Alle Versuche, diese Menge zu erhöhen, sind bisher gescheitert, wobei die Fachleute nachweisen, daß die in den Erfüllungsberichten der Lese angegebenen Steigerungen in den letzten Jahren nur auf die Erhöhung des Wassergehalts der Briketts zurückzuführen sind, was ein absolute Verschlechterung der Qualität bedeutet.

Die Gründe für die Stagnation der Brikettenerzeugung sind sehr vielfältig, liegen aber letztlich in der Vernachlässigung und dem Herunterwirtschaften der Brikettfabriken in den zurückliegenden Jahren. Das Defizit, hier also das Exportdefizit, wird von der Plankommission mit ca. 6 Mill. t beziffert. Der Markt ist sowohl in Ost als auch in West für den Braunkohlenbrikett-Export praktisch unbegrenzt aufnahmefähig. Könnte man die ca. 6 Mill. t zusätzlich exportieren, würde es dadurch gelingen das Steinkohledefizit zu verringern. Als Aufnahmefähiger können vor allem CSR und Polen mit Gegenlieferungen an metallurgischen Koks in Frage.

- 91 -

- 91 -

50X1-HUM

Elektre-Energie:

Die Energiesituation in der DDR ist äußerst labil. Der zuständige Ressortchef SHERMANN vollbringt geradezu Wunderleistungen, um aus jeder Turbine auch heute noch das letzte Kilowatt herauszupressen.

Im 1. Fünfjahrplan sollte die Energieerzeugung um 76 % steigen, Erreicht wurden 61,4 %. Das bedeutet ein Hinderaufkommen an installierter Leistung von rund 500 MW oder der Kapazität des größten Kraftwerkes der Zone in Berlin-Klingenberg.

Das Energiedefizit wirkt sich vor allem in der chemischen Industrie aus. Die Produktion von Carbid, Aluminium und einigen anderen Grundchemikalien erfährt ihre absolute Begrenzung am Energiekontingent.

Sonstige Grundstoffe:

Hier sind es vor allem die Buntmetalle, Holz, Zement, Baustoffe, Baumwolle, Zellulose und synthetische Farbe, die sämtlich Mangelware sind und eine Auslastung vorhandener Produktionskapazitäten nicht zulassen.

Die Planungsexperten in der DDR sind sich über die Rohstoff-situation und über deren Auswirkungen auf die Planung und das Wirtschaftsgeschehen voll im klaren. Sie wissen nur zu gut, daß mit den augenblicklichen Methoden der SED und der Sowjetführung diesen Schwierigkeiten nicht beizukommen ist. Sie wissen ferner, daß die expansiven Bestrebungen des Sowjet-Imperialismus, mit ihren wirtschaftlichen Hilfsaktionen an die unterentwickelten Länder (die nur der kommunistischen Weltmachtspolitik dienen) die ökonomische Kraft des ganzen Ostblocks verzetteln und schwächen.

Da sie jedoch mit ihrer Meinung nicht durchkommen, und das Regime ihnen auch gar nicht die Möglichkeit gibt, diese Gedanken frei zu äußern, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als mit den bekannten Methoden und Praktiken recht und schlecht weiterzuwursteln.

Da diese Fragen außerdem für alle Länder des Ostblocks in gleicher Weise bestehen, fehlt es nicht an gemeinsamen Versuchen, die Situation zu bessern. So zielen die Maßnahmen der EGV-Staaten auf das folgende hin:

- a) Erweiterung der Produktion solcher Grundstoffe, wofür im Augenblick günstige allgemeine Voraussetzungen bestehen. Hierunter versteht man, eine Erweiterung der Produktion ohne umfangreiche Umstrukturierungen der Wirtschaft und ohne riesenhafte Investitionen. Es sind dies:

DDR	Braunkohlenbriketts
Polen	Steinkohle
CSR	metallurgischer Koks, Walzstahl

- 92 -

325-9-28

- 92 -

- b) Als zweites wird vonseiten der DDR versucht, das Rohstoffproblem durch vermehrte Importe aus SU und KA zu lösen; dies bedeutet für die DDR-Wirtschaft die Bewilligung von Krediten durch die SU und soweit Importe aus KA in Betracht kommen Kredite in frei konvertierbarer Währung.

Diese Versuche müssen mehr oder weniger als unreal bezeichnet werden. Als Anfang 1957 eine Regierungsdelegation der DDR in Moskau war und nochmals im Sommer 1957 bei dem Besuch von CHRUSTSCHOW und MIKOJAN in Berlin wurde vonseiten der SU erklärt, daß eine Erhöhung der Lieferungen an Grundstoffen und eine Erhöhung des Devisenkredits über die zuletzt zugesagten 300 bis 350 Millionen Rubel pro Jahr nicht in Betracht kommen. Das heißt, daß die Produktionshöhe von 1957 in der DDR auch die Grundlage für die Produktion der nächsten 3 Jahre sein muß.

Für die DDR bedeutet dies weiter, daß bis 1960 eine effektive Erhöhung des Lebensstandards überhaupt nicht möglich ist. Die Bevölkerung, die im Verlauf des 1. Fünfjahresplanes wegen des Aufbaus der Stahl- und Walzwerke auf die Früchte ihrer Arbeit und den versprochenen besseren Lebensstandard verzichten mußte, wird im 2. Fünfjahresplan die Propaganda um das Kombinat "Schwarze Pumpe", anstatt mehr Butter und Konsumgüter, vorgesetzt bekommen. Von diesem Projekt verspricht sich die Regierung der SED eine Linderung der Kohlen Sorgen nach 1960.

Die Wirtschaftsplanung in der DDR ist der Versuch, mit untauglichen Mitteln das herrschende Chaos zu organisieren.

12 Jahre sowjetische Wirtschaftspolitik in der DDR haben eine Situation entstehen lassen, die eine konstruktive Wirtschaftsplanung schon deshalb illusorisch macht, als zu dem beschriebenen Materialdilemma weitere Faktoren hinzutreten, die jeder Planung und jeder kontinuierlichen Plan-durchführung den Boden entziehen. Die folgenden Punkte sind hier in besonderen zu nennen:

Arbeitskräftelage:

Die Industrie der DDR hat nach den Unterlagen der Plan-kommission ein Defizit an Arbeitskräften von insgesamt etwa 60.000 Menschen.

Dieses Defizit ist indes nur die Bilanz einer viel umfangreicheren Disproportionierung. Um die tatsächliche Lage, wie sie sich in der zentralen Planung darstellt, zu erkennen, bedarf es noch einiger anderer Zahlen.

So ist zunächst einmal in vielen Industriezweigen der DDR, gemessen an der abnorm geringen Arbeitsproduktivität,

- 93 -

- 93 -

ein Überhang an Arbeitskräften vorhanden. Es sind dies diejenigen Industrien, die durch die Wirtschaftspolitik der DDR in der zurückliegenden Zeit immer wieder benachteiligt wurden, für die keine Investitionen bewilligt wurden und die nun in ihrer Arbeitsproduktivität entweder stehen geblieben oder sogar zurückgegangen sind. Vorrangig sind hier

die Lebensmittelindustrie,
die Textilindustrie,
die polygraphische Industrie,
einzelne Zweige des Maschinenbaus,
einzelne Zweige der chem. Industrie und
der Handel

zu sehen. Das sind gerade diejenigen Industriezweige, die in der DDR einstmals günstige Voraussetzungen boten und einen wichtigen Faktor des Volkseigentums darstellten. Diese Zweige waren die "Goldbringer" der ersten Nachkriegsjahre. Heute sind in diesen Industriezweigen, gemessen an ihrer Gesamtproduktion, ca. 45.000 Arbeitskräfte zu viel tätig, mit welcher Zahl das Arbeitskräftedefizit in der Gesamtindustrie und das Ausmaß der Disproportionalisierung deutlich wird.

Darüber hinaus ist jedoch die Besatzbürokratie mit mindestens 150.000 Menschen überladen. Hierbei handelt es sich meist um Facharbeiter, die man in der Zeit von 1948 bis 1953 in die Ministerien und Hauptverwaltungen, sowie in den Parteiapparat gesteckt hat. Diese sind fast alle bessere Facharbeiter als Beamte, können aber nicht ohne weiteres degradiert und auf die Straße gesetzt werden. Sie belasten sie also den Staatshaushalt weiter, bis durch fertgesetzte Strukturveränderungen hier und da Entlassungen vorgenommen werden können.

Zwei weitere Fragen sollen hier noch gestreift werden. Die eine betrifft den Mangel an sogenannter technischer Intelligenz und besonders an technisch-wissenschaftlichem Personal. Die DDR steht hier vor einer immer bedrohlicher werdenden Situation, mit welcher Frage weniger die quantitative Seite als vor allem die qualitative Seite der Produktion verbunden ist. Zwar werden viele Kräfte ausgebildet, sie decken jedoch nicht die Abwanderung.

Die andere wurde bereits gestreift. Sie betrifft den Verlust an Arbeitskräften durch die Westflucht. Die Plankommission setzt bei einem jährlichen Bevölkerungsverlust von etwa 250.000 Menschen einen effektiven Verlust an Arbeitskraft von ca. 60.000 Menschen ein. Dabei liegt das Problem vor allem darin, daß der Fluchtanteil gerade bei denjenigen Arbeitskräften besonders hoch ist, die an sich planungsmäßig freigelegt werden (Metallindustrie, chem. Industrie, Landwirtschaft).

- 94 -

- 94 -

Das Planungsdefizit wird erhöht durch das Fehlen bestimmter Produktionskapazitäten:

Als solche Kapazitäten, deren Fehlen von entscheidendem Einfluß auf die Planerstellung ist, sind vor allem zu nennen:

Walzstraßen für bestimmte Profile.

Das Fehlen der Walzstraßenkapazität wirkt sich besonders nachteilig aus. Man ist gezwungen, die vorhandenen Straßen ständig umzustellen, was wiederum lange Stillstandszeiten und damit Produktionsausfall zur Folge hat.

Schwere Pressen

Die Situation ist die gleiche wie bei Walzstraßen. Die Folgen des Fehlens sind vor allem eine zusätzliche Belastung des Transportapparates, da das zu pressende Material ständig hin- und hergefahren wird, somit entstehen erhebliche Erhöhung der Selbstkosten, keine stüßige Produktion und Absinken der Produktivität.

Große Werkzeugmaschinen

Das Fehlen dieser Kapazitäten wirkt sich vor allem für den Großmaschinenbau aus, vorrangig ist hier das Energieprogramm betroffen.

Hinsu kommt, daß die genannten 3 Produktionskapazitäten, die hier als die wichtigsten herausgestellt sind, in ganzem Ostblock fehlen und somit zum Ausgleich immer wieder Firmen des KA herangezogen werden müssen.

Transportproblem:

Das Transportproblem ist im ganzen Ostblock ebenfalls sehr ernst. Bei allen Transportmitteln reichen die vorhandenen Kapazitäten nicht aus, um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Dies gilt in gleicher Weise für

Eisenbahnen,
Kraftverkehr,
Wasserstraßen und
Schiffraum für Übersee.

Am Transportproblem scheitern zu einem großen Teil die Versuche, der DDR von Ostern her rohstoffmäßig zu helfen. So ist es z.B. der Sowjetunion nicht möglich, in anbetracht der gegenwärtigen Überlastung ihres Transportnetzes noch mehr Eisenerze oder Kohle zu schicken. Der Verschiebebahnhof BREST ist oftmals für Wochen völlig verstopft, besonders in den Wintermonaten.

- 95 -

- 95 -

Das Transportproblem ist auch der Grund, daß die Industrie der DDR rohstoffmäßig immer von der Hand in den Mund lebt. Eine ausreichende Bevorratung während der Sommermonate ist nicht möglich, so daß sich im Winter mit den ersten Stockungen der Rohstoffzufuhr die Lage verschärft und es sofort zu Warteseiten und Produktionsstilllegungen kommt.

Die Versuche, die Transportlage zu bessern, waren bisher nicht sehr erfolgreich. Die Situation in der Deutschen Reichsbahn ist hinlänglich bekannt. Die Probleme lassen sich nur schwer lösen, da gerade hier der Knüppel beim Hund liegt. Man braucht Lokomotiven, das zweite Gleis, Schiffsbaubleche und Schwellen. Gerade dieses Material fehlt aber und kann zuletzt nicht wegen der Transportlage herbeigeschafft werden.

Verfehlte Außenhandelspolitik:

Es gibt mehrere Ausarbeitungen der Plankommission, die den Nachweis führen, daß die Außenhandelsorgane der DDR verschiedene Erzeugnisse, die an sich gut absetzbar sind, zu viel zu niedrigen Preisen auf dem Weltmarkt anbieten und damit der Wirtschaft der DDR schweren Schaden zufügen. Die Plankommission behauptet nun in den Dokumenten, daß in allen genannten Fällen die Preise der DDR deshalb unter dem Weltmarktpreis liegen weil man

- a) Überhaupt nicht richtig kalkulieren kann und
- b) das Preisniveau des Weltmarktes, vor allem die Angebote des kapitalistischen Auslandes, nicht genau kennt.

Die Sache wurde im Politbüro behandelt, und es kam ein Beschluß heraus, der RAU auferlegte, diese Verhaltungen der Plankommission nachzuprüfen und gegebenenfalls in Ordnung zu bringen. RAU's Bemühungen waren nun darauf gerichtet nachzuweisen, daß das von der Plankommission vorgelegte Material nicht stimmte und man in der Plankommission nicht richtig über die Preispolitik der DDR informiert sei. Trotzdem konnten die Gegenverschlüsse von RAU das Material der Plankommission nicht entkräften und LEUSCHNER nahm die von ihm erhobenen Vorstellungen zu diesem Punkt bisher nicht zurück. Die Auseinandersetzung hierüber hält im Politbüro derseitig noch an.

Die hier erläuterten wichtigsten Disproportionen der jenen-Wirtschaft sind so schwerwiegend und wichtig, daß sie die Machthaber zu wirklich ernsthaften und tiefgründigen Überlegungen und Schlussfolgerungen veranlassen müßten. Dabei ist verständlich, daß diese Schlussfolgerung niemals das geistige Produkt eines einzelnen sein können, sondern daß man dazu die breite Diskussion und das fachliche Urteil der Experten braucht.

- 96 -

- 96 -

Von alledem ist im gesamten sowjetischen Machtbereich nichts zu spüren. Die Experten werden bei der Lösung dieser Fragen nicht nur völlig übergangen, sondern man verheimlicht ihnen die wahren Zusammenhänge, damit sie bei Rückschlägen und Stillständen an die Agenten-Märchen glauben. Diese Probleme werden immer wieder zum Anlaß genommen, um den Apparat mit komplizierten Ausarbeitungen entweder über Beschuldigungen oder Entlastungen einzelner Funktionäre zu beschäftigen. Zu diesen subjektiven Faktoren des Wirtschaftsdirigismus wird später noch weiteres gesagt.

Die Wirtschaftsplanung der DDR ist Ausrichtung der Wirtschaft auf die übergeordneten politischen Interessen der Sowjetunion

Es wurde bereits gesagt, daß die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion nur als Politik im Interesse der Sowjetunion verständlich ist. Die Wirtschaftsplanung und die Plankommissionen sind so gesehen nichts anderes als die Methodik und das Instrument der Sowjetpolitik in dem jeweiligen Land, hier speziell in Mitteldeutschland.

Wenn man also ein umfassendes Bild der wirklichen wirtschaftlichen Mißstände der Zone erhalten will, darf man den Wirtschaftsapparat des ZK der SED und seine Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen nicht außer acht lassen. Darüber soll jetzt einiges gesagt werden:

Der Planungsapparat des ZK der SED

Struktur:

Im ZK der SED existiert eine Abteilung "Planung und Finanzen". Diese Abteilung ist die korrespondierende ZK-Instanz für die Plankommission und das Ministerium für Finanzen. Die Abteilung gehört zum Bereich des

Sekretärs des ZK für Wirtschaft

Gerhart ZILLER

Leiter der Abteilung

Fritz MÜLLER

MÜLLER ist ausschließlich auf Parteiebene ausgebildet, in Wirtschaftsfragen sehr unsicher und hat keinerlei ausreichende fachliche Qualifikation und Erfahrung. Er überbrückt seine fachlichen Schwächen mit der üblichen parteilichen Phrasologie, wie sie im Parteiapparat besonders blüht. In jeder Diskussion und Auseinandersetzung kehrt sein stereotypes Schlagwort wieder: "Es kommt darauf an, die Planung mit dem praktischen Leben zu verbinden", ohne daß er konkret sagen kann, wie das geschehen soll.

Die Abteilung ist insgesamt etwa 20 bis 30 Personen stark.

Die "Planungsarbeit" des ZK:

Die Planungsabteilung des ZK beschäftigt sich nicht oder kaum mit irgendwelchen Grundsatzfragen der Planung, son-

- 97 -

- 97 -

dern greift einzelne Komplexe unter politisch-ideologischen Gesichtspunkten heraus und beschäftigt sich im übrigen vorwiegend mit Kader- und Sicherheitsfragen. Die Abteilung des ZK bekommt das gesamte Material der Plankommission zu Prüfung. Der Leiter der Abteilung ist Mitglied der Plankommission mit beratender Stimme.

Für die Arbeit der Abteilung ist entscheidend, daß dem zuständigen Sekretär ZILLER die Qualifikation für die Planungsarbeit, insbesondere für eine richtige Fragestellung, fehlt. Diese Unfähigkeit von ZILLER, die gesamtwirtschaftliche Situation der DDR zu überblicken und ein klares Bild von den tatsächlichen Mängeln zu gewinnen, ist die Ursache für falsche Fragestellungen und dadurch bedingt für falsche oder besser überflüssige Ausarbeitungen und Anforderungen an untergeordnete Instanzen oder wissenschaftliche Institutionen.

So ließ ZILLER im Laufe der letzten Jahre mit erheblichem Kostenaufwand Betriebspläne und Industriezweig-Ökonomiken anfertigen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Dinge an sich richtig sind. Sie nützen jedoch der Plankommission gar nichts. Diese Dinge hätten nur dann einen Sinn, wenn der Status der Industrie der DDR so wäre, daß es darauf ankäme, bei voll gesicherter Rohstoff- und Materialdecke ein Optimum an Produktion in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu erzielen. Es war aber gerade der Sinn der vorhergehenden Darlegungen zu zeigen, daß derartige Fragen in der DDR überhaupt noch nicht relevant sind und daß von einzelnen, nicht ins Gewicht fallenden Ausnahmen abgesehen in der DDR improvisiert, gewarachtelt und herumgeflickt wird. Bei einer derartigen Situation ist die Erarbeitung von Industriezweig-Ökonomiken und Betriebsplänen einer reinen Luxus, eine utopische Zukunftsmusik, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.

Die Abteilung koordiniert des weiteren die Wirtschaftsberichte des gesamten Parteiapparates. Sie erhält die Berichte mit wirtschaftlichen Themen aus den Bezirksleitungen (Sekretäre für Wirtschaft), Kreisleitungen und Grundorganisationen der Großbetriebe. Aus diesen Berichten des Parteiapparates erarbeitet sie zusammenfassende Analysen und legt ZILLER Vorschläge und Stellungnahmen zu entsprechenden Ausarbeitungen der Plankommission vor.

In den Stellvertreterbereichen der Plankommission ist man sich darüber klar, daß diese Abteilung des ZK nur zusätzliche Arbeit verursacht und viel Leerlaufarbeit mit sich bringt.

Wer die genauen Zusammenhänge nicht kennt, mag einwerfen: Ja dann werft doch deren Berichte einfach in den Papierkorb und laßt widersinnige Anfragen unbeantwortet! - Das ist eben im stalinistischen Apparat nicht möglich. Ein

- 98 -

- 98 -

solches Vorgehen würde den politischen und fachlichen (vielleicht sogar physischen) Ruin des Betreffenden bedeuten. Ein solches Verhalten würde die Vernichtungswelle mit dem Vorwurf der Überheblichkeit beginnen, die dann mit dem "Agentenurteil" ihren Abschluss findet.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß der Akzent der Arbeit der Planungsabteilung des ZK auf dem Thema liegt:
Beratung mit den Werktätigen und Aktivierung der Massen für die Planung.

In der Praxis sieht dies dann so aus:

Im Winter 1956/57 steuerte die Kohlesituation der DDR einer Katastrophe zu. Fachministerium und Plankommission waren sich über die wirklichen Ursachen durchaus im klaren (Herunterwirtschaftung der Maschinen, drohender Zusammenbruch des innerbetrieblichen Transportsystems, Materialmangel, ungenügende Freilegung von Flüssen). Völlig anders stellen sich indes die Dinge beim ZK dar. Hier warf man der Plankommission und dem Fachministerium vor, verärgert zu haben, das Problem in Verbindung mit den Massen zu lösen und nicht verstanden zu haben, die Masseninitiative zu entfalten. Daraus resultierten dann die Vorschläge des ZK zur Behebung der prekären Situation: Organisation einer Konferenz mit den Werktätigen, Appell an die Solidarität der Arbeiterschaft, Verlaß auf die Kraft der Werktätigen usw. uaf.

Auch die Organisation und Durchführung der sogenannten ökonomischen Konferenzen in allen Wirtschaftszweigen ist dem Einsatz und der Initiative dieser Abteilung zuzuschreiben. Solche Ereignisse nehmen in den Spalten des Neuen Deutschland stets breiten Raum ein. Über den Unsinn dieser Veranstaltungen sind sich alle leitenden Funktionäre der Staatlichen Plankommission und der Ministerien im klaren, wobei sich die Plankommission bisher mit Erfolg allen Beschlüssen widersetzt hat, selbst solches Theater zu veranstalten, was den Ministerien naturgemäß nicht gelingen konnte.

Wenn man diese Dinge später niederschreibt, so klingen sie lächerlich, jedoch war ich nur zu oft Zeuge und Teilnehmer an verlaufenden Diskussionen. Nur selten ist es möglich, das ZK von der Existenz sogenannter objektiver Schwierigkeiten zu überzeugen. LEUSCHNER hat, wenn die Diskussionen an diesen Punkt ankommen, allerdings eine stereotype Formel zur Hand: "Wir haben ein Defizit von 1,5 Millionen Tonnen Stahl und mindestens 5 Millionen Tonnen verkehrbarer Steinkohle. Gebt mir erst den Stahl und die Kohle, dann löse ich Euch die objektiven Schwierigkeiten."

- 99 -

- 99 -

Soweit sich ULRICH mit Fragen der Planung, jetzt insbesondere mit dem 2. Fünfjahrplan beschäftigt, stützt er sich hinsichtlich des konkreten Zahlenmaterials auf die Plankommission und auf LEUSCHNER. Nur in begrenztem Umfang sieht er ZILLER hinaus. Hieraus resultieren ein großer Teil der Differenzen LEUSCHNER - ZILLER, die sich dann auf die jeweiligen Apparate (Plankommission- Abteilung EK) fort-pflanzen.

3. Der Wirtschaftsdirigismus des Ostblocks hat mit Demokratie und Sozialismus nichts gemein

Aus dem bisher geschilderten geht schon zur genüge hervor, daß man den Sowjetknotenstaat so wenig demokratisch nennen kann, wie er sozialistisch ist. Wollte die SED-Führung den Mängeln und Schwierigkeiten bis an die Wurzel folgen, müßte sie auch hierüber eine offene Diskussion entfachen. Sie würde sich allerdings wandern, was für vernichtenden Kritiken aus ihren eigenen Reihen kämen.

Die Kommunisten täuschen sich, wenn sie glauben - indem sie nach Rubel und Tonne ausrechnen, wann die materielle Produktion des Ostblocks den Westen ein- und überholt hat - daß dann ihr Sieg errungen sei.

Erstens ist es sehr zweifelhaft, ob sie mit d e n Methoden dieses Ziel überhaupt erreichen. Die Kenntnis der grauen Wirklichkeit des Ostens kann diese Zweifel trotz Sputnik und Atom-Eisbrecher nicht beseitigen.

Zweitens aber wird auch die rein rechnerische materielle Überlegenheit gegenüber dem Westen das bolschewistische Zwangssystem nicht zur sozialistischen Demokratie machen, vor allem nicht bei den Arbeitern.

Die erdrückende Mehrheit der Arbeiter und Bauern einschließlich der Parteimitglieder hat sich unter dem Begriff Sozialismus etwas ganz anderes vorgestellt, als es die Machthaber des Kreml und ihre Handlanger in den Satellitenstaaten nunmehr schon seit 40 Jahren demonstrieren.

Die Arbeiterschaft hat bei der ganzen Wirtschaftsplanung überhaupt n i c h t s s u b e s t i m m e n und nur darüber zu b e r a t e n, wie sie die befohlenen Ziele der Partei produktionsseitig überbieten kann. Was mit dem Mehrprodukt, mit der Übererfüllung geschieht, gehört dann schon wieder nicht mehr zum Diskussionsbereich und sehen gar nicht zur Entscheidungsbefugnis der Arbeiter. Der Begriff Volkseigentum besteht nur den Namen nach.

Die wirtschaftspolitischen Veränderungen, welche die Kommunisten in den vergangenen 40 Jahren in der Sowjetunion und dem gesamten Ostblock mit unbeschreiblicher Brutalität und Grausamkeit gegen den Willen der Mehrheit durchgesetzt haben, brachten den Werktätigen dieser Länder bisher keinerlei echte Errungenschaften, außer dieser:

Alle wirklichen Erfolge, die die mit ihrer Arbeit und ihrem Fleiß erringen, werden von den Machthabern

- 100 -

ausschließlich im Interesse der Ausdehnung des kommunistischen Herrschaftsbereiches gemist, während die Arbeiter und nur die Arbeiter die Folgen aller Rückschläge und Fehler zu tragen haben.

Das sollte die freie Welt bei der Beurteilung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ostblock (dazu gehört in dieser Beziehung auch Jugoslawien) stets in Auge haben.

Das kommunistische System kennt keine wirtschaftlichen Maßnahmen um der Wirtschaft und des allgemeinen Wohlstandes Willen. Alle wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Schritte sind untrennbarer Bestandteil der politischen Doktrin und somit derselben bedingungslos untergeordnet.

Es ist jedoch sicher, daß die Kommunisten keine solchen Betrachtungen anstellen und eine Diskussion über diese Fragen in jedem Fall unterdrücken werden. Sie suchen vielmehr - und die letzten Ereignisse beweisen das sehr deutlich - den Ausweg in erbitterten Machtkämpfen.

Auch in Moskau ist nicht alles nach Wunsch verlaufen und man bemühte sich ernsthaft entsprechende Lösungen zu finden. Wie für das stalinistische System typisch, so sah man die Beseitigung des Übels zunächst wieder in strukturellen und personellen Veränderungen auf höchster Ebene.

III. Die strukturellen Veränderungen im Wirtschaftsapparat der Sowjetunion und der DDR

Die verschiedenen Umgruppierungen in Moskau

Um die mit dem Aufbau des Wirtschaftsrates und der Perspektivplanung in der DDR zusammenhängenden Fragen erfassen zu können, ist es erforderlich an dieser Stelle einen Blick auf die Entwicklung in der Sowjetunion in bezug auf die strukturellen Veränderungen der Planungsapparatur in der jüngsten Vergangenheit zu werfen.

Im Januar 1957 hatte LEUSCHNER eine längere grundsätzliche Aussprache mit dem ehemaligen Leiter der sowjetischen Plankommission SABUROV, mit dem er den gesamten Aufbau besprach und seine Grundgedanken festlegte.

Schon damals hieß SABUROV die 1955/56 in der Sowjetunion vollzogene Trennung der Plankommission in zwei nicht unter einer Leitung zusammengefaßten Teile nicht gut und vertrat und begründete auch die Ansicht, daß legisch, funktionell und erga-nisch eine Trennung überhaupt nicht möglich sei. Wenn einigermaßen vernünftige Pläne aufgestellt werden sollen, kann man

- 101 -

die Perspektivplanung nicht von der Jahresplanung trennen und umgekehrt. Abgesehen von der Doppelarbeit birgt diese Maßnahme Fehlerquellen in sich.

Nach SABUROV's Meinung stellte die damals gültige Aufspaltung der Plankommission in der Sowjetunion eine affektmäßige über-eilte Handlung dar, die auf jeden Fall rückgängig gemacht werden müsse. Die Auffassungen, die sich LEUSCHNER zu eigen machte, fanden auch im Politbüro der SED völlige Übereinstimmung und so wurde 1959 die Perspektivplanung der DDR als Teil der gesamten Plankommission gebildet.

Inzwischen ist die Entwicklung in der Sowjetunion weiterge-gangen. Zur Zeit der Verhandlungen mit LEUSCHNER sah die Struktur der Plankommissionen in der Sowjetunion folgender-maßen aus:

GOS-Plan

(Staatliche Plankommission)
(Laufende Planung)

Leiter: S A B U R O V
Ende 1956 abgelöst durch
P E R W U C H I N

Gleichzeitig Vorsitzender
der Wirtschaftskommission.

Beides waren selbständige Organe, deren Leiter Vollmitglieder
des Ministerrates der UdSSR waren.

Außerdem bestand (und besteht noch heute) als selbständiges
Organ

GOS-Ökonomie

(Staatliche Kommission für
Perspektivplanung)

Leiter: B A I B A K O V
Mitte 1957 nach Auflösung der
GOS-Ökonomie als Vorsitzender des
Volkswirtschaftsrates der UdSSR
eingesetzt.

GOS-Technik

(Staatliche Kommission für Forschung und neue Technik)
unter Leitung von K O S S Y G I N , der ebenfalls Vollmitglied
des Ministerrates der UdSSR ist.

Inzwischen ist die Plankommission in der Sowjetunion wieder
unstrukturiert worden. Wie SABUROV richtig voraussagte, waren
die getrennten Organe nicht aufrecht zu erhalten und mußten
unter einer einheitlichen Leitung wieder zusammengefaßt werden.
Das geschah nach dem sogenannten Juni-Plenum des IK der KPdSU
als die MOLOTOW- Gruppe ausgeschlossen wurde und liegt jetzt
in den Händen von

K U S H I N .

(Kam aus dem Parteiapparat, ist in
der Zone bisher nicht bekannt gewesen
und soll ein Vertrauensmann und Protek-
tionskind von CHRUSTSCHOW sein).

KUSHIN untersteht nun eine in zwei Säulen aufgeteilte Plan-
kommission, ähnlich wie in der DDR. Personell waren damit die
folgenden Veränderungen verbunden: SABUROV verschwand voll-
ständig von der Bildfläche und übt heute keine Funktion mehr aus.

- 102 -

- 102 -

FERUCHIN wurde ebenfalls wieder abgesetzt und zum letzten Kandidaten des Präsidiums des ZK degradiert (Juni-Plenum des ZK 1957). **BAIBAKOW** wurde auf den Posten des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates der RSFSR versetzt.

Bei der Aussprache, die **LEUSCHNER** mit **SABUROV** hatte, ging dieser auch auf die verfehlte politische Aufgabenstellung für die neuen Fünfjahrpläne ein. **SABUROV** stritt ab, daß es der Sowjetunion auch nur auf einem wesentlichen Gebiet gelingen werde, bis 1960 die USA zu überflügeln. Nach seiner Ansicht müßte dringend den strukturellen Veränderungen eine gründliche Revision der Doktrin veranlassen, weil sonst der gesamte Apparat die Veränderungen nicht begreife, schwerfällig bleibt und auf alten Gleisen weiterfährt.

Für sich als Planungschef zog er die Schlussfolgerung, daß die "Planung in der Vergangenheit zu wenig Charakter gezeigt habe" und sich stets der politischen Aufgabenstellung unterwarf, anstatt die besseren Erkenntnisse entweder durchzusetzen oder die persönlichen Konsequenzen zu ziehen. Diese Einsicht **SABUROV's** mag die Folge ernsthafter Auseinandersetzungen im Partei-Präsidium und der Grund dafür gewesen sein, weshalb er im Juni stillschweigend (ob nun ausnahmsweise einmal im Guten oder nach entsprechender Kritik ist nicht bekannt) als Vollmitglied aus dem Präsidium des ZK der KPdSU ausschied, ohne daß bisher von irgendeiner Seite dazu Stellung genommen wurde. Da die **MALENKOW-MOLOTOV**-Gruppe mit großer Lautstärke angebeutet wurde, kann **SABUROV** nicht damit im Zusammenhang stehen.

Inzwischen wurden die Februar-Thesen **CHRUSTSCHOW's** über die Bildung der Volkswirtschaftsräte beschlossen und eine Struktur- und Kaderverschiebung größten Ausmaßes ist in der Sowjetunion im Gange. **ULBRICHT** hatte sofort erkannt, daß sich an dem bisherigen System dadurch überhaupt nichts ändert, sondern nur die Stalinanhänger durch Vertrauensleute **CHRUSTSCHOW's** ersetzt werden. Da diese Thesen jedoch mit großem Interesse aufgenommen wurden und unter den Funktionären der SED eine gewisse Unruhe entstand, wobei ebenfalls Veränderungen in der DDR empfohlen wurden, verhinderte **ULBRICHT** den Abdruck der **CHRUSTSCHOW**-Thesen über eine Woche. Als die "Presse der Sowjetunion" dann damit herauskam war durch die Parteisekretäre schon ein Hinweis an alle SED-Mitglieder ergangen, daß das eine Maßnahme der Sowjetunion sei, die für die DDR nur bedingt Bedeutung habe.

Das heißt natürlich nicht, daß **ULBRICHT** überhaupt keine Veränderungen vorgenommen hätte. Dem ist nicht so, denn der im Februar/März 1957 gebildete Wirtschaftsrat der DDR stellt einen weiteren Schritt zur Herrschaft der Partei dar. Bevor weiteres über die Auswirkungen der Dezentralisierung in der Sowjetunion gesagt wird, zunächst einiges über den Wirtschaftsrat.

- 103 -

- 103 -

50X1-HUM

Der Wirtschaftsrat der DDRVorgeschichte und Problemlage

Das Hauptproblem der Volkswirtschaftsplanung im gesamten Ostblockraum hat von Anfang an darin gelegen, daß die Planung und die Plandurchführung in getrennten Apparaten nebeneinander herliefen. Die Planung im engeren Sinn, d.h. die eigentliche Aufstellung der Pläne, ist überall Angelegenheit der Plankommissionen, während die Durchführung der Pläne, also ihre Realisierung, Angelegenheit der Fachministerien, insbesondere der Industrie-Ministerien ist.

Von Anfang an brachte es diese Situation mit sich, daß die Fachministerien bei irgendwelchen Schwierigkeiten, wie und wo immer sie auftraten, die Schuld auf die Plankommission abwälzten und Planungsfehler für alles verantwortlich machten. Bis auf den heutigen Tag ist es ihnen ein Kinderspiel, eine Unzahl von Beispielen zu bringen, warum diese oder jene ihnen auferlegte Planaufgaben nicht zu realisieren sind. Man kann sagen, daß der größte Teil der administrativen Arbeit der Fachministerien darin besteht, die Entschuldigungen für die Nichterfüllung der Pläne auszuarbeiten und das Beweismaterial gegen die Plankommissionen zusammenzutragen. Planungsfehler, Koordinierungsfehler, Materialdifferenzen, Fehler der Arbeitskräfte- und Finanzplanung und dergleichen mehr sind die Faktoren, die hier (oft an den Haaren) herbeigezogen werden.

In gleichem Maße sind naturgemäß die Planungsapparate damit beschäftigt, die Angriffe der Ministerien abzuwehren und denselben wiederum schlechte Arbeit nachzuweisen. Das ist jedoch weit schwieriger, als die Verteidigungsposition der Ministerien, erfordert daher mehr Zeit und ist einer der Hauptgründe, warum die Planungsapparate gar nicht zur Planung zu kommen. Eine sachliche Rechtfertigung gelingt den Plänen meist nie, deshalb ist ihre Hauptwaffe der Vorwurf gegen die Ministerien, daß diese sich mit ihren Argumenten gegen die "sozialistische Planung" überhaupt wenden, was neben der Aberkennung der führenden Rolle der KPdSU und dem Sozialdemokratismus die wichtigste politische Verfehlung darstellt. Damit schiegt die Plankommission dann zwar, ohne daß jedoch der konkrete Fall behoben wird. Das Gegenteil tritt eher ein: Denn mit dem Niederschlagen der Kritik überläßt man die Dinge dem Selbstlauf, wobei sich Fehler zu vergrößern pflegen.

Die Lösung des Problems ist damit von Anfang an vorgezeichnet gewesen. Sie liegt darin, die Planung und Plandurchführung zu koppeln und in Personalunion miteinander zu verbinden. Dies hat dann zur Folge, daß diejenigen, die die Aufstellung der Pläne letztinstanzlich beschließen, nunmehr auch für ihre Durchführung verantwortlich zeichnen müssen.

Dagegen wenden sich nun wieder die völlig von der Praxis getrennten stalinistischen Wirtschaftswissenschaftler. Sie sagen nicht ganz unbegründet, daß die Personalunion von Planung und

- 104 -

- 104 -

Plandurchführung letztlich zu niedrigeren Plansielen führen werde, weil ja dann die Verantwortlichen nur bestrebt sind solche Pläne aufzustellen, die sich gut und leicht erfüllen lassen. somit werde die Entwicklung gebremst. Wenngleich LEUSCHNER nicht allzuviel von den Parteiideologen hält und aufseiten der Praktiker steht, schlägt er sich in dieser Frage auf die ideologische Seite, weil das seine Position stärkt.

Aus diesen Gedanken heraus wurden sowohl in der DDR als auch in den Volksdemokratien, sowie in der Sowjetunion schon immer verschiedene Vorschläge über die Bildung solcher Gremien gemacht, die Planung und Plandurchführung koordinieren. Die Wege, die man beschritt oder beschreiten wollte, warfen jedoch neue erhebliche Schwierigkeiten auf.

In das Gesamtproblem spielt man, und hier sei zunächst von der speziellen Lage und Entwicklung in der DDR die Rede, ein neues Problem hinein: Als Gremium für die Koordinierung im ebenangeführten Sinne bietet sich naturgemäß der Ministerrat an. Indes liegt auf der Hand, daß dieser in der DDR hierfür überhaupt nicht infrage kam. Die Gründe sind die folgenden:

Der Ministerrat ist zu groß und damit zu unbeweglich.

Dem Ministerrat gehören Fachministerien an, die den eigentlichen wirtschaftlichen Kommandoaufgaben sehr fern stehen und deshalb zur Mitentscheidung nicht berufen sind.

Und vor allem gibt es im Ministerrat der DDR wegen der Beteiligung bürgerlicher Vertreter keine Diskussionen, sondern die Sitzungen verlaufen im Geiste der Blockpolitik. Sämtliche Streitfragen, wie sie vor allem zwischen den Ministerien und der Plankommission auftreten, werden vorher im Politbüro entschieden und kommen im Ministerrat überhaupt nicht zur Sprache oder die Vorlage hat nur noch formellen Charakter.

1953/54 erfolgte die Umstrukturierung des Staatsapparates, deren wichtigste Maßnahme die Bildung des

Präsidiums des Ministerrates

mit der Einrichtung eines Büros des Präsidiums unter PLENIKOWSKI als Leiter war. In der Plankommission hatte man kurze Zeit mit dem Gedanken gespielt, im Präsidium des Ministerrates nunmehr dieses letzte Koordinierungsgremium zu haben.

Es kam jedoch hierfür nicht in Betracht. Das Präsidium des Ministerrates hat übergeordnete, allgemeine politische Aufgaben, denen gegenüber wiederum die Planungs- und Wirtschaftsfragen als Spezialprobleme erscheinen.

Andererseits war im Gesamtfunktionalismus der Staatsapparatur die Bildung des Präsidiums des Ministerrates zweifellos ein Fortschritt und eine Verbesserung. Bis dahin war GROEWOML oder ULBRICHT völlig dadurch überlastet, daß jeder Ressortmini-

- 105 -

ster mit Einzelfragen zu diesen ging ohne eine Entscheidung darüber zu erhalten, weil diese die Probleme gar nicht überblicken konnten.

Die Zusammenfassung der Fachministerien zu größeren Ressorts unter die Präsidiumsmitglieder brachte wenigstens in soweit eine Verbesserung, daß nunmehr zumindest eine gewisse Koordination erfolgte und die Minister eine Stelle hatten, bei der sie ihre Sorgen abladen konnten - wirklich e n t s c h i e d e n wurde aber auch dort nicht.

Die Frage der Bildung eines übergeordneten koordinierenden Gremiums für Planung und Plandurchführung wurde Ende 1956 Anfang 1957 erneut aufgeworfen und erhielt durch die sich zuspitzende Wirtschaftskrise, hervorgerufen durch den Kohlenmangel, ihren letzten entscheidenden Impuls. Die Wirtschaftslage der DDR hatte sich außerordentlich verschlechtert und nur der milde Winter, der die Kohlenkatastrophe nicht zur vollen Auswirkung reifen ließ, rettete die DDR vor einem Camessagang. Im Januar/Februar 1957 war man so weit, daß die Bildung des

Wirtschaftsrates der DDR

auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte.

Noch ein anderes Problem spielt hier herein, das in diesem Zusammenhang erwähnt werden muß: Es ist die mangelnde Verantwortungsfreudigkeit auch höchster Staatsfunktionäre, selbst der Mitglieder des Politbüros, und die allgemein herrschende Unsicherheit und Angst vor dem Terror.

Nur einer, nämlich ULBRICHT, hat alle Fäden in der Hand, wagt von sich aus Entscheidungen zu treffen und ist der Einzige, der sich umfassend informiert und in rastlosem Schaffen alle wichtigen Fragen durcharbeitet. Die übrigen Spitzenfunktionäre, einschließlich GROTEWOHL, werden nie wagen, etwa eine Rede zu halten, die nicht vorher dem Politbüro schriftlich vorgelegen hat. ULBRICHT ist der Einzige, der dies kann und tut.

Das bedingt, daß alle anderen die persönliche Verantwortung auf das K o l l e k t i v abwälzen und immer nach entsprechenden organisatorischen Formeln suchen, die das ermöglichen. Hierin liegen die Gründe, warum es dann auf dem 30. Plenum des ZK der SED (Februar 1957) zum Beschluß über die Bildung des Wirtschaftsrates der DDR kam.

Die Strukturfragen des Wirtschaftsrates in einzelnen, die Behandlung des Problems im ZK der SED

Vom Anfang an standen sich bei der Bildung des Wirtschaftsrates (im weiteren VR) zwei Vorschläge gegenüber und zwar

Vorschlag von ULBRICHT

Vorschlag von LEUSCHNER

Die Diskussion der beiden Vorschläge führt am besten in das Problem ein.

Vorschlag ULBRICHT

ULBRICHT ging bei seinem Vorschlag, wie nicht anders zu erwarten, vom Beispiel in der Sowjetunion aus. Im Frühjahr 1957 wurde die GOS-Plan von PERVUCHIN geleitet, welchem als Koordinierungsgremium die

Staatliche Wirtschaftskommission

als Teil der Plankommission unterstand. Die Mitglieder dieser Wirtschaftskommission waren also gleichzeitig Mitglieder der GOS-Plan. ULBRICHT schlug nun in Anlehnung an diese Strukturform vor, den Wirtschaftsrat in gleicher Weise zu bilden, womit dann die staatsrechtliche Frage (auf die später noch näher eingegangen wird) in juristisch einwandfreier Form gelöst worden wäre.

Dieser Plan stieß auf die Ablehnung von LEUSCHNER, der das unter keinen Umständen wollte. LEUSCHNER sah, daß er damit in einer Person automatisch verantwortlich für Planung und Plan-durchführung würde und daß bei dieser Strukturform personelle Fragen auftreten würden, die er unmöglich meistern konnte.

Die Verwirklichung des ULBRICHT'schen Vorschlages hätte nämlich bedeutet, daß notwendigerweise die stellvertretenden Ministerpräsidenten RAU, OELSSNER, SELEMANN, SCHOLE in ein absolutes Unterstellungsverhältnis zu LEUSCHNER geraten wären. LEUSCHNER ist aber ein viel zu guter Kenner der subjektiven Machtfaktoren des Stalinismus, als daß er diesen Pferdefuß nicht gesehen hätte und nicht wüßte, daß er politisch bei weitem nicht stark genug ist um sich diesen Figuren gegenüber durchsetzen zu können.

Diese Bedenken brauchte LEUSCHNER aber gar nicht selbst zu äußern. Die Betroffenen (RAU, OELSSNER und vor allem SELEMANN) rechnen den Braten und spannten sich automatisch vor LEUSCHNER's Karren. Da diese nie einen Bruno LEUSCHNER - der viel später als sie an die politische Oberfläche getreten und nach ihrer Meinung für sein Alter schon viel zu hoch gestiegen ist - als ihren Vorgesetzten anerkennen würden, wandten sie sich gegen den ULBRICHT'schen Vorschlag und unterstützten somit wider Willen LEUSCHNER. Dessen Variante sah nun so aus:

Vorschlag LEUSCHNER

Der WR wird gebildet als Teil des Ministerrates ohne Rücksicht auf die staatsrechtlichen Bedenken und ohne die Rechte der Plankommission zu verändern. LEUSCHNER ging dabei wesentlich und absichtlich davon aus, daß sein Vorschlag späterhin scheitern muß und nur als eine kurzfristige, aus der kritischen Situation der Gegenwart geborene Lösung darstellt. In seinem Artikel anlässlich der Bildung des WR, der sich in Neuen Deutschland vom 16. April 1957 abgedruckt findet, kommt diese Einschränkung und Ansicht von LEUSCHNER in der folgenden Formulierung zum Ausdruck:

- 107 -

"Wir sind nicht der Meinung, daß der Wirtschaftsrat man schon die endgültige, letzte Form unserer Wirtschaftsführung darstellt. Er ist vielmehr ein Glied in der Kette von Maßnahmen zur Verbesserung unserer sozialistischen Demokratie. Unser Staat wird, je weiter der Aufbau voranschreitet und je besser die einzelnen Zweige der Wirtschaft arbeiten, jeweils zu neuen, besseren und zweckmäßigeren Organisationsformen der Leitung der Volkswirtschaft übergehen."

Wenn er dennoch diesen Vorschlag einbrachte, so nur deshalb, weil er die Hoffnung hatte bis zur nächsten Veränderung seine Fähigkeiten genügend unter Beweis gestellt zu haben, was ihm ermöglicht seine dominierende Stellung gegenüber den anderen Mitgliedern des WR weiter auszubauen.

Juristische Problematik

Der WR nahm sofort nach dem Beschluß des IK auf Anweisung des Politbüros seine de facto-Arbeit auf, ohne daß zunächst eine formelle Ersttätigung seitens des Ministerrates verlag. Diese wurde erst im April nachgeholt und ein Statut ausgearbeitet.

Damit sind die juristischen Probleme aber keineswegs aus dem Wege geräumt und noch heute ungelöst. Sie bestehen in folgendem:

Der Ministerrat ist verfassungsrechtlich ein unteilbares Ganzes und die ihm von der Verfassung zugeordneten Aufgaben und Rechte hat er als geschlossener Körper auszuüben und wahrzunehmen. Es gibt keine Teile des Ministerrates und keine Aufspaltung seiner Funktionen auf abgesplitterte Gruppen. Etwas derartiges ist verfassungsrechtlich überhaupt nicht vorstellbar.

Der nun gebildete WR ist jedoch, wie die später zu schildernde Struktur zeigt, zweifelsohne ein Teil des Ministerrates, so daß hiermit ein juristisches Monstrum entstanden ist. Als Beispiel des juristischen Dilemmas mag folgendes dienen:

Der Ministerrat beschließt als letzte Instanz - wenn de facto auch nur formaljuristisch - die Volkswirtschaftspläne und die Fünfjahrpläne. Diese werden durch die Volkskammer dem höchsten Organ der DDR überhaupt, sogar zum Gesetz erhoben. Dem WR obliegt es nun aber gerade soweit erforderlich, aus den verschiedensten Gründen P l a n n e u n g e n und dergleichen vorzunehmen, o h n e die Volkskammer, oder was das mindeste wäre, den Ministerrat hiermit zu befassen. Damit wird die juristische Widersprüchlichkeit ohne weiteres evident.

Dessen ungeachtet arbeitet der WR seit Anfang März 1957 und faßt von diesem Zeitpunkt an de facto wirksame Beschlüsse.

Indes steht schon heute fest, daß der WR, wie er jetzt gebildet wurde, nicht von langer Dauer sein wird. Er ließ nämlich ein neues Dilemma entstehen: Die Plankommission und der Wirtschaftsrat bestehen heute als getrennte Gremien, haben jeder sein eigenes Statut und verrichten letztlich die gleichen Aufgaben. Die Koordination oder besser die Abstimmung dieser

- 108 -

- 108 -

Arbeiten übersteigt die physische Leistungsfähigkeit jedes Menschen schlechthin, und es sind überhaupt keine Organisationsformen denkbar, in denen diese Schwierigkeiten verringert werden könnten. Bei der von LEUSCHNER gewählten Form entstanden schnell neue organisatorische Schwierigkeiten, die sich aus der Organisationsform logischer Weise ergeben mußten.

LEUSCHNER hatte selbstverständlich seinen Plan nicht eigenmächtig entwickelt und weitergereicht, sondern sich vorher Rücksprache bei SABUROV geholt und auch mit MIROSCHEWITSCHENKO dieses Problem in allen Einzelheiten besprochen. Da in der Sowjetunion die Frage jedoch die gleiche ist, ausreichende Erfahrungen noch nicht vorliegen und besonders SABUROV mit der damaligen Organisationsform in der Sowjetunion nicht einverstanden war (und wie sich heute nach seiner stillen Absetzung im Juni 1957 vermuten läßt, wahrscheinlich schon wußte, daß seine politische Karriere vor dem Ende steht) hielt er sich sehr zurück und man sah es in der Sowjetunion nicht ungern, daß in der DDR die Organisation, wie sie LEUSCHNER vorschlug, ausprobiert wurde.

Aus dieser Gesamtsituation heraus kam dann der Beschluß auf dem 30. Plenum des IK zustande, der den Vorschlag von LEUSCHNER bestätigte, jedoch mit einer wesentlichen Veränderung, wie sie nachfolgend näher erläutert werden soll.

Die Struktur des Wirtschaftsrates nach ihrem gegenwärtigen Stand und der Einfluß des Wirtschaftsrates auf Struktur und Funktion der Plankommission

Struktur

Vorsitzender des Wirtschaftsrates:

Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der DDR:

LEUSCHNER, Bruno

Ein Stellvertreter des Vorsitzenden wurde nicht benannt. Im Falle des Urlaubs oder der Verhinderung von LEUSCHNER wird dieser durch ein Mitglied vertreten, welches vom VR (nicht vom Vorsitzenden!) bestimmt wird. In diesjährigen Urlaub von LEUSCHNER (Mai/Juni) war OELSENER der Vertreter.

Mitglieder des Wirtschaftsrates:

Stellvertreter des Min.Präs. und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel:

RAU, Heinrich

Stellvertreter des Min.Präs. für den Bereich Industrie und Verkehr:

SELMANN, Fritz

Stellvertreter des Min.Präs. für den Bereich Leichtindustrie und Handel:

OELSENER, Fred

- 109 -

- 109 -

**Stellvertreter des Min.Präs.
für den Bereich Land-, Forst-
und Wasserwirtschaft:**

SCHOLS, Paul

Minister für Finanzen:

KUMPF, Willi

Mitglieder mit beratender Stimme:

1. Stellvertreter des Vers.
der Staatl. Plankommission
für laufende Planung:

Dr. WITTKOWSKI, Grete

1. Stellvertreter des Vers.
der Staatl. Plankommission
für Perspektivplanung:

GREGOR, Kurt

Die Mitglieder mit beratender Stimme sind nicht im Statut festgelegt und können auf Antrag eines Mitgliedes des WR von den Sitzungen oder von einzelnen Tagesordnungspunkten ausgeschlossen werden.

Das forderten vor allem RAU und SELEMANN, um ein Übergewicht der Plankommission im WR zu verhindern. Somit muß LEUSCHNER vor jeder Sitzung die Erlaubnis darüber einholen, welche Funktionäre zusätzlich hinzugesogen werden sollen.

Sekretär des Wirtschaftsrates:

Diese Funktion übt gleichzeitig
der Leiter des Sekretariats
der Plankommission aus:

REIFF, Georg

**Der Einfluß des Wirtschaftsrates auf Struktur und Funktion
der Plankommission**

Mit der Bildung des WR trat in organisatorischen Gefüge oder besser gesagt in den Unterstellungsverhältnissen der Plankommission ein entscheidender Wandel ein. Bisher waren die Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission nur dem Vorsitzenden resp. dem für ihren Ressort zuständigen 1. Stellvertreter des Vorsitzenden unterstellt. Sollte der WR seine Aufgabe als höchstes koordinierendes Gremium für Fragen der Planung und Planungsdurchführung überhaupt lösen können, so mußte hier irgendeine Änderung eintreten. Sie geschah in der Form, daß die Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der einzelnen Wirtschaftsbereiche ein d e p p e l t e s Unterstellungsverhältnis erhielten. Sie sind jetzt unterstellt:

- a) Dem Vorsitzenden der Plankommission resp. dem 1. Stellvertreter des Vorsitzenden und
- b) dem fachlich zuständigen Mitglied des Wirtschaftsrates.

- 110 -

- 110 -

Im einzelnen sind die Unterstellungsverhältnisse zu b) wie folgt geregelt:

RAU sind unterstellt:

Die Stellvertreter des Vorsitzenden der Plankommission für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, ferner Kultur, Volksbildung, Hochschulwesen, Gesundheitswesen und Arbeitskräfte in laufender und Perspektivplanung.

SELBMANN sind unterstellt:

Die Stellvertreter des Vorsitzenden der Plankommission für Kohle und Energie, Metallurgie, Chemie, Maschinenbau, Bau, Verkehr, Wismut, Kernphysik und Forschung in laufender und Perspektivplanung.

OLBSNER sind unterstellt:

Die stellvertreter des Vorsitzenden der Plankommission für Leichtindustrie, Lebensmittelindustrie, Handel und Versorgung, sowie örtliche Wirtschaft in laufender und Perspektivplanung.

SCHOLE sind unterstellt:

Die Stellvertreter des Vorsitzenden der Plankommission für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, sowie Erfassung und Aufkauf in laufender und Perspektivplanung.

RUMPF sind unterstellt:

Die Stellvertreter des Vorsitzenden der Plankommission für Finanzen und Staatshaushalt, sowie Investitionen in laufender und Perspektivplanung.

Bei RAU und RUMPF wurde folgende Einschränkung gemacht: Um die Objektivität der Planung in Fragen Staatshaushalt und Außenhandel zu wahren, sind sie für die Gebiete, auf denen sie selbst Fachminister sind nicht berechtigt, die Planausarbeitung zu beeinflussen. Hier gehen ihre Befugnisse nur soweit, daß sie die entsprechenden Stellvertreter zum Zwecke der besseren Abstimmung zu den Kollegiumsitzungen und sonstigen Aussprachen in ihren Ministerien hinzuziehen können.

Diese Organisationsform des WR und sein Einfluß auf die Plankommission geht natürlich nicht auf LEUSCHNER zurück und war nicht Inhalt seiner Vorschläge.

Bei der Diskussion im ZK sah es zunächst so aus, als ob ULBRICHT seinen Plan ganz fallen gelassen hätte und sich LEUSCHNER mit seiner Meinung durchsetzen konnte. Man mußte jedoch bald erkennen, daß, wenn der WR überhaupt eine praktische Arbeit leisten sollte, ihm auch die Experten der Plankommission unterstellt werden mußten. Die stellvertretenden Ministerpräsidenten verlangten, daß sie in gleicher Weise, wie gegenüber den Ressortministern, auch gegenüber den Stellvertretern des Vorsitzenden der Plankommission befugt sein müßten.

- 111 -

328-9-28

SECRET **SIGNAL**

- 111 -

Damit hat sich also praktisch ULBRICHT mit seinen Auffassungen durchgesetzt, indem nachträglich eine Verschärfung von Planungs- und Produktionsapparat erfolgt ist.

In der praktischen Arbeit passiert jetzt folgendes:

In seiner Eigenschaft als Mitglied des WR beauftragt SEIBMANN u.B. Hugo MEISER als Stellvertreter des Vorsitzenden der Plankommissionen für den Bereich Schwerindustrie, bestimmte Erhebungen, Ermittlungen und Vorschläge anzustellen und auszuarbeiten etwa mit dem Ziel, die Investitionsmittel für das Objekt "Schwarze Pumpe" beispielsweise von 500 auf 700 Millionen zu erhöhen.

MEISER führt diese Arbeiten auftragsgemäß durch und stößt natürlich damit in der Sitzung der Plankommission auf absoluten Widerspruch. Die Sache geht dann an den WR und hier ist es nun Angelegenheit des geschickten Faktierens von LEUSCHNER sich durchzusetzen. Zweifelsohne hat LEUSCHNER diese Fähigkeit bis zur letzten Perfektion entwickelt.

In aller Regel verfährt er so, daß er auf die absolute Begrenzung der vorhandenen Material- und Finanzmittel verweist, den Vorschlag von sich aus sogar bejaht und hervorhebt, daß er nur dadurch zu verwirklichen ist, daß etwa die Mittel bei der Landwirtschaft (NTS, LPS) oder der Konsumgüterindustrie etc. etc. entsprechend gekürzt werden müssen.

Befort ruft er damit den massiven Widerstand von SCHOLE und OELSSNER hervor, so daß natürlich das Projekt zu Fall kommt und die Plankommissionen sich durchsetzen.

LEUSCHNER hat des weiteren die Möglichkeit, in solch einem Falle SEIBMANN auch selbst zur Zurücknahme seiner Forderung zu veranlassen, indem er die Bewilligung der Mittel von der anderweitigen Kürzung in seinem eigenen Bereich, beispielsweise im Schwermaschinenbau, abhängig macht.

So steht in der Praxis die "Verbesserung der Planung" und das "straffe Kommando" in der Wirtschaft aus, von dem die SED als der höchsten Form der Wirtschaftsführung überhaupt spricht. Für diesen Widersinn dürfen die Arbeiter die Normen erhöhen, die Selbstkosten senken, Sonderleistungen fahren usw. auf. - Nur nicht s t r e i k e n , das wäre dann faschistisch und undemokratisch.

Operative Arbeit des Wirtschaftsrates, Statut, Geschäftsordnung

S t a t u t

Ein Statut des WR wurde inzwischen durch den Ministerrat erlassen und im Gesetzblatt der DDR veröffentlicht. Das Statut sagt über die eigentlichen Probleme der Arbeit und Funktion des WR nichts wesentliches aus. Es hat nur formaljuristische Bedeutung und wurde hauptsächlich deshalb erlassen, damit die Ministerien und Betriebe überhaupt von dem Existenz dieses Organes wissen und informiert sind, daß sie dessen Beschlüsse durchzuführen haben. Von den ursprünglich 10 bis 12 Seiten

- 112 -

50X1-HUM

unfassenden Entwürfen, wie sie im Sekretariat der Plankommission ausgearbeitet wurde, sind praktisch nur die Präambel und ein paar belanglose Sätze übrig geblieben.

Diese entscheidende Abschwächung des Statuts und die Verwässerung aller Formulierungen geht besonders auf den Einfluß von GROTEWOHL, RAU, SEIBMANN zurück.

GROTEWOHL war es vor allem, der auf die juristische Haltlosigkeit der Konstruktion des WR hinwies, und der sich dagegen stemmte, in dem Statut irgendwelche Rechte und Verantwortungen in präziser Formulierung festzulegen. Er tat das hauptsächlich mit Rücksicht auf die Verfassungsrechtler in den Blockparteien.

Weitere Streichungen wurden von den Mitgliedern, vor allem von SEIBMANN und RAU vorgenommen um das Statut zu so entschärfen, daß keine Unterstellung unter LEUSCHNER und die Plankommission herauszulesen ist.

Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung des WR hat dieser sich in einer seiner ersten Sitzungen selbst gegeben. Danach tritt der WR nach Bedarf etwa wöchentlich, zumeist aber öfter zusammen. Die Sitzungen finden im Dienstsinner des Vorsitzenden oder des von WR ernannten Vertreters statt.

Die Tagesordnungen kommen druch die von den Mitgliedern eingebrachten Beschlusverlagen zustande. Nur die Mitglieder dürfen irgendwelche Punkte auf die Tagesordnung setzen, die auch ihre Unterschrift tragen müssen.

Das einzige Recht des Vorsitzenden besteht darin, die Reihenfolge der Tagesordnung festzulegen. Er kann von sich aus keinen Punkt etwa zurückstellen oder zurückweisen.

Das Statut sieht vor, daß auch die Fachminister Punkte im Wirtschaftsrat einbringen können. Die Geschäftsordnung schwächt diesen Passus insofern ab, daß dies nur über die Mitglieder des WR als Ressortchefs möglich ist.

Der Hauptpunkt der Geschäftsordnung ist die Regelung des V e t o s . Jedes Mitglied hat das Recht des absoluten Vetos. Gegen die Stimme eines Mitgliedes kann kein Beschluß realisiert werden.

Sofern Einstimmigkeit nicht erzielt wird, ist der Vorsitzende verpflichtet den Ministerpräsidenten davon zu informieren, wobei dann die entsprechenden Entscheidungen durch den Ministerrat oder sein Präsidium gefällt werden. In Wirklichkeit werden diese Streitigkeiten natürlich in Politbüro der SED ausgetragen.

Operative Arbeit, einzelne Beschlussfassungen

Die wichtigsten Beschlüsse mit denen der WR seine Arbeit begann, und die bis August 1957 gefaßt wurden, sind die folgenden:

- 113 -

a) Beratung der Analysen über die bisherige Durchführung des 2. Fünfjahresplans und des Staatshaushaltsplans

Die Beratungen zu diesen Themen füllten die ersten Sitzungen des WR aus und sind bis heute noch nicht abgeschlossen. Sie kommen als Teilfragen oder auch als Gesamtproblem immer wieder auf die Tagesordnung.

Das hartnäckige Festhalten an diesem Tagesordnungspunkt und die immer erneute Diskussion dieser Themen ist ein Schicksal von LEUSCHNER. Er verfolgt damit, das an sich richtige Ziel, die Mitglieder des WR mit dem g e s a m t e n Problemkomplex vertraut zu machen und ihnen ihren Ressort-egeist und ihr Ressortdenken abzugewöhnen.

Zumeist gelingt es LEUSCHNER gerade in den Diskussionen dieser Themen, die einzelnen Ressortvertreter gegeneinander auszuspielen, selbst die Entscheidungskompetenz in der Hand zu behalten und so von der Seite der Fachmaterie her seine Stellung zu festigen. Der Erfolg trat insoweit ein, als sich die Ansichten der Plankommission fast regelmäßig durchsetzten, da man hier natürlich schon seit Jahren gewöhnt ist, die einzelnen Ressortinteressen und -belange gegeneinander abzuwägen und auszubalancieren.

b) Volkswirtschaftsplan 1957 - Durchführung - und Volkswirtschaftsplan 1958 - Ausarbeitung

Im Anschluß an die Grundsatzdebatten zum 2. Fünfjahrplan lag der Akzent in den Beratungen des WR auf der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1957 und der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1958.

Inzwischen sind die Vorbereitungen für den Volkswirtschaftsplan 1958 soweit vorangeschritten, das in diesem Jahre seit längerer Zeit wieder der Plan vor Beginn des neuen Jahres in die Volkskammer gehen soll, um den Betrieben das Material bis zum Jahresanfang zuleiten zu können. Ursprünglich war Termin für die Volkskammersitzung zu diesem Punkt für Ende Oktober vorgesehen. Wenn dieser Termin nicht eingehalten werden kann hängt das höchstwahrscheinlich damit zusammen, das die Kommission für den 2. Fünfjahrplan unter Leitung von ULBRICHT Änderungen an der Konzeption dieses Planes verlangt. Die Veröffentlichung über das 33. Plenum des IX vom Oktober 1957 lassen das stark vermuten.

Die Materialien zu a) und b) wurden von Dr. WITKOWSKI als den zuständigen 1. Stellvertreter für die laufende Planung ausgearbeitet und im WR vorgetragen.

c) Beschluß über die Kohle-Perspektive

Ende April Anfang Mai 1957 faßte der WR den Beschluß über das Kohle- und Energieprogramm der DDR. Der Beschluß legt konkrete Ziele bis 1960 fest und stellt die Rekszahlen für den Zeitraum bis 1970 auf.

- 114 -

Dieser Beschluss ist einer der wichtigsten, den der WR seit seinem Bestehen fasste. Die Plannahlen des Kohle-Energieprogramms bestimmen bereits weitgehend die Grenzen und den Rahmen des 2. Fünfjahrplanes. Mit dieser Beschlussfassung sind bereits quantitativ die wichtigsten finanziellen, materiellen und arbeitskräftemässigen Mittel der DDR für den 2. Fünfjahrplan gebunden.

Diese Beschlussfassung geht auf SEIBMANN zurück, der sie gegen den Willen von LEUSCHNER und der Plankommission durchsetzte. Die Plankommission und LEUSCHNER waren naturgemäß gegen eine Beschlussfassung dieser Einzelfrage wegen der damit verbundenen Einengung und Beschränkung der Bewegungsmöglichkeit in der übrigen Planung.

SEIBMANN vermochte den Beschluss mit der Rückendeckung der Partei durchzusetzen. Im übrigen muß an dieser Stelle auf die Ausführungen unter - RgV - verwiesen werden. Da die Frage des Kohleprogramms der DDR zu einer hochpolitischen Angelegenheit des Ostblockraums würde und SEIBMANN hier auch die Rückendeckung der Sowjets hatte.

d) Beschlufentwurf über die Chemie-Perspektive

In gleicher Weise wie das Kohle-Energieprogramm war auch eine Chemie-Perspektive ausgearbeitet worden, die ebenfalls auf Initiative von SEIBMANN zurückging und von diesem auf die Tagesordnung gebracht wurde. Veranlassung dazu gaben die wesentlichen Unzufriedenheit und starke Kritiken an der Wirtschaftspolitik der SED, die von den Spezialisten der chemischen Industrie, besonders der Leuna-Werke hervergebracht wurden. Der Beschluss kam jedoch nicht zustande.

LEUSCHNER wandte sich an das Politbüro und legte dar, das schon der Kohle-Energie-Plan nach Meinung der Plankommission im Hinblick auf andere, ebenfalls nicht zu vernachlässigende Wirtschaftsaufgaben die Möglichkeiten der DDR erheblich übersteigt und das mit der endgültigen Beschlussfassung über die Chemie-Perspektive das Planungsdilemma komplettiert werde.

Es gelang LEUSCHNER durchzusetzen, das der Chemie-Beschluss inhibiert wurde und nur als eine in etwa zu beachtende Richtschnur an das Ministerium für Chemie weitergegeben wurde.

e) Diverses

Außer den vorgenannten wichtigen Beschlüssen fasste der WR inzwischen insgesamt etwa 40 - 50 weitere Beschlüsse, die sich mit Einzelfragen und Teilproblemen der Wirtschaft der DDR und Fragen der internationalen Zusammenarbeit beschäftigten und oftmals weniger interessant als Beschlüsse sondern in ihrem Hinweis auf die unsinnige Zentralisation und Überorganisation der ganzen Staatsapparatur sind.

So beschäftigte sich der WR z.B. mit Fragen der Lohnerhöhung in bestimmten Zweigen der Industrie, mit der Inoperkämpfung, mit Einzelfragen der Landwirtschaft und in häufigen Sitzungen mit der Frage unabschätzbarer Exportgüter. Diese werden dann

.. 795 ..

als Investmittel der Volkseigenen Industrie zugewiesen, wobei dann das passiert, was dann als Beschwerden der Werkleiter in der Ostseezeitung oftmals seinen Niederschlag findet, daß nämlich die Werke plötzlich Maschinen und Ausrüstungen erhalten, die sie nicht bestellt haben und nicht gebrauchen, während das, was sie bestellt haben exportiert wird.

In diesem Zusammenhang sei noch ein wichtiger Hinweis angeführt: Bei allen Beratungen über die Bildung des WR legte LEUSCHNER das Schwergewicht seiner Argumentation darauf, daß es Aufgabe des WR werden und sein müsse nur die grundsätzliche Führung und ökonomischen Politik zu behandeln. Er warnte immer wieder davor, welche Gefahren es für den Wirtschaftsablauf mit sich bringe, wenn dieses hohe Gremium sich in Einzelfragen der Wirtschaft einmische. Das würde das Durcheinander nur vervielfachen. In dieser Ansicht haben ihm damals selbstverständlich alle zugestimmt.

Die Praxis zeigt jedoch, daß genau das eintrat, wovor LEUSCHNER gewarnt hatte: Der Wirtschaftsrat schlittert immer mehr in das Fahrwasser kleinstädtischer Administration. Dafür ein Beispiel:

Bei der Diskussion über den schlechten Anlauf des Bewirtschaftungsplanes im April 1957 machte Staatssekretär HÄFFRANG vom Ministerium für Aufbau (den Minister WINKLER sieht man nicht heran, weil er CDU-Mann ist) den Hinweis, daß ein großer Mangel an Splitt und Schotter besteht. Sofort wurde KRIBBMAN laut. Er berichtete, daß er beim Jagen in seinem Revier einen Pferdewagen mit Splitt abladen sah, den sich eine Gemeinde als Strenumaterial für den Winter in einem Waldweg lagerte. Er regte sofort eine Generaluntersuchung an, um alle diese, wie er sagte "illegalen Reserven" nutzbar zu machen. Die Hinweise von HÄFFRANG, daß das ein Tropfen auf den heißen Stein sei und die Untersuchung mehr koste, als dabei herauskäme, wurden in den Wind geschlagen. Die Untersuchung wurde durchgeführt, Kontrolleure fahren in alle Kreise - aber heraus kam nichts und der Bewirtschaftungsplan geriet nur noch weiter ins Hintertreffen, weil die von HÄFFRANG vorgeschlagenen ökonomischen Maßnahmen, wie Lohn- und Preisveränderungen um Anreizmittel zu schaffen, nicht beschlossen wurden.

Die Reihe solcher unsinniger Beispiele ließe sich beliebig verlängern.

712

**IV. Die Aspekte der zukünftigen wirtschaftspolitischen
Entwicklung der DDR**

**Der wirtschaftspolitische Status der DDR in der Auffassung
der leitenden Wirtschaftsfunktionäre**

Bei den leitenden Funktionären in der Plankommission und den Industrieministerien herrscht über die ernste, um nicht zu sagen katastrophale wirtschaftliche Situation der DDR völlige Klarheit. Wenn hier von leitenden Funktionären gesprochen wird, so sind hier LEUSCHNER, Dr. WITKOWSKI und die Mehrzahl der übrigen Stellvertreter und Hauptabteilungsleiter gemeint.

Ohne zu übertreiben läßt sich sagen und ihre Meinung dahingehend zusammenfassen, daß die wirtschaftliche Gesamtlage der DDR wesentlich ernster und wesentlich auswegloser eingeschätzt wird, als das die Mehrzahl der von westlicher Seite angestellten und der Plankommission zur Kenntnis kommenden Analysen ausdrückt. Im Gegenteil, man wundert sich dort oftmals darüber, mit welchen falschen Vorstellungen und unzutreffender Einschätzung der Schlussfolgerungen die wirtschaftliche Situation der DDR und die Möglichkeiten ihrer Entwicklung gesehen werden. Die SED verbucht dies als einen Erfolg ihrer maßlosen propagandistischen Übertreibung der sogenannten Errungenschaften der DDR.

Andererseits kommen die negativen Auffassungen natürlich in den Sitzungen und selbst in Besprechungen im engeren Kreis nicht in völliger Klarheit zum Ausdruck, sondern die Atmosphäre bei allen Beratungen - sogar in Politbüro - bleibt immer verschwommen, die Andeutungen sind unklar und vieldeutig, wobei dennoch jeder genau weiß, was der andere meint und sagen will und wobei ein jeder von anderen hofft er möge doch den Anfang mit einer offenen Kritik machen, ohne daß natürlich jemals einer den Mut dazu findet.

Viele der geführten Diskussionen und Besprechungen stehen unter dem Tenor:

"Wir dürfen den Ernst der Lage, wie er in diesem oder jenem Wirtschaftszweig oder in dieser oder jener Maßnahme evident wird, vor allen nicht nach a u s e n sichtbar werden lassen."

Mit der Einleitung solcher Floskel folgt dann zumeist eine schematische Darstellung der Situation aus dem Bereich des Betreffenden, die in der Regel mit der Formulierung endet:

"Hier muß sich g r u n d l e g e n d etwas ändern, so geht es einfach nicht weiter!"

Ein weiteres Merkmal, in dem die Kenntnis über die ausweglose wirtschaftliche Situation zum Ausdruck kommt, sind die in der Plankommission mit großem Eifer und Interesse aufgenommenen CHERUSTSCHOW'schen Thesen über die Umstrukturierungen des Staatsapparates mit dem Trend, die S e l b s t v e r w a l t u n g

CONFIDENTIAL

der Wirtschaft stärker auszubauen. (Hierüber wird später weiteres gesagt).

Auch im Wirtschaftsrat gibt es offene, freimütige Diskussionen über die tatsächliche Lage, wobei das Niveau dieser Diskussionen, obwohl ein höheres Gremium als die Plankommission, wesentlich niedriger ist. Von den verschiedenen Mitgliedern des WR, kann man jedoch durchaus sagen, daß der Versuch gemacht wird das Politbüro über die reale Lage zu unterrichten und der sowjetischen Botschaft die Notwendigkeit weiterer Hilfsmaßnahmen vorzustellen. Hierbei bedienen sich die Mitglieder des WR sogar oft der Mittels der Übertreibung, wenn ihnen das Wissen für umfassende sachliche Argumente fehlt.

Von LEUSCHNER und in immer stärkerem Maße auch von OELSSNER, sowie der Mehrheit der Mitglieder der Plankommission läßt sich heute sagen, daß sie von der Sowjetunion resp. über die Sowjetunion vom Politbüro der SED aus Gründen der wirtschaftlichen Existenzfähigkeit ein Entgegenkommen in den Fragen des politischen Dogmatismus und einen wirkungsvollen Abbau doktrinärrer Ansichten erwarten.

Daß derartige Dinge nicht völlig klar ausgesprochen werden, sondern verklausuliert zum Ausdruck kommen, liegt in der Natur der Dinge. Man muß die ganze Atmosphäre kennen und mitten in der Problematik stehen, um derartige Diskussionsbeiträge, Formulierungen und Vorstellungen richtig verstehen und interpretieren zu können.

Genau in dieser Richtung zielen z.B. solche Anspielungen LEUSCHNER's die er in der letzten Zeit wiederholt machte:

"Die Sowjetunion wird uns nicht nur wirtschaftlich, d.h. unmittelbar helfen, sondern wir können mit Sicherheit auch eine Hilfe auf ideologischen Gebiet erhoffen. Mit dieser ideologischen Hilfe der Sowjetunion kommen wir dann besser und näher an unsere wirklichen wirtschaftlichen Probleme heran."

Es ist des weiteren ein offenes Geheimnis, daß der "Titismus" bei den leitenden Wirtschaftsfunktionären immer mehr um sich greift und das Wirtschaftsexperiment Jugoslawiens mehr und mehr an Anziehungskraft gewinnt. Man merkt das einfach daran, daß die Wirtschaftsstruktur in Jugoslawien (wenn auch nicht in aller Offenheit) stark diskutiert wird und den Diskussionen eine in zunehmendem Maße positive Bewertung zugrunde liegt.

Der Hauptgegner dieser Thesen ist das Politbüro der SED unter Führung von ULBRICHT und all derjenigen Mitglieder, die nichts mit wirtschaftlichen Fragen zu tun haben, davon auch nichts verstehen und die wirtschaftliche Problematik nur als eine Organisationsfrage ansehen.

So hat ULBRICHT den Druck der GHRUSTSCHOW'schen Thesen, wie bereits gesagt, nicht zuletzt deshalb hinausgeschoben, weil er zunächst vermutete, daß damit die Art an die Wurzel seines Systems und seiner Existenz gelegt würde.

- 118 -

Inzwischen ist längst klar geworden, daß die ganze Umstrukturierung der größte Bluff in der sowjetischen Geschichte überhaupt ist. Unter dem Deckmantel einer "Reform" des Überzentralismus vollzieht sich momentan in der Sowjetunion eine Massendeportation, wie sie selbst unter STALIN nicht gekannt wurde, während die Macht in der Hand CHRUSTSCHOW's noch stärker konzentriert wird. (Dazu aber später).

An dieser Stelle muß das Folgende aber noch erwähnt werden:

1. Zwischen den SED-Funktionären im Staats- und Wirtschaftsapparat und dem eigentlichen Parteiapparat ist eine tiefe Spaltung eingetreten. Der Parteiapparat ist zum absoluten Herrschuh der Entwicklung geworden und ist von der Praxis völlig isoliert.

2. Innerhalb des Staats- und Wirtschaftsapparates ist wiederum eine Spaltung eingetreten, durch welche die stalinistische Minderheit isoliert und ausgeschaltet wird.

Dieser Prozeß vollzieht sich nicht im offenen fraktionellen Kampf, sondern unter der Oberfläche, unorganisiert und hat den Charakter eines schleichenden unheilbaren Leidens.

Von einem Parteileben, wie es im Westen (zum Teil auch in den kommunistischen Parteien) bekannt ist, kann in der SED und in den Blockparteien keine Rede sein. Der gesamte Staats- und Wirtschaftsapparat steht den Parteidirektiven apathisch und verständnislos gegenüber. Das hat selbstverständlich zur Folge, daß diese Direktiven ohne echte Initiative und ehrliche Begeisterung durchgeführt werden, wobei 90 % aller Berichterstattung über die Erfüllung der Parteiaufträge Lüge und Manipulation sind.

Eine offene Diskussion gibt es in der SED seit langem nicht mehr. Die Versammlungen und Schulungen verlaufen nach gleichem Schema farblos und müde, dauern meist nur kurze Zeit und kennen nur befohlene Diskussionsredner, d.h. daß vor jeder Versammlung von der Parteileitung Genossen beauftragt werden, über ganz bestimmte Fragen in der Diskussion zu sprechen. Außer diesen Zwangsdiskussionen gibt es kaum Wertmeldungen.

Anders ist es bei Arbeitsbesprechungen unter staatlicher Leitung. Hier herrscht rege Beteiligung, sachliche Diskussion und starke Kritik, wobei wiederum die Parteifunktionäre schweigen müssen, weil sie von fachlichen Fehlern meist keine Ahnung haben und mit ihren Zeitungsschlagworten abblitzen.

Die SED versucht nun durch die Parole "die Partei soll sich stärker mit der staatlichen Arbeit befassen" die Parteiversammlungen mit den fachlichen Problemen zu verbinden, wodurch diese zu Arbeitsbesprechungen werden und die Stalinisten ebenfalls in die Defensive bringen.

- 119 -

119

Noch schlechter sieht es in der sogenannten "unteren Ebene" aus, wo das Parteilieben völlig erstarben ist und die Kreisleitungen nicht einmal mehr in der Lage sind z.B. eine öffentliche Einwehnerversammlung in einem Ort durchzuführen. Abgesehen davon, daß hier die Bevölkerung fern bliebe, würden nicht einmal die SED-Mitglieder erscheinen. Deshalb kann nur in den Großbetrieben eine gewisse Parteiliebe geleistet werden.

Über alle diese Fragen wird nur unter vier Augen gesprochen und sie lasten auf der gesamten Partei wie ein schwerer Alp. In solchen Unterhaltungen trifft man heute keinen pro-SEDisten mehr an. Der ganze Apparat ist gelähmt von Mißmut, Unlust und Kapitalantenstimmung, er steht nicht mehr hinter der Parteiführung und erwartet grundsätzliche Veränderungen.

Auch hierüber sind sich die Spitzenfunktionäre im klaren und stehen in dem gleichen Verhältnis wie die unteren Funktionäre zu ihnen, zu Moskau.

Das 32. Plenum des ZK der SED und die Fragen der Dezentralisierung

In der ersten Hälfte des Februar 1957 fand die Tagung des ZK der KPdSU, in der CHRUSTSCHOW seine Thesen über die Dezentralisation und Bildung der Volkswirtschaftsräte in der Sowjetunion veröffentlichte, statt. Es kann nicht überraschen, daß sofort, nachdem diese Dinge publik wurden, in allen Instanzen des sowjetischen Staatsapparates und natürlich besonders in der Plankommission lebhaft Diskussionen über diese Thema einsetzten. Der Grundgedanke war dabei vor allem:

Wie sehen die Auswirkungen des CHRUSTSCHOW'schen Planes für die DDR aus?

Sehen bei der Diskussion der sowjetischen Intentionen drang man zu den grundlegenden Hauptproblemen durch und sah in der Plankommission die entscheidende Alternative voraus, vor die CHRUSTSCHOW gestellt war. So etwa reflektierte die Rede CHRUSTSCHOW's in den Köpfen der leitenden Funktionäre der Plankommission.

CHRUSTSCHOW steht am Scheideweg. Hier kann er nicht stehen bleiben. Der eine Weg führt zu TITO, zu den jugoslawischen Formen sozialistischer Gesellschaftsgestaltung und damit zum sogenannten Revisionismus -

Der andere Weg muß zwangsläufig zurück zu STALIN führen.

Ein Drittes ist logischer Weise nicht möglich.

Es lag auf der Hand, daß das Politbüro die Diskussionen nicht laufen lassen konnte und daß man gezwungen war, irgendwie die Leitung wieder in die Hand zu bekommen. So veranlaßte ULBRICHT die Einberufung des 32. Plenums des ZK der SED für Mitte Juli 1957.

- 120 -

In Augenblick ist der Stand der Dinge folgendermaßen:

ULBRICHT hat eine Kommission eingesetzt, die unter seinem Vorsitz arbeitet und die die Aufgabe hat, das sowjetische Vorbild für die besonderen Bedingungen der DDR zu realisieren.

Dieser Kommission gehören Mitglieder des Wirtschaftsrates, der Plankommission, der Ministerien, der Bezirke und des Parteiapparates an.

Zunächst drehte sich die Diskussion vor allem darum, wie nach dem CHRUSTSCHOW'schen Vorstellungen der Aufbau des Staates überhaupt erst einmal in der Sowjetunion aussehen soll. Das ist nämlich auf den ersten Blick absolut nicht klar und ULBRICHT hat nicht das geringste getan, um Klarheit in dieses Dunkel zu bringen. Warum geht es?

Während CHRUSTSCHOW seitenslang über alle möglichen organisatorischen Fragen spricht und diese lang und breit erläutert, erwähnt er die entscheidendsten Veränderungen nur in einem Satz, ohne die geringste Begründung zu geben:

Die Zusammensetzung des Ministerrates der UdSSR soll dahingehend verändert werden, daß in Zukunft auch neben den bisherigen Mitgliedern des Ministerrates die Vorsitzenden der Ministerräte der Unionsrepubliken der Vorsitzende des wissenschaftlich-technischen Komitees der Leiter des Zentralamtes für Statistik die Stellvertreter des Vorsitzenden der GOS-Plan und die Leiter der wichtigsten Abteilungen der GOS-Plan, die den Rang von Ministern erhalten oder behalten, zu Kabinettsmitgliedern ernannt werden sollen.

Das heißt aber doch nichts anderes, daß der Ministerrat der UdSSR zu einem ausgesprochenen Verwaltungsapparat degradiert und seiner politischen Aufgabe beraubt wird.

Somit bleibt das einzige politisch entscheidende Organ das Politbüro (Präsidium) des ZK der KPdSU, dessen 1. Sekretär CHRUSTSCHOW ist. Im Parteipräsidium aber ist der Ministerrat in der Minderheit vertreten und man kann somit leichter als bisher Veränderungen in der höchsten Regierungsebene vornehmen. Unter STALIN war das insofern kein Problem, da dieser Partei- und Regierungschef in Personation war.

Das ist nach meiner Ansicht der eigentliche Grund aller Veränderungen, die mit Dezentralisierung und Demokratisierung nicht das geringste zu tun haben. Das geht auch daraus hervor, daß CHRUSTSCHOW eine Unterstellung der Volkswirtschaftsräte unter die Regions- und Gebietssovjets strikt ablehnt, was den ersten Schritt zu einer echten Demokratisierung bedeuten würde.

Hierüber wurde in der Kommission ULBRICHT selbstverständlich nicht gesprochen. Ein solcher Gedankengang darf auch nicht

- 121 -

50X1-HUM

- 121 -

einmal angedeutet werden. Aber ULBRICHT hat die Zusammenhänge bestimmt am besten begriffen und beginnt deshalb in starkem Maße mit dem Personalkult um CHRUSTSCHOW. So wurde aus Anlaß des CHRUSTSCHOW-Besuches im Sommer 1957 eine sogenannte Gedenkplakette mit dem Bild des neuen Moskauer Diktators geschaffen und herausgegeben.

Es ist daher kein Wunder, wenn die Kommissionsitzungen der SED über die Dezentralisierung ausgingen wie das Hornberger Schießen. Es wurde mit solchen Gedanken gespielt z.B. die Hauptverwaltung der Produktionsministerien wieder in VVB's umzuwandeln und so eine Dezentralisierung einzuleiten oder besser ausgedrückt, versuspiegeln.

Man diskutierte auch die Schaffung sogenannter Industriezweigeleitungen, die eine Teilung und Verlegung der Ministerien in die entsprechenden örtlichen Produktionsschwerpunkte zum Inhalt haben sollte.

Die schleppende Behandlung dieser Frage zeigt, daß ULBRICHT in Wirklichkeit gar keine Dezentralisierung für notwendig hält und wünscht - und sie konsequenter Weise auch gar nicht wünschen kann. Denn in der DDR sind die Machtverhältnisse klar, wodurch organisatorische Veränderungen entfallen.

ULBRICHT wird daher die Forderung verfolgen, nach außen hin propagandistisch die "Umstrukturierung" des Staatsapparates stark herauszustellen und Diskussionen hierüber im Neuen Deutschland führen zu lassen. Änderungen werden nur insoweit vorgenommen, daß sie die Macht und Kontrolle der zentralen Instanzen nicht beschränken sondern vermehren.

Die Stalinisten im Staatsapparat werden diese Gelegenheit außerdem dazu benutzen, um unter der Losung "Verringerung des zentralen Apparates" die unliebsamen Kritiker wieder in die Betriebe abzuschieben.

Auf dieser Linie liegt auch die Diskussion im Neuen Deutschland um die Bildung der VVB's und den Einsatz der staatlichen Angestellten in den Betrieben ihres Verwaltungsbereiches, die als große richtungweisende Prinzipien des neuen Staatsaufbaus gepriesen werden. In Wirklichkeit sind die Änderungen minimal und es bleibt alles beim Alten.

Die Perspektiven für die kommende wirtschaftliche Entwicklung der DDR in der Sicht der leitenden Wirtschaftsfunktionäre

a) Allgemeines:

Die Quintessenz dieses Problems läßt sich in einem Satz zusammenfassen:

Die wirtschaftliche Realität der DDR besteht darin, daß jetzt und in den nächsten Jahren eine Erhöhung des Lebensstandards nicht möglich ist und daß alle Kräfte angespannt werden müssen um den augenblicklichen Stand der Produktion und des Lebensstandards auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten.

Die wirtschaftspolitische Aufgabe der DDR ist also absolut **d e f e n s i v**. Fraglos wird es gewisse bescheidene Steigerungen auf einzelnen Gebieten der Produktion geben. diese Steigerungen werden aber keineswegs zu einer Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung beitragen.

Sie müssen vielmehr ausschließlich gemindert werden, um die wachsende Verschuldung der DDR gegenüber der Sowjetunion zu stoppen resp. auf das den Umständen nach mögliche Mindestmaß zu reduzieren.

Damit läßt sich das wirtschaftspolitische Ziel für die kommenden Jahre folgendermaßen formulieren:

Verringerung der sowjetischen Hilfsmaßnahmen, insbesondere Entlastung der Sowjetunion von zusätzlichen Lebensmittellieferungen, Rohstofflieferungen und Krediten an die DDR.

Die Sowjetunion hat versprochen bis 1960 Kredite in einer Gesamthöhe von 7,5 Milliarden Rubel

zu gewähren. Wie die Realität dieser Kredite aussieht, wurde schon gesagt. Aber selbst wenn diese Summe vollständig und in jeder von der DDR gewünschten Spezifikation gegeben werden könnte (was nicht der Fall ist) wäre sie zu gering, um die Bundesrepublik auch nur in entferntesten bis 1960 wirtschaftlich einzuholen oder gar zu überholen.

Außerdem steht fest, daß die DDR über diesen Wert hinaus mit weiterer Unterstützung nicht rechnen kann, wie auch immer die Formulierungen der Handelsverträge (zusätzliche Lieferungen, Sonderhilfe usw.) lauten mögen.

b) Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR

Legt man sich die Frage vor, warum eigentlich die Wirtschaft der DDR in ihrer Entwicklung in letzter Zeit nicht mehr voranging und man schon seit einigen Jahren eine Stagnation eingetreten ist, so kommt man zu folgenden Ergebnissen:

Erstens: Entsprechend den ökonomischen Bedingungen der DDR und des gesamten Ostblocks ist der Lebensstandard in der DDR zu hoch. Die DDR nimmt, verglichen mit den anderen Ostblockstaaten, eine Sonderstellung ein und eine weitere Verschiebung der Relation zu Gunsten der DDR ist aus politischen Gründen schlechterdings nicht möglich.

Die politischen und wirtschaftlichen Zugeständnisse an die revoltierenden Arbeiter in Polen und besonders in Ungarn, tragen die Gefahr in sich, daß dort der gleiche Zustand eintritt, wenn nicht schon eingetreten ist.

SECRET

Zweitens: Die DDR hat einen jährlichen Kaufkraftüberhang von mindestens

3 Milliarden DM-Ost

d.h. also, daß in der DDR etwa 3 Milliarden Ostmark in Umlauf sind, für die ein entsprechendes Warenangebot fehlt. Als Maßnahmen, diesen Kaufkraftüberhang und damit den inflationistischen Schleier abzubauen, bieten sich die folgenden an:

Vergrößerung der Produktion von industriellen Konsumgütern, um dem Kaufkraftangebot ein entsprechendes Warenangebot gegenüberstellen zu können.

Preiserhöhungen, besonders bei Lebensmitteln, mit dem Ziel, die überhängende Kaufkraft z.B. durch HO-Aktien abzuschöpfen.

Erhöhung des Sparwillens der Bevölkerung.

Drastische Senkung des Lebensniveaus - oder was auf dasselbe hinauskommt - Erhöhung der Arbeitsproduktivität bei gleichbleibenden Löhnen.

Auch solche Gewaltmaßnahmen, wie der sogenannte Geldtausch vom 13.10.1957 können das Problem nicht lösen, da der Kaufkraftüberhang nicht das Ergebnis unkontrollierter Bargeldbestände der Bevölkerung ist, sondern eine Folge der Großmannspolitik ULLRICH's, aufgrund deren Lohnerhöhungen, Preissenkungen usw. nicht nach wirtschaftlichen sondern nur nach politischen Gesichtspunkten verkündet wurden.

Der Kaufkraftüberhang resultiert daher aus dem bestehenden Lohn- Preisgefüge und der niedrigen Arbeitsproduktivität. Durch den Geldtausch will man die Bevölkerung gewaltsam zum Sparen zwingen.

Die Folge wird jedoch sein, daß in Zukunft die Kaufkraftsituation nur noch bedrohlicher wird, weil jetzt die Menschen erst recht und unter allen Umständen versuchen werden ihr Geld anzulegen und es weder zu Hause behalten, noch auf die Sparkasse tragen. Es wird, da sich das Warenangebot kaum erhöht und verbessert und die SED augenfällige Preissteigerungen nicht durchführen will, wieder ein schwarzer Markt entstehen.

Die ostdeutsche Bevölkerung hat ein feines Gefühl dafür, daß das Regime so wie es heute das Bargeld abwertete (und was anderes war es doch nicht) morgen die Sparkonten verfallen läßt. Außerdem hat diese Gewalttaktion dem Staat niemals die bewußten 3 Milliarden Ostmark eingebracht, sondern höchstens ein Viertel dieser Summe.

Einige Zahlen mögen die ungesunde Situation in der DDR, besonders die mangelhafte Versorgung mit Industriewaren verdeutlichen: Das Verhältnis des Verbrauchs von Lebens-

mitteln zu Industriewaren verhält sich in der DDR wie

60 : 40

in der Bundesrepublik ist es umgekehrt etwa

40 : 60.

Und auch dieses Problem wird nicht durch den Geldtausch gelöst. Ein wirkungsvoller Ausweg wäre vielmehr, wenn das Material der Rüstungsproduktion für die Herstellung von Konsumgütern verwendet würde.

e) Die Frage der Aufhebung der Lebensmittelrationierung

Es ist für sämtliche Experten in der Plankommission ein absolut klarer Fall, daß es zumindest während des 2. Fünfjahresplanes in der DDR keine Aufhebung der Lebensmittelrationierung geben kann. In den diesbezüglichen Diskussionen war sich das Plenum der Plankommission hierüber völlig einig und auch im Wirtschaftsrat vertrat man die gleichen Ansichten. Insbesondere wurden diese Fragen bei der Vorbereitung des 30. Plenums des EK der SED in der Plankommission behandelt, weil LEUSCHNER in seiner Rede etwas zur Aufhebung der Rationierung sagen sollte.

Eine entsprechende nichtsagende Formulierung wurde dann etwa in folgender Weise gefunden:

"Wir werden bei der Ausarbeitung des 2. Fünfjahresplanes auch die Frage der Aufhebung der Lebensmittelrationierung mit behandeln. Dabei lassen wir uns davon leiten, daß durch diese Maßnahme keine Verschlechterung der Lage der Bevölkerung eintritt."

Jeder, der mit der Materie vertraut ist, wußte sofort, daß mit dieser Formulierung praktisch ausgesprochen war, daß eine Aufhebung der Rationierung nicht möglich ist. Wohl aber beschränkt man den Weg, auf einzelnen Teilgebieten die Rationierung aufzuheben, und zwar dort, wo einerseits das Warenangebot ausreichend ist und andererseits eine Preiserhöhung auf keine politischen Bedenken stößt.

Dies war insbesondere bei Freibstoffen (Benzin) der Fall, wo die Preisschere mit einem bisherigen Marktpreis von -,70 RM-Ost für das Liter und einem HO-Preis von 2,- RM-Ost für das Liter bei

1,40 RM-Ost im freien Verkauf für alle Verbraucher geschlossen wurde. Dabei gibt es aber trotzdem noch gewisse Wertmarken für Ärzte, Tierärzte und Arbeiter, die unbedingt auf eigene Motorfahrzeuge angewiesen sind und die Preiserhöhung nicht tragen können.

Bei den wichtigsten Lebensmitteln geht dies aus politischen Gründen nicht. Im Auftrage des Politbüros und der sowjetischen Botschaft mußte die Plankommission Berechnungen anstellen, wie sich die Situation etwa bei der Aufhebung der Butterrationierung und der anderen Grundnahrungsmittel gestalten würde.

50X1-HUM

- 126 -

- d) Die Aufhebung der Rationierung könnte durchgeführt und das Preisniveau der ökonomischen Lage der DDR angepaßt werden. Durch die völlige Iselierung von Westen ließe sich das (da ja objektive Vergleichsmöglichkeiten durch die Unterbindung von Reisen und Besuchen fehlen) in der Presse sogar als "Fortschritt" preisen.
- Die frei werdenden Angestellten der Kartenstellen, Ernährungs- und Versorgungsämter könnten in Industrie und Landwirtschaft eingesetzt werden.
- e) Durch Einrichtung sogenannter Betriebskonten, auf die alle Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten überwiesen werden müßten könnte man einen Teil der Kaufkraft als eine Art Staatsanleihe ständig einbehalten.
- f) Die Kollektivierung der Landwirtschaft könnte verstärkt werden, ohne daß man besondere finanzielle und materielle Anreize schaffen müßte, da ja die Bauern, wie auch die Industriearbeiter, das Land nicht mehr verlassen könnten. Dabei ließen sich gleichzeitig die Erfassungspreise und somit die Einnahmen der Bauern senken.
- g) Eine radikale Einschränkung des Interzonenverkehrs und das Verbot der privaten Einreise von Sowjetzonenbewohnern nach Berlin würde eine erhebliche Entlastung des Personenverkehrs der Reichsbahn mit sich bringen, wodurch sowohl die Gütertransporte verstärkt durchgeführt als auch die Arbeitskräfteschwierigkeiten bei der Reichsbahn überwunden bzw. gemildert werden könnten.
- h) Es könnte ein Zwangsarbeitsdienst für alle Jugendlichen beiderlei Geschlechts eingeführt werden, wobei Löhne eingespart und der riesige Mangel an Hilfsarbeitern in Industrie und Landwirtschaft behoben würde.
- i) Die gesamte Privatindustrie und ganz besonders das Handwerk könnten viel stärker besteuert werden.
- j) Schließlich ließen sich im Sozialwesen, auf den Gebieten der Kultur und Volksbildung stillschweigend nach und nach bisher gewährte Vergünstigungen rückgängig machen bzw. zum finanziellen Nutzen des Staates verändern.

Welche p o l i t i s c h e n Maßnahmen der Ostblock und besonders die Zonenregierung im augenblicklichen Kampf anzuwenden wird, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Sie werden aber wesentlich davon abhängen, mit welchen w i r t s c h a f t l i c h e n Schritten der Westen antwortet oder, was noch wirkungsvoller wäre, v o r g r e i f t .